

Gespräch zwischen Helmut Bley und Peter Schyga
Die Eigendynamik der Gesellschaften in der Welt unter dem
Einfluss von Kapitalismus und Kolonialismus

Svenja Schulze
Von der Geschichte lernen – Strukturen globaler Ungerechtigkeit beseitigen

Michael R. Krätke
Die Ungleichheit der Welt

World Inequality Lab
Bericht zur weltweiten Ungleichheit 2022

Helmut Martens
Der Traum vom ewigen Fortschritt
Zur Kritik des herrschenden Fortschrittsparadigmas



Stefan Stache	
Kurzum	4

MEINUNG

René Röspel	
Abschreckung und Krieg sind gescheitert!	
Sozialdemokratische Entspannungs- und Friedenspolitik war richtig – und bleibt wichtig!	5

SCHWERPUNKT: MECHANISMEN GLOBALER UNGLEICHHEIT

Sascha Howind und Stefan Stache	
Einleitung zum Heftschwerpunkt	7

Ein Gespräch zwischen Helmut Bley und Peter Schyga	
Die Eigendynamik der Gesellschaften in der Welt	
unter dem Einfluss von Kapitalismus und Kolonialismus	10

Svenja Schulze	
Von der Geschichte lernen – Strukturen globaler Ungerechtigkeit beseitigen	20

Michael R. Krätke	
Die Ungleichheit der Welt	25

World Inequality Lab	
Bericht zur weltweiten Ungleichheit 2022	31

Helmut Martens	
Der Traum vom ewigen Fortschritt	
Zur Kritik des herrschenden Fortschrittsparadigmas	37

ANALYSE & STRATEGIE

Herbert Wulf

Escalation, De-escalation und – vielleicht irgendwann – ein Ende des Krieges? 42

Egbert Jahn

Friedenspolitik im Schatten des Krieges in der Ukraine einschließlich der geringen Möglichkeiten gewaltfreier Politik 49

Thilo Scholle

Sammelrezension: Neues zu Friedrich Engels und ein bisschen Marx 59

PERSONEN & POSITIONEN

Tagung am 3. September 2022:

Wirtschafts- und Finanzpolitik in Zeiten der sozial-ökologischen Transformation 63

Impressum: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Herausgeber*innen:

Niels Annen (Hamburg), Claudia Bogedan (Bremen), Andreas Bovenschulte (Bremen), Björn Böhning (Berlin), Arno Brandt (Lüneburg), Klaus Dörre (Jena), Franziska Drosel (Berlin), Iris Gleicke (Schleusingen), Michael Guggemos (Düsseldorf), Andreas Fisahn (Enger), Arne Heise (Hamburg), Marc Herter (Hamm), Oliver Kaczmarek (Kamen), Dietmar Köster (Wetter), Michael R. Krätke (Lancaster), Uwe Kremer (Bochum), Kevin Kühnert (Berlin), Andrea Lange-Vester (Hannover), Detlev von Larcher (Weyhe), Uwe Meinhardt (Stuttgart), Matthias Miersch (Laatzen), Benjamin Mikfeld (Berlin), Susi Möbbeck (Magdeburg), Andrea Nahles (Weiler), René Röspel (Hagen), Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn), Sarah Ryglewski (Bremen), Alexandra Scheele (Berlin), Joachim Schuster (Bremen), Carsten Sieling (Bremen), Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn), Thomas Spies (Marburg), Margareta Steinrücke (Bremen), Olaf Struck (Erfurt), Michael Vester (Hannover), Claudia Walther (Köln), Felix Welti (Lübeck), Thomas Westphal (Dortmund).

Heftschwerpunkt: Sascha Howind, Stefan Stache.

Redaktion:

Ursula Bitzegeio, Kai Burmeister, Jan Dieren, Cordula Drautz, Ole Erdmann, Björn Hacker, Sebastian Jobelius, Katharina Oerder, Anna-Katharina Meßmer, Max Reinhardt, Michael Reschke, Christina Schildmann, Thilo Scholle, Stefan Stache

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Sascha Howind • Tel.: +49 511-122 795 41 • redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse: Postbank Verlag / Redaktion GmbH • Westfälische Str. 173 • 44309 Dortmund • Tel.: 0231-2 02 00 11 • Fax 0231-2 02 00 24 • spw-verlag@spw.de • www.spw.de

Geschäftsführung:

Andreas Bach, Christoph Ittner, Eckhart Seidel, Stefan Stache

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund: IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468 • BIC: PBNKDEFF • USt.-ID-Nr.: DE 122946515.

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr. Jahresabonnement Euro 39,- (bei Bankeinzug, Euro 37,-), Abo International Euro 49,-. Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende. Postvertriebsstück, keine Nachsendung. Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen. ISSN 0170-4613, K 5361. ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2022. Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: © Eshma – Getty Images/iStockphoto

Satz: Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn, Druck: Jürgen Heinze, Dortmund, 1.-2. Tausend, Mai 2022

Kurzum | von Stefan Stache¹

Hinter dem allgegenwärtigen Diskurs der Zeitenwende stehen zwei Gefahren: Die erste besteht in einer politischen Dynamik, die zunehmend durch einseitige militärische Logiken und Auf-rüstung geprägt ist. Zweitens kann die Verankerung des Sondervermögens für die Bundeswehr in der Verfassung das politische Feld dauerhaft für eine progressive Politik schließen.

Rolf Mützenich hat jüngst die Grenzen der Abschreckungslogik und die Bedeutung weiterer Diplomatie betont. Er kritisierte die Debatte um Waffenlieferungen an die Ukraine als „militaristisch“², steht aber auch in Loyalitätsverhältnissen mit dem SPD-Kanzler und der Verteidigungsministerin, die ihrerseits unter massivem internationalen politischen Druck stehen. Es ist offen, in wie weit sie weiteren Lieferungen schwerer Waffensysteme nachgeben werden. Einerseits sollte nicht gering geschätzt werden, dass sie vor einer (nuklearen) Eskalation des Ukraine-Krieges warnen. Andererseits kann ihr schnelles hierarchisches Krisenmanagement in fataler Weise das Feld verengen.

Das 100 Milliarden Euro Paket war vor der Regierungserklärung nicht in der SPD-Fraktion diskutiert worden. Es wäre ein wichtiges Signal demokratischer Partizipation gerade in der gegenwärtigen Krise gewesen, wenn der Prozess offen angelegt worden wäre. Eine offene Beratung hätte prinzipiell nicht einmal dem Krisenmanagement und einem schnellen außenpolitischen Signal im Wege gestanden, welches Scholz aussenden wollte. Im Unterschied zu einigen linken Abgeordneten, welche die Verfassungsänderung grundlegend kritisierten und ablehnten, vertritt die Parlamentarische Linke (PL), dass die Verfassungsänderung nicht die sozialdemokratische Friedenspolitik verdrängt und zu einem Auf-rüstungspfad führt. Die Mittel für die Bundeswehr dürfen nicht zu Lasten von Investitionen in Entwicklungszusammenarbeit, Infrastruktur und der sozialen Abfederung der Krisen gehen.³

Nach den Erfahrungen mit der Schuldenbremse ist jedoch eben jenes Szenario in der Koalition mit der FDP wahrscheinlich – selbst wenn die Schuldenobergrenze auch im kommenden Jahr nicht eingehalten wird, wie es die PL einfordert. Zum zweiten Mal drohen demokratische Prozesse auf lange Sicht konservativ vorstrukturiert zu werden. Sollte es in der Fraktion doch noch zu einer breiteren, fundamentalen Debatte kommen, widersprüche dies auch einer Alltagspraxis von Netzwerk- und Regierungslogik, wie sie seit der rot- grünen Regierung zunehmend in die Alltagspraxis einsickerte und tonangebend wurde.

Während ein Teil der Friedensforschung speziell vor den Gefahren nuklearer Abschreckungslogiken warnt, halten andere eine Entwicklung der militärischen Fähigkeiten der Bundeswehr mittlerweile für notwendig. Allerdings hebt auch die letztere Gruppe hervor, bereits jetzt immer wieder friedenspolitische Spielräume auszuloten und künftige schon jetzt zu denken.⁴ Tatsächlich hat der Angriffskrieg gegen die Ukraine die europäische Friedens- und Sicherheitsstruktur um Jahrzehnte zurückgeworfen bzw. nahezu ausgehebelt.

Derzeit sind die Möglichkeiten einer gewaltfreien Politik gering - es gilt sie dennoch zu nutzen. Teile der in der Friedensbewegung Engagierten sehen sich in der Frage von Waffenlieferungen vor einem schwierigen Abwägungsprozess zwischen dem Recht auf Selbstverteidigung und der Gefahr einer Verlängerung der Gewalt und weiterer Konfliktescalation gestellt. Eine gewaltfreie Politik zu befürworten, schließt jedoch anders als der Pazifismus nicht aus, eine selbstbestimmte demokratische Entscheidung für gewaltsame Selbstverteidigung zu unterstützen.⁵

Kurzum: Auch unter dem massiven Legitimationsdruck auf friedenspolitischen Traditionslinien und Analysen ist es nun von elementarer Bedeutung, das politische Feld für diese offen zu halten. ■

1 Stefan Stache ist Mitglied der spw-Redaktion.

2 Rolf Mützenich im Interview: ARD Morgenmagazin vom 26.4.2022, Waffen-Streit: Mützenich sieht „militärische Schlagseite“, online unter: <https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/morgenmagazin/service/Rolf-Muetzenich-116.html> (letzter Abruf: 1.5.2022).

3 Positionspapier der Parlamentarischen Linken: Wofür wir streiten wollen,

online unter: <https://www.parlamentarische-linke.de/positionspapier-wofu%cc%88-wir-streiten-wollen/> (letzter Abruf: 1.5.2022).

4 PRIF Blog (Peace Research Institute Frankfurt / Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung): Die Ukraine-Krise und ihre Folgen, online unter: <https://blog.prif.org/reihen/die-escalation-die-ukraine-krise-und-ihre-folgen/> (letzter Abruf: 1.5.2022).

5 Vgl. den Beitrag von Egbert Jahn im vorliegenden Heft.

Abschreckung und Krieg sind gescheitert!

Sozialdemokratische Entspannungs- und Friedenspolitik war richtig – und bleibt wichtig!

von René Röspel



René Röspel, Biologe, Forschungspolitiker und von 1998-2021 MdB für Hagen/Ennepe-Ruhr, trainierte vor seiner Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer mehrere Monate als Sanitätssoldat bei der Bundeswehr Panzerfahren und Häuserkampf.

Foto: privat

In den ersten Tagen des Einmarsches russischer Truppen fühlte ich mich wie von Putin persönlich in die Fresse geschlagen. Die ganzen Jahrzehnte der Annäherung über Jugendaustausche, Versöhnung und Verständigung: alles vergebens? „Wandel durch Handel“ gescheitert? Haben diejenigen doch Recht behalten, die bei meinen Besuchen in den baltischen Staaten und in Belarus immer forderten, mehr NATO-Soldaten zu schicken – weil Putin ja nur die harte Sprache von Gewalt und Aggression verstehe? Man dürfe ihm nicht entgegenkommen, sondern müsse die Muskeln zeigen. Die allgemeine Stimmung, die Kommentare in den Medien, ja sogar führende Politiker wie der Bundespräsident schwenken auf diesen Kurs ein. Nach dem ersten Schrecken und genauerem Hinsehen allerdings bin überzeugter denn je: Die Entspannungspolitik der letzten Jahrzehnte ist nicht gescheitert und muss fortgesetzt werden!

Die Entspannungspolitik von Willy Brandt (und fortgesetzt von Helmut Kohl) hat Deutschland wieder zu einem guten Nachbarn und Europäer gemacht. Wie anders wäre es möglich gewesen, als Deutscher nach Frankreich, in die Niederlande oder nach Polen reisen zu können und nicht mehr als großer, bedrohlicher Nachbar betrachtet zu werden? Die deutsche Außen- und insbesondere Europapolitik war in den letzten Jahrzehnten mit ihrer Ausrichtung auf Deskalation und Verständigung erfolgreich

(mit Ausnahme der Merkelschen Finanz-Repressionspolitik gegenüber Griechenland und anderen europäischen Staaten, die nachhaltig Porzellan zerschlagen hat)!

Dazu gehört auch „Wandel durch Handel“ – angefangen mit dem Mannesmann-Röhren-Geschäft nach 1970. Auch wenn es in jeder Beziehung falsch ist, sich von Staaten zur Energielieferung abhängig zu machen und der Ausstieg aus fossiler Energie umso schneller erfolgen muss, bleibt das Konzept richtig, durch Handel Verknüpfungen und Beziehungen aufzubauen. Auch das hat viele Jahrzehnte den Weg für ein Miteinander mit der Sowjetunion und den Nachfolgestaaten bereitet. Kolossal ärgert mich daher, dass Frank-Walter Steinmeier u. a. diese Politik für gescheitert erklären. Nicht die Russland-Politik (einer gegenseitigen, gleichberechtigten Zusammenarbeit) ist gescheitert, sondern die Zusammenarbeit mit Putin.

Aufrüstung und militärische Härte sind der falsche Weg

Die deutsche Politik wird derzeit dominiert von Stimmen, die harte Reaktionen befürworten, schwere Waffen in die Ukraine liefern, neue Kampfjets als Träger amerikanischer Atomwaffen und bewaffnete Drohnen anschaffen wollen – und neben der Sanierung der Bundeswehr mit 100 Milliarden Euro-Sonderverschuldung mit dem Erreichen des 2-Prozent-Ziels ein gigantisches Aufrüstungsprogramm starten wollen, interessanterweise sehr vehement vertreten von (ehemaligen) Kriegsdienstverweigerern. Außenpolitik braucht aber unabdingbar Besonnenheit, den Blick auf das Ganze und das „Danach“ – und Gesprächsbereitschaft.

Die meisten geforderten Maßnahmen sollen wohl der Abschreckung dienen und tragen absolut nichts zur Lösung dieses Krieges bei. Nun

geben die NATO-Staaten schon jetzt 15-20mal mehr für Rüstung aus als Russland, und offensichtlich ist Russland mindestens konventionell dem Westen deutlich unterlegen. Warum also noch mehr „Abschreckung“? Dabei lässt sich Putin offenbar gerade nicht von Abschreckung beeindrucken, sondern ist längst einen Schritt weiter: Er wendet - anders als in den Phasen des Kalten Krieges - bereits „heiße“ Waffengewalt an. Abschreckung hält ihn offensichtlich nicht davon ab, seine Interessen - und die liegen wohl vornehmlich in der Ukraine – durchzusetzen. Wer Putin militärisch stoppen will, wird den Weg der Anwendung von Gewalt gehen müssen. Das aber würde die europäische oder weltweite Katastrophe bedeuten und muss verhindert werden. Deshalb ist jede weitere Eskalation – auch in der Sprache, die gerade benutzt wird – hochriskant. Auch wenn jeder nachvollziehbar harte Worte finden will, braucht es Spielraum zur Verhandlung und keinen in die Enge getriebenen Putin, der zur Eskalation bereit ist.

Welches Ziel soll eigentlich erreicht werden?

In der Diskussion werden mittlerweile zwei derzeit nicht miteinander zu vereinbarende Ziele vermengt. Das eine ist: *Die Ukraine soll den Krieg gewinnen und Putin besiegt werden*. Das andere: *Der Krieg muss sofort gestoppt und weiteres Sterben und Zerstörung beendet werden*. Für das eine Ziel mag die Lieferung schwerer Waffen hilfreich sein. Meine Befürchtung aber ist, dass Putin nur mit weiterer Eskalation reagieren und der Krieg verlängert, verschlimmert und sogar verfestigt wird (Wer das übrigens zum *Kampf um unsere Freiheit* proklamiert, wird es konsequenterweise nicht bei der Lieferung von Waffen belassen können, sondern muss selbst eingreifen). Es kann vielleicht sein, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnt – aber um welchen Preis?

Für das von mir unterstützte *andere Ziel*, diesen *Krieg so schnell wie möglich zu beenden*, ist die Lieferung schwerer Waffen falsch. Deeskalation und Verhandlungen sind – so schwer sie auch fallen mögen angesichts fürchterlicher Bilder – der unausweichliche Weg. Ich erlebe gerade im Umfeld großen Willen bei Ukrainern, möglichst schnell zurückkehren zu wol-

len. Wie soll das Kiew oder Lwiw aussehen, in das man zurückkehrt: Zerstört oder noch lebenswert?? Vor diesem Hintergrund halte ich die Zurückhaltung von Kanzler Scholz für völlig richtig – er müsste sie allerdings kommunizieren.

Das 2-Prozent-Ziel hat keine Bedeutung für den äußeren Frieden, gefährdet aber den inneren

Man kann über kreditfinanzierte Sonder- „vermögen“ diskutieren, um die Bundeswehr zu modernisieren. Das 2-Prozent-Ziel allerdings ist für diesen Krieg und auch künftige Sicherheitspolitik irrelevant und ein großer Fehler. Bei einem Bundeshaushalt von rund 460 Milliarden Euro künftig jedes Jahr rund 20 Milliarden Euro zusätzlich für Militär auszugeben wird unweigerlich zu dramatischen Auswirkungen in anderen Bereichen wie Soziales, Bildung, Innovation, Infrastruktur etc. führen. Sozialdemokrat*innen, die das unterstützen, werden die Verantwortung für soziale Verwerfungen und am Ende die nachhaltige Beschädigung der SPD übernehmen müssen! Nach innen und außen brauchen wir jetzt eine besonnen handelnde SPD. ■

Mechanismen globaler Ungleichheit

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Sascha Howind und Stefan Stache¹



© Eshma – Getty Images/Stockphoto

Lucas Chancel, Hauptautor des World Inequality Reports 2022, stellt fest: „Ungleichheit ist eine bestimmende Herausforderung unsre Zeit.“² Ungleichheit wird sowohl von einem Großteil der Bevölkerung als auch von Politikerinnen und Politikern mit größter Sorge betrachtet, davon zeugt letztlich auch eine beachtliche mediale Präsenz. Vor allem im Vorfeld von Wahlen wird häufig und vielfach auf den „sozialen Sprengstoff“ Ungleichheit hingewiesen, dieser mithin als große Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Bestand der Demokratie bezeichnet. Vor allem nach dem Kollaps der Finanzmärkte 2008 und der darauffolgenden Wirtschaftskrise nahmen öffentliche Debatten über die wachsende Ungleichheit an Fahrt auf, über deren gesellschaftliche Folgen, Dimensionen

und Erscheinungsformen.³ Dennoch erfährt soziale Ungleichheit innerhalb von Ländern seit mehreren Jahren einen weitaus stärkeren Anstieg als zwischen einzelnen Ländern oder Weltregionen.

Der vorliegende Schwerpunkt „Mechanismen globaler Ungleichheit“ wirft den Blick auf strukturelle Aspekte globaler Ungleichheit, auf langlebig wirksame Mechanismen, die einen Ursprung aus der Zeit kolonialer Ausbeutung haben und die im Zuge einer weitgehend eurozentrisch geprägten Deutungsweise der Weltgeschichte ihre Fortsetzung fanden. Dies wird unter anderem an der inzwischen überholten Auffassung der Entwicklungshilfepolitik im 20. Jahrhundert deutlich, einer herablassend wirkenden, interessengeleiteten Gebermentalität, die meinte, die besten Rezepte zur Be-

1 Dr. Sascha Howind ist Chefredakteur der spw.

Stefan Stache ist Mitglied der spw-Redaktion.

2 Lucas Chancel, Zit. n. Olivia Ronsain, pers. Nachr. vom 15.3.2022, übersetzt aus dem Englischen von Sascha Howind.

3 Zahlreiche Publikationen befassen sich mit dem Thema, exemplarisch genannt seien an dieser Stelle Kate Pickett, Richard Wilkinson: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin (2009); Anthony B. Atkinson: Ungleichheit. Was wir dagegen tun können, Stuttgart (2016).

kämpfung des vielfältigen Elends der Bevölkerung der Länder des Globalen Südens in der Tasche zu haben und die auch stark von rassistischen Zuschreibungen geprägt war. Mithin eine Denkweise, die den Armen die Schuld an ihrer Situation zuweist.

Der Schwerpunkt befasst sich mit Mechanismen und Strukturen der Ungleichheit im globalen Maßstab, in ihren unterschiedlichen Dimensionen, mit den Bedingungen ihrer Entstehung, mit ihren langlebigen Wirkungen und mit den Versuchen, diese zu beheben – oder beizubehalten. Emmanuel Saez, einer der Koordinatoren des Berichts zur weltweiten Ungleichheit 2022, führt dazu aus: „Wenn sich aus der Reichhaltigkeit der Daten eine Lehre heraushebt, so ist es, dass menschliche Gesellschaften wählen können, wie viel Ungleichheit sie durch soziale und öffentliche Politik erzeugen.“⁴

Letztlich ist Ungleichheit an sich kein Naturzustand, auch wenn dies häufig behauptet oder besser gesagt der Eindruck erweckt wird, dies läge gewissermaßen in der Natur des Menschen. Die mit sozialer Ungleichheit verbundene Verteilung von Ressourcen verschafft den von der ungleichen Verteilung Begünstigten Privilegien und bildet Machtverhältnisse ab. Ungleichheit bewirkt Ungleichbehandlung, dahinter verbergen sich zahlreiche gesellschaftliche Fehlentwicklungen, die mit sozioökonomischen Berechnungen und Darstellungen häufig nicht vollständig erfasst werden. Dazu zählen Aspekte der Chancenungleichheit, das Vorenthalten von Ressourcen genau wie das Vorwehren von Zugängen, etwa in der Arbeitswelt oder im Bildungswesen.

Die Bereitschaft, diese Ungleichheiten wirksam anzugehen, ist häufig eher symbolischer Natur. So stellen der 2017 verstorbene Anthropologe David Graeber und der Archäologe David Wengrow gleich zu Beginn ihrer kürzlich erschienenen „Neuen Geschichte der Menschheit“ fest: „Der Begriff ‚Ungleichheit‘ bringt soziale Probleme in eine adäquate Form für ein Zeitalter technokratischer Reformer, die von

vornherein annehmen, eine wirkliche Vision sozialer Veränderungen stehe überhaupt nicht zur Debatte.“⁵ Graeber und Wengrow spitzen ihre Kritik am dilatorischen Umgang mit Ungleichheit sogar noch zu, indem sie ausführen, das „Jonglieren“ mit Zahlen, Törtchengrafiken und Datenmaterial zu Vermögensverteilung oder Gini-Koeffizienten würde vom eigentlichen Problem ablenken, das darin bestehe: „dass es manchen gelingt, ihren Reichtum in Macht über andere umzuwandeln; oder dass Menschen gesagt wird, ihre Bedürfnisse seien unwichtig und ihr Leben sei weder selbstbewusst noch wertvoll.“⁶

Dass Ungleichheit kein Naturzustand ist, zeigt sich auch an der unterschiedlichen Betroffenheit von global bedeutsamen Ereignissen. Die Folgen weltweiter Ereignisse wie der COVID-Pandemie belasten arme Menschen weit mehr als Reiche, wie Lucas Chancel feststellt: „Die unterschiedlichen Dimensionen globaler Ungleichheit stehen in Wechselbeziehung: die COVID-Krise hat die Armen stärker als die Reichen getroffen und unter armen Menschen waren Minderheiten und Frauen stärker betroffen.“⁷ Der Klimawandel und die düstere Aussicht auf massiv weiter ansteigende Verbraucherpreise drohen diese Entwicklung ebenfalls zu verstärken.

Helmut Bley und Peter Schyga setzen sich in ihrem Beitrag, einem dokumentierten Gespräch, mit den Entwicklungen des weltweiten Handels und der Gesellschaften in der Welt unter dem Einfluss von Kapitalismus und Kolonialismus auseinander und überraschen mit globalen Perspektiven, neuen Sichtweisen und Erkenntnissen. Sie rufen bedeutende historische Fakten und Zusammenhänge zur Widersprüchlichkeit des Kolonialismus auf, beispielsweise zur wirtschaftlichen Bedeutung der kolonialen Ausbeutung, die im eurozentrisch geprägten Diskurs über koloniale Vergangenheit bislang weitgehend unberücksichtigt geblieben sind.

5 David Graeber, David Wengrow: *Anfänge. Eine neue Geschichte der Menschheit*, Stuttgart (2022), S. 19.

6 Ebd. a. a. O.

7 Lucas Chancel, Zit. n. Olivia Ronsain, wie Fußnote 2.

4 Emmanuel Saez, Zit. n. Olivia Ronsain, wie Fußnote 2.

Svenja Schulze skizziert in ihrem Beitrag die wesentlichen, auch unter der Last der nicht kritisch aufgearbeiteten kolonialen Vergangenheit stehenden (Fehl-)Entwicklungen in Bezug auf die Bekämpfung von Ungleichheit im globalen Maßstab, erläutert die Wandlung von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungshilfezusammenarbeit und gibt einen Einblick in und einen Ausblick auf die zahlreichen Herausforderungen, Handlungsfelder und Gestaltungsfelder, die sich in ihrem Verantwortungsbereich als zuständige Bundesministerin aktuell und in Zukunft ergeben.

Michael Krätke beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Ungleichheitsforschung empirisch arbeitender Ökonomen und Soziologen, bilanziert und zeigt deren Ergebnisse, aber auch Grenzen und politische Notwendigkeiten, die sich daraus ergeben. Auch der aktuelle Bericht zur weltweiten Ungleichheit ist wesentlicher Gegenstand dieser kritischen Bestandsaufnahme.

Die Kurzzusammenfassung des Berichts zur weltweiten Ungleichheit 2022 der Forschungsgruppe *World Inequality Lab* wurde uns freundlicherweise von *Olivia Ronsain* zur Verfügung gestellt. Der aktuelle Bericht ist um neue sozioökonomische Indikatoren erweitert, untersucht unter anderem das Ausmaß der Ungleichheit zwischen männlichen und weiblichen Lohn- und Gehaltsempfängern oder den jeweiligen Anteil armer und reicher Menschen am globalen Schadstoffausstoß und unterscheidet sowohl Ungleichheiten zwischen Ländern und Weltregionen sowie innerhalb von Ländern, deren Ausmaß in jüngster Zeit erheblich zugenommen hat.

Helmut Martens setzt sich in seinem Beitrag mit dem herrschenden Fortschrittsparadigma sowie mit dessen historischer Entwicklung auseinander und stellt angesichts aktueller krisenhafter Entwicklungen die Notwendigkeit heraus, neue Leitbilder „eines anderen, sozialen Fortschreitens“ zu entwickeln. Unter anderem das Werk des 2019 verstorbenen Weltsystemanalytikers Immanuel Wallerstein kommt in diesem Beitrag zur Geltung.

Aus den Beiträgen, die größtenteils in die Vergangenheit blicken und die langlebigen Mechanismen der Ungleichheit aufspüren, wird deutlich, dass eine stärkere Umverteilung von Einkommen und Vermögen dringend geboten ist, um dem Problem der Ungleichheit wirksam zu begegnen. Aus Sicht von Lucas Chancel ist es nicht nur zwingend erforderlich, sondern auch logisch, diejenigen dafür zu zahlen, die von den Verhältnissen am meisten profitieren: „Angesichts enormen Wachstums der sehr Vermögenden erscheint es logisch, dass die Reichen ihren angemessenen Anteil entrichten über modernisierte, faire Vermögenssteuern.“⁸ ■

Die Eigendynamik der Gesellschaften in der Welt unter dem Einfluss von Kapitalismus und Kolonialismus

Ein Gespräch zwischen Helmut Bley und Peter Schyga¹

Peter Schyga: Um dieses umfassende Thema zu behandeln müssen wir überlegen, in welcher Periode wir beginnen.

Helmut Bley: Mir scheint es wichtig, die Geschichte vom *Anfang der europäischen Expansion* her zu erzählen. Wenn man von heute ausgeht, verstellt die globale Weltwirtschaft, die alle Gesellschaften durchdrungen hat, die Sicht auf die früheren Verhältnisse. Diese Durchdringung gilt für die Anfänge der Europäischen Expansion vor 500 Jahren überhaupt noch nicht. Der europäische Fernhandel zielte auf die Gewürze in Indien. Weil das Osmanische Reich die Routen durch den Nahen Osten versperrt hatte, benutzte man den Atlantik als Umweg und landete dabei auch an afrikanischen Küsten. Die Hauptsache war allerdings, dass Amerika bei dieser Gelegenheit in den Fokus geriet und nun das Silber Lateinamerikas eine gewaltige Finanzspritze für das werdende kapitalistische System bedeutete. Zunächst war es vormoderner Handel mit Luxusgütern, wozu man auch die Gewürze zählen muss, dann kamen sicherlich Elfenbein dazu und auch edle Textilien.

PS: Nun waren nicht alle Gesellschaften der Welt gleich in diesen Handel einbezogen. Welche Regionen machst Du als Schwerpunkte dieser Expansion aus? Und, die europäischen Mächte drangen ja auch in Regionen und Gesellschaften vor, die untereinander rege Beziehungen unterhielten. Ich denke an die Beziehungen und Handelsströme zwischen Afrika mit Indien und dem Nahen Osten.

HB: Das sind zwei verschiedene Themen. Das eine ist, dass die europäische Expansion noch gar nicht vom Kapitalismus bestimmt war, sondern noch traditioneller Handel mit Luxuswaren war. Erst allmählich fing Europa an, mit Massengütern zu handeln. Es ging zunächst um das Getreide der Ostseeländer, die nach Westeuropa verschifft wurden, dann entstand vor der Expansion der Machtstaat vor allen Dingen in Westeuropa. Es wurden wegen der Rivalitäten in Europa große Heere notwendig. Diese Kriegsrüstung mit Massen von Uniformen, mit Feuerwaffen, mit Logistik für die Versorgung der Truppen schuf Manufakturen in protoindustrieller Form. Das ist der Anfang des Gewerbes in großen Quantitäten.

PS: Wie würdest du diese Entwicklung zeitlich einordnen? Amerika ist 1492 von den Europäern entdeckt worden, weil eine kürzere und damit günstigere Route zu den Luxusgütern des östlichen Globus gesucht wurde.

HB: Der moderne Machtstaat in Europa entwickelte sich allmählich in der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert. Portugal und Spanien waren in der Hinsicht Vorreiter. Aber auch Frankreich wurde eine zentral organisierte Monarchie, so wie auch Großbritannien. Diese schufen die Voraussetzungen für die Expansion auf mehrfache Weise. Das eine ist die Schifffahrt, die für lange Fahrten über den Atlantik

¹ Helmut Bley, em. Professor für Afrikanische und Neuere Geschichte, Leibniz Universität Hannover, Autor u. a. von: Afrika, Welten und Geschichten aus dreihundert Jahren, Berlin 2021 (De Gruyter); Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika, Hamburg 1968; Namibia unter German Rule London 1971 und Münster 1996; Anmerkungen zu den historischen Krisen des Kapitalismus, in: Krisen ohne Ende?, Flugschriften kritischer Wissenschaftler Nr. 11, Hannover 2009.

Peter Schyga, Dr. phil., ist freiberuflicher Historiker. Er hat sich intensiv, Rosa Luxemburg interpretierend, in ethlichen Arbeiten mit dem Thema „Kapitalismus und Dritte Welt“ beschäftigt (Kapitalismus und Dritte Welt. Zur Aktualität der Akkumulationstheorie Rosa Luxemburgs, Hannover/Frankfurt am Main 1993). Er forscht und veröffentlicht zur deutschen Geschichte seit dem Imperialen Zeitalter, insbesondere zur Geschichte des Nationalsozialismus im lokalen/REGIONALen Raum. Zudem tätig als Referent des Netzwerks Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover e. V.

weiterentwickelt wurde. Zweitens wurden die Staaten militarisiert durch Bildung großer Heere. Da Europa zu einer Massenproduktion überging, wurde dies für den Handel wichtig. Dazu gehörte auch, dass die europäischen Handelsschiffe mit Kanonen bewaffnet waren, die Schiffe Asiens hingegen nicht.

Ein wichtiger Impuls für die Weiterentwicklung dieser Vorformen des Kapitalismus war, dass in Lateinamerika Silber in großen Mengen gefunden wurde. Später im 19. Jahrhundert kam dann noch das Gold Kaliforniens hinzu. Damit kam ein enormer Finanzzufluss nach Europa, der die finanzielle Basis der ökonomischen Entwicklung mitprägte.

PS: Wenn wir uns mit dieser Expansion, die von Europa ausging, befassen, steht ja die Entwicklung der Ursprünge des Kapitalismus im Raum. Woher kam das Kapital, das diese Expansion ermöglichte?

HB: Fangen wir damit an, wer eigentlich Columbus finanziert hat: Das waren die oberitalienischen Städte. Dort war schon eine moderne Ökonomie und Finanzwirtschaft entstanden inklusive einem entsprechenden Bankenwesen. Im Zuge dieser Entwicklung seit etwa 1390 entstand in kleiner Form der europäische Machtstaat. Gleichzeitig wurde in Tirol und auch in Südosteuropa Gold gefunden. Die Portugiesen haben, nachdem sie in Westafrika einige Hafenplätze besetzt hatten, einen Teil der Goldproduktion der Goldfelder Westafrikas, nämlich so um 25 Prozent, abzweigen können. Das Meiste ging nach wie vor noch zum Osmanischen Reich. Diese außereuropäischen Gesellschaften waren von ihrer Finanzausstattung eigentlich auf gleichem Niveau. Wenn man nun von einer Geschichte des Machtstaats ausgeht, muss auch das Osmanische Reich dazu gezählt werden, das sogar bessere Kanonen hatte als Europa.

Für Europa war die Entwicklung der Landwirtschaft wegen der höheren Produktivität bedeutend. Das war eine Langzeitfolge der Verheerung durch die Pest im 14. Jahrhundert. Wichtig wurde auch, dass am Markt orientierte

freie Großbauern neben den adeligen Gütern vor allem in Großbritannien entstanden. Sie hatten die Machtverhältnisse auf dem Lande verändert und auch eine Landreform ausgelöst. Schafzucht für die Wollproduktion wurde vorherrschend. Der starke Staat konnte diese Bauern besteuern. Es gab also, neben den finanziellen Grundlagen, auch eine wichtige innere Entwicklung, so auch, dass die bäuerliche Welt und die gewerbliche Welt in Nutzung der Rohstoffe und der Beteiligung an der Tuchproduktion beim Spinnen und Weben miteinander verflochten wurden.

PS: Nun kamen diese frühen europäischen Handelskapitalisten ja nicht in eine Welt der menschenleeren Räume. Sie trafen auf Gesellschaften, die auch produzierten, die Handel trieben, die in staatlichen oder quasi-staatlichen gesellschaftlichen Gebilden organisiert waren. Wie siehst Du die Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Systemen des Nordens und – ganz global – gesagt des Südens?

HB: Für Lateinamerika ist ja bekannt, dass die Staatsysteme der Inka und der Maya sehr schnell unter dem brutalen Angriff der europäischen Söldner zusammenbrachen. Die neue Forschung ist übrigens vorsichtiger. Sie verweist darauf, dass die Herrschaft der Inka und der Maya von vielen Völkern in Lateinamerika als despotische Herrschaft abgelehnt worden ist. Es seien auch Bürgerkriege gewesen, in denen sich Unterworfenen wehrten, was Europäer nutzen konnten, um diese großen Staaten zu zerschlagen.

Der andere gesellschaftliche Punkt ist, dass dieses isolierte Lateinamerika nicht gegen die Krankheiten der restlichen Welt gewappnet war und die lateinamerikanische Bevölkerung in Massen starb. Das veranlasste die Europäer, Arbeitskräfte für die Ausbeutung des Landes aus Afrika als Sklaven zu importieren. Insofern ist dann die sich entwickelnde Zuckerproduktion und teilweise des Bergbaus in Lateinamerika durch die Einfuhr von Sklaven aus Afrika eine Folge des Massensterbens gewesen.

PS: Wenn wir Westindien, wie es damals hieß, nehmen, war Eroberung der erste Schritt und Raub der vorhandenen Schätze – ganz nach der vorkapitalistischen Devise der Schatzbildung - der zweite. Der dritte Schritt der Spanier und Portugiesen bestand dann in der Ausbeutung des Landes, insbesondere der Silberminen. Dieses Silber flutete als Kapital Europa und trieb dort die kapitalistische Entwicklung voran. Allerdings blieben Spanien und Portugal von dieser kapitalistischen Entwicklung ausgeschlossen, weil diese Edelmetalle für die Heeresrüstung und für Importe aus den Gewerberegionen der Niederlande und Englands abflossen und auch Geldentwertung und Inflationen auslösten. Auch verfestigte sich der adelige und kirchliche Großgrundbesitz.

Zurück zur Frage des Einsatzes von afrikanischen Sklaven in Lateinamerika. Nachdem nun die einheimische indigene Bevölkerung dramatisch dezimiert worden war, wurden neue Arbeitskräfte gebraucht, die als Sklavenimporte aus Afrika herangeschafft wurden. Sehe ich das richtig?

HB: Ja, das ist richtig. Man muss aber den zeitlichen Rahmen beachten. Natürlich gab es schon geringen Sklavenhandel der Portugiesen zu den Inseln Principe und Sao Thomé vor der Kongomündung für die Zuckerproduktion. Auch setzten die Portugiesen Sklaven in Portugal ein. Es heißt, dass 10 Prozent der portugiesischen Bevölkerung afrikanischer Abstammung seien. Die eigentliche große Sklaverei für die Zuckerproduktion in der Karibik beginnt mit der Expansion des niederländischen Handelskapitals an der brasilianischen Küste, und dann in Westindien. Dort entstand eine Produktion mit Zuckermühlen in quasi industrieller Fabrikform, die sehr viele Arbeitskräfte erforderte. Etwas später kommen Brasilien und die Südstaaten der Vereinigten Staaten hinzu. Ab Mitte des 18. Jahrhunderts entfaltet sich dann der große transatlantische Sklavenhandel und steigert sich bis an das Ende des 19. Jahrhunderts.

PS: Wie funktionierte dieser Sklavenhandel, wie wurde er organisiert? Auf welche Gesellschaften trafen die Händler? Kooperierten sie mit den einheimischen Eliten, oder war purer Menschenraub durch Weiße die bevorzugte Methode der Sklavenbeschaffung?

HB: In Afrika gab es Sklaverei seit mehr als 1.000 Jahren und es gab Sklavenhandel durch die Sahara und über das Rote Meer zur Versorgung der islamischen Welt im Nahen Osten. Das heißt: die Führungsschichten in Afrika, vor allen Dingen in Westafrika, hatten schon lange Sklaverei für die eigene Agrarproduktion eingesetzt. Sie verwendeten Sklaven im Militär und hatten in Städten gewerbliche Stadt-Quartiere fürs Weben und Färben der Textilien. Es waren am Handel und an der Sklaverei orientierte Gesellschaften. Sie hatten ein Interesse daran, mit den Europäern ins Geschäft zu kommen, und dies aus zwei Gründen: Sie waren scharf auf die Feuerwaffen. Deshalb trug der Sklavenhandel über den Atlantik dazu bei, dass Westafrika sich verstärkt militarisierte, denn die Feuerwaffen schufen eine enorme Überlegenheit gegenüber anderen Gruppen. Adel, Monarchen und Warlords benötigten außerdem Luxusgüter wie Textilien, Schmuck, Alkohol und Tabak zur Umverteilung an ihr Gefolge, um es loyal zu halten.

Die Europäer saßen in den Forts an der Küste und betrieben im Wesentlichen Handel mit der einheimischen Bevölkerung, um sich selbst dort halten zu können. Es ging um Nahrungsmittel und frisches Wasser und natürlich auch um Arbeitskräfte und teilweise auch Hilfssoldaten. Sie waren am Sklavenraub im Inland nicht beteiligt. Die afrikanischen Händler und auch Händlerinnen brachten die Sklaven zu den Forts oder direkt mit Booten zu den Schiffen. Die verstärkte Nachfrage nach Sklaven im 18. Jahrhundert veranlasste eine Reihe von inneren Staaten in Afrika, Küstenplätze zu erobern, um direkt am Handel mit Europa beteiligt zu sein. Das bezog sich auf Sklaven, diese Menschen wurden zu Waren, aber auch auf Erdnüsse, auf Elfenbein und auf Rohgummi, so dass sich die afrikanischen Gesellschaften stark veränderten.

Vermittelt wurde dieser Handel weiter von Kreolen, also Afro-Portugiesen, meistens Brasilianer oder Franco-Afrikaner durch die Nähe einer großen französischen Handelskompanie in später auch anglo-afrikanische Kreolen. Zwischen diesen Gruppen und den Höfen zum Beispiel in Dahomey oder mit den Königshöfen in Westafrika gab es enge und auch Heiratsbeziehungen. Die katholischen Priester duldeten sogar Ehen auf Zeit, weil die Europäer oft wieder abreisten. So entstand dort eine ganze Schicht von Menschen mit starker Bindung an das atlantische System, so auch in Angola. Das galt auch für Brasilien und Westindien. Der Historiker Michael Zeuske hat sie Atlantik-Kreolen genannt. Die kreolische Bevölkerung agierte als Kulturvermittler zwischen beiden Welten.

PS: Bleiben wir nochmal ein bisschen bei den inneren Verhältnissen in Afrika. Wir sprachen über Europa von einer beginnenden Staatenbildung, die sich nach dem Dreißigjährigen Krieg entfaltete. Du sprachst eben von Gesellschaften in Afrika. Wie alle Gesellschaften der damaligen Zeit waren das Agrargesellschaften mit kleingewerblich-bäuerlicher Gebrauchsgeräteproduktion und mit einem Handel, der im Sahel und an der Küste Ostafrika oft auch von islamischen Händlern abgewickelt wurde. Ihn organisierten Städte und Monarchen, aber auch von Chiefs kontrollierte Märkte.

Auch in Afrika gab es große Reiche, doch wie waren diese und andere afrikanische Gesellschaften organisiert? Waren das Monarchien, Stammesverbände, wie muss man sich das Leben in und zwischen diesen afrikanischen Gesellschaften vorstellen? Und wie waren sie in den transatlantischen Sklavenhandel involviert?

H**B:** Die meisten innerafrikanischen Gesellschaften, die Tausende und mehr Kilometer von der Küste entfernt lebten, hatten keinen persönlichen Kontakt zu den Europäern. Sie waren aber über die Tradition ihrer Handelsnetzwerke, die großen

Handelsstädte am Sahelrand, auch im Land hinter den großen Wäldern miteinander verbunden. Staatlichkeit, und ich nehme als Beispiel Westafrika, gab es in unterschiedlicher Form. Die alten Großreiche des Mittelalters, die gegen 1500 zerfielen, hatten den Transfer im Sahara-Handel organisiert. In ihnen waren muslimische Gesellschaften integriert. Es gab Stadtteile für die Händler, es gab die muslimischen Kleriker, und die Fürsten hatten durchaus auch islamische Rechts- und Staatsvorstellung akzeptiert, sie waren aber der spirituellen Welt Afrikas nach wie vor verbunden, weil sie für Tribute und Steuereinnahmen die Legitimität brauchten, die nichtislamischen afrikanischen Fürsten und Adeligen unter ihren Einfluss zu bekommen. Unabhängig davon gibt es vor allen Dingen in den Waldgebieten Staaten, die nichtislamisch beeinflusst waren, die als Basis ihre Ökonomie einerseits Zugang zu den Goldfeldern der Waldzone hatten, andererseits landwirtschaftlichen Handel betrieben zwischen den Produkten der Küste wie Fisch und Salz und denen des Waldes wie Kolanüsse. Diese Frucht war in erster Linie eine Droge, mit deren Wirkung sich Durst in den Wüsten und wüsten Steppen besser ertragen ließ. Zu der Zeit, in der die lateinamerikanischen Nutzpflanzen wie Mais und die Yamswurzel nach Afrika kamen, wurden diese Produkte mit in diesen Handel einbezogen. Es gibt also auch über die Nutzpflanzen eine Beziehung zwischen Lateinamerika und Afrika. Dies alles war durch Netzwerke von Märkten und Handelsstädten miteinander verbunden, teilweise auch durch Heiligschreine, deren Priester als besonders geschützte Personen sicher durch das Land reisen konnten.

Wenn man so oft sagt, die alten Großreiche seien zerfallen, so ist das nur halb wahr, denn sie waren eine Kombination von kleineren Fürstentümern und Städten. Allianzen und Kleinstaaten existierten auch nach dem Ende dieser großen Reiche weiter. Ein Teil von ihnen wurde dann im 18. Jahrhundert islamisiert, von Leuten, die eigentlich aus dem Hinterland des Küstengebiets in Guinea kamen.

PS: Kommen wir jetzt mal wieder zum Ausgangsthema. Wir haben mit dem 15. Jahrhundert angefangen, haben das 16. Jahrhundert gestreift, und auch schon etwas vom 18. Jahrhundert erwähnt. Wie würdest du die Entwicklung des Kolonialismus periodisieren?

HB: Bei der Entstehung direkten Einflusses weit über die Forts hinaus gibt es einige Bereiche, die schon früh unter Einfluss geraten. Das eine ist natürlich Südafrika, wo eine Siedlergesellschaft errichtet wird auf der Basis von Sklaverei seit 1652. Das französische Interesse an Algerien beginnt 1830 im Kampf gegen die Korsaren. Korsaren waren ursprünglich Freibeuter, die im Auftrag des Osmanischen Reiches ungefähr 1,2 Millionen Europäer teilweise versklavt haben. Ägypten wurde schon zu Zeiten Napoleons besetzt und für Großbritannien war das der zukünftige Platz für einen denkbaren Kanal, um den Seeweg nach Indien abzukürzen. Insofern gibt es eine frühe vorkoloniale Einflussnahme auf Ägypten. Für die anderen Teile Afrikas, vor allen Dingen für Westafrika und für Ostafrika, entsteht nach dem Beginn der Industrialisierung in Europa und der englischen Hegemonie über die Weltmeere eine neue Periode, die von den Fachleuten Freihandels-Imperialismus genannt wird. Das heißt, nach Möglichkeit ohne militärische Gewalt den Handel zollfrei für den Zugang europäischer Waren zu gestalten, sprich: einen Warenexport aus Europa zu forcieren – ein durchaus neues und charakteristisches Merkmal dieser Phase kapitalistischer Entwicklung. Gleichzeitig ging es darum, die Produktion in diesen Gebieten teilweise für die europäischen Bedürfnisse umzubauen. Neben den berühmten Diamant- und Goldfunden in Südafrika gehören dazu der Elfenbeinhandel, dann die Produktion von Erdnüssen und anderen tropischen Produkten. Um den Freihandel durchzusetzen, griffen die Briten aber natürlich auch zu Gewalt, zum Beispiel um militärisch in Westafrika einzudringen. So wurde Lagos, Hafen und Königreich, schon 1860 zur ersten Kolonie gemacht. Auch die Stadt Abeokuta in Nigeria, die eine von aus dem Reich Oyo vertriebenen alten Kriegsherren und befreiten

Sklaven besiedelte Stadt wurde, wurde von den Briten gezwungen, auf Zölle zu verzichten, mit denen die Afrikaner moderne Reformen zu finanzieren versuchten. Nach Widerstand, sie vertrieben für fünfzehn Jahre alle Europäer und Missionare aus der Stadt, wurden sie endgültig 1914 als Kolonie annexiert. Aus dieser Entwicklung entsteht allmählich eine Durchdringung der afrikanischen Küstenzonen.

Hinzu kommt, dass die Anti-Sklaverei-Bewegung sowohl der religiösen Kreise in Großbritannien als auch zum Beispiel der Quäker in den USA den Sklavenhandel zu unterbinden suchte. Das begann 1807 mit dem Verbot des Handels und 1833 mit dem generellen Verbot der Sklaverei im britischen Empire. Portugal musste 1834 folgen.

Diese Verbote wurden von den afrikanischen Gesellschaften, die vom Sklavenhandel lebten, als eine fundamentale Krise ihrer Existenz empfunden und mit Schmuggel und etlichen anderen Methoden umgangen. Gleichzeitig ergab sich, dass nach dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und nach der Debatte um Sklaverei in Amerika selber sowohl die Engländer als auch die Amerikaner und schließlich auch die Franzosen befreite Sklaven in Afrika ansiedelten – in Sierra Leone, in Liberia und in Gabon. Damit kommt das Konzept der Europäer, sogenannte freie Arbeit produktiver als Sklavenarbeit zu betrachten und in Afrika selbst zu fördern, zum Ausdruck. Man hoffte, dass diese Sklaven, die nun in Afrika blieben, in dieser Welt der freien Arbeit auf Plantagen für Kolonialwaren eingesetzt werden könnten. Die Wirklichkeit ist doch etwas komplizierter. Schon Sklaven in Westafrika haben als Pächter auf den Ländereien größerer Bauern agiert. Sie waren keine Lohnarbeiter, sondern Abhängige, die Pacht bezahlen mussten, aber eigenständig angebaut haben und Handel betrieben. So verwandelten sich Sklaven in freie, an der Produktion orientierte Arbeiter. Dass ging sogar so weit, dass Adelige Arbeit annahmen, die als Sklavenarbeit galt, die sie aber dann ideologisch mit ihrer Ehre vereinbar hielten wie Positionen als Bootsführer oder Ladenbesitzer.

PS: Welche Bedeutung hatte denn nun das Freihandelssystem für die Durchsetzung eines Welthandels – das Beispiel Afrika hast du eben genannt – auch für die Durchdringung anderer Regionen der Welt wie Indien, wie China, wie das Osmanische Reich mit europäischem Knowhow, mit europäischem Kapital.

HB: Man kann sagen, dass die Freihandelspolitik, also die politische Durchdringung der anderen Weltregionen, früher stattfand als in Afrika. Zunächst werden die unabhängigen Staaten Lateinamerikas unter englischer Kontrolle oder Einmischung in Bürgerkriege in Lateinamerika diesem Handelssystem unterworfen. Als der ägyptische Khedive sich auf den Weg macht, Konstantinopel zu erobern und seine Hochschutzzollpolitik zur Entwicklung Ägyptens vorantreibt, wird er von den Flotten der europäischen Mächte einschließlich Russlands gezwungen, das Vorhaben abzubrechen. Der Freihandel wird in Ägypten durchgesetzt, eine Industrialisierungsentwicklung damit ab-

gewürgt und das Osmanische Reich muss europäische Finanz- und Verwaltungsreformen übernehmen.

PS: Ich interveniere jetzt hier, weil du zu schnell durch dieses Jahrhundert jagst. Ich möchte ein wenig bei Ägypten verweilen, weil wir an diesem Land die Beziehung zwischen Kolonialismus und Kapitalismus im 19. Jahrhundert meiner Meinung nach exemplarisch betrachten können. In Ägypten hat es seit etwa den 1830er Jahren eine von innen motivierte Anstrengung gegeben, den Pfad einer nachholenden Entwicklung zu gehen. Der ägyptische Herrscher Muhammad Ali Pascha hatte dies mit durchaus brutalen Methoden der Ausbeutung angestrebt. Mit dem Einstieg in den weltweit boomenden Baumwollmarkt sollte durch Exportorientierung Mittel für eine Modernisierung des Landes nach europäischem Vorbild gewonnen werden. Als infolge des amerikanischen Bürgerkriegs

Ist die Volkssouveränität noch zu retten?



Oliver Eberl | Philipp Erbentraut [Hrsg.]

Volkssouveränität und Staatlichkeit

Intermediäre Organisationen und
Räume demokratischer Selbstgesetzgebung

2022, 240 S., brosch., 49,- €

ISBN 978-3-8487-7282-7

E-Book 978-3-7489-1289-7

(Staatsverständnisse, Bd. 161)

Der Sammelband unternimmt den Versuch, das ideengeschichtliche Konzept der Volkssouveränität zu aktualisieren und weiterhin als geeignete Form der Demokratisierung für das 21. Jahrhundert auszuweisen.

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



ab 1861 die dortige Baumwollproduktion massiv stockte, forcierte Ägypten in einer Phase steigender Weltmarktpreise den Baumwollanbau; mit dramatischen ökologischen Folgen für das Land, weil dieser Anbau die traditionellen Bewässerungssysteme zerstörte – aber das sei hier nur am Rande erwähnt. Beim Versuch, durch massive Investitionen mit auf den europäischen Finanzmärkten geliehenem Geld, Ägypten zu einer Baumwollweltmacht zu entwickeln, verschuldete sich das Land dermaßen, dass es zum Spielball unterschiedlicher europäischer Interessen wurde. Vorbereitung, Bau (1859 -1869) und Nutzung des Suezkanals waren europäische Angelegenheiten bei Ausbeutung zehntausender ägyptischer Corvée-Arbeiter. Die Verkürzung des Seewegs in den Indischen Ozean und damit zu den Profittöpfen in Indien und weiter östlich gab dem Freihandelsimperialismus neuen Schwung. Am Beispiel Ägypten kann man studieren, wie die Entwicklung, wie das Wechselspiel funktionierte zwischen den Gesellschaften, die dem Freihandel unterworfen waren, und den Kapitalgesellschaften, die den Freihandel organisierten. Am Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich die englischen Kapitalinteressen schließlich auch administrativ durchgesetzt. Lord Cromer wurde Statthalter der englischen Shareholder in Ägypten. „Ägypten wird verspeist“, fasste Rosa Luxemburg diese Entwicklung in ihrer Studie zur Akkumulation des Kapitals bildhaft zusammen.

Vielleicht können wir nun als weiteres Beispiel China erwähnen. Denn dort treffen zwei Kulturen, zwei ökonomische und gesellschaftliche Systeme aufeinander in einem Land, in dem die Europäer ja nicht nur mit Handel und Wandel, sondern mit großer Gewalt vorgegangen sind.

HB: Das chinesische Beispiel ist deshalb so besonders interessant, weil einerseits die Krise Chinas durch den Angriff der britischen Truppen zur Durchsetzung des Opiumhan-

dels 1840 eine fundamentale Krise der chinesischen Gesellschaft nach sich zieht. Die Taiping-Revolution zwischen 1840 und 1860 hat wohl 40 Millionen Tote gefordert. Es war eine Bauernrevolution, sie war teilweise beeinflusst durch christliche Gedanken in der Vorstellung des Reichs des himmlischen Königs, die diese Taiping-Bewegung organisiert haben. Im Zuge dieser vielen Auseinandersetzungen und der Dauerkrise sind die europäischen Großmächte auch militärisch in China tätig. Seit den 1860er Jahren und in den 1890er Jahren werden dann die Küstenplätze besetzt. Auch Deutschland beteiligt sich daran, so dass hier eine direkte Linie des Ausbaus des Freihandelssystems mit Gewalt und moderner Kolonialherrschaft Hand in Hand gehen.

PS: Ein zentraler Baustein des Ausbaus der Kolonialherrschaft im 19. Jahrhundert ist die Aufteilung Afrikas auf der Kongokonferenz der Europäer in Berlin 1864/65.

HB: Man kann natürlich sagen, dass die Konferenz in Berlin das Symbol der Aufteilung war. Zeitlich ging die Durchdringung Ägyptens voraus und die koloniale Kontrolle begann 1882, Algerien wurde von den Franzosen seit 1830 erobert. In Südafrika waren seit 1868 Diamanten und 1886 Gold gefunden worden. Der britische Imperialismus setzte sich dann mit aller Macht und im Kampf mit den burischen Gesellschaften, die die Goldfelder kontrollierten, dann im Burenkrieg, einem der größten Kriege auf afrikanischem Boden, mit Gewalt durch. Das ist vor der Aufteilung und während der Aufteilung passiert. Auch das internationale Kapital sowohl von Cecil Rhodes, der Kapital aus der Diamantgewinnung und der Förderung von Gold akkumuliert hatte, kooperierte mit hamburgischen und britischen Banken. Auf diese Weise wurden Mosambik und Angola, also die portugiesischen Kolonien und Nyassaland, das künftige Malawi, durch Konzessionsgesellschaften kontrolliert.

In Berlin ging es um die Einschränkung von Konfliktmöglichkeiten der Großmächte. Bismarck erkannte deutlich, er war nicht an Kolonien interessiert, dass die Exportkraft des

industriellen Deutschlands viel wirkungsvoller in großen Freihandelszonen in Afrika gesichert werden könne. Er rechnete mit der Kontrolle des Kongos und Ostafrikas, die noch nicht besetzt waren. Das war eine Fehlkalkulation. Der belgische König Leopold II. organisierte eine geschlossene, brutale Kolonialherrschaft im Kongo. Als Reaktion darauf griffen Kolonialpioniere wie Carl Peters nach Ostafrika. England und Deutschland verständigten sich, dass Uganda und Kenia englisches Interessensgebiet, Tansania, Ruanda und Burundi deutsche Einflusszone werden sollten.

PS: **Mit der Aufteilung von Afrika sind wir mitten in der Boom-Phase des weltweiten Kapitalismus angekommen; eines Booms, der gleich immer eine Krisenphase nach sich gezogen hat. Es ist die Zeit des fließenden Übergangs vom Kolonialismus zum Imperialismus, eine Zeit des kriselnden Kapitalismus, in der das Verhältnis zwischen Europa und den anderen Regionen der Welt sich verändert hat.**

H**B:** Europa ging tatsächlich in dieser Zeit parallel zur Afrika-Konferenz durch die tiefste Wirtschaftskrise von 1874 bis 1896. Teile der europäischen Arbeiterbewegung glaubten, dass dies das Ende des Kapitalismus wäre. Die Strategen der Großmächte kamen zu einem anderen Schluss: „Wir müssen jetzt die Räume sichern, damit wir im 21. Jahrhundert noch mithalten können.“

PS: **Wenn man in diesem Zusammenhang als Einwurf Rosa Luxemburg paraphrasieren darf, dass der Imperialismus der Kampf der Weltmächte und zwar der politische Kampf um die noch nicht in Besitz gelegten Regionen in der Welt darstellt, dass mit anderen Worten die Regierungen und das Kapital zu Ende des 19. Jahrhunderts genau um diese Gedanken kreisten: „Was müssen wir erobern oder unter Kontrolle halten, um im weltweiten Konkurrenzkampf des 20. Jahrhunderts bestehen zu können?“**

H**B:** Ja, es ging um Zukunftspolitik, wobei die wirtschaftliche Seite dieses Kolonialismus für Deutschland gar nicht so wichtig war. Der Anteil der deutschen Kolonien am deutschen Sozialprodukt betrug vielleicht 3–4 Prozent, das war gering. Gleichzeitig, und da kommen wir zur ideologischen Seite dieser Entwicklung, geht diese noch neue Periode mit einem europäischen Überlegenheitsgefühl einher. Der Wohlstand der europäischen Metropolen, die transnationalen Eisenbahnlinien, die Linienschifffahrt über die Weltmeere, die Finanzkraft der großen Banken, vor allen Dingen der Banken in London, waren Ursachen unglaublichen Stolzes auf die Errungenschaften dieser Welt, und die Mittelschichten sahen den Wohlstand auf sich zukommen. Interessant ist, dass bei diesem Blick auf sich selbst das Überlegenheitsgefühl der Europäer enorm zunahm. Sie waren gefangen in einer verschandelten Evolutionstheorie Darwins und in einem kruden Rassismus, der die Wertigkeit des Menschen an unveränderbaren „Rassen“-Merkmälern mit unterschiedlichen Fähigkeiten festmachte. Angesichts der proto-industriellen Verhältnisse im Rest der Welt, ob nun bei den „chinesischen/gelben Gefahr“ oder aber bei den „Negern“, wie man Menschen in Afrika abfällig nannte, hatten sie vergessen, dass das Massenelend der protoindustriellen und frühkapitalistischen Phase für die Arbeitskräfte, für die Frauen und für die Kinder in Europa verheerend waren. Die Slums der europäischen Städte mussten an der Wende des 20. Jahrhunderts noch abgerissen werden. Europa hat sich heute über seinen Wohlstand des 20. Jahrhunderts – vor allen Dingen nach 1945 – eingebildet, dass das immer so gewesen sei. Es hat seine eigene Vergangenheit schöngeredet oder vergessen.

PS: **Kommen wir nochmal auf die Zeit um 1900 zurück. Es hat sich im Zuge der Industrialisierung in den europäischen Metropolen eine Arbeiterklasse herausgebildet, die sich auch in Gewerkschaften und Parteien organisiert hat. Wie haben sich diese – jetzt nehmen wir die Großen wie die britische Labour Party und die SPD – wie haben sich denn diese Organi-**

sation der Arbeiterklasse zu Kolonialismus, Imperialismus, ja auch Rassismus verhalten?

HB: Der moderne Kapitalismus lässt sich von dem Überlegenheitsgefühl der Europäer und ihrem Stolz auf ihre Zivilisation und den Kontrollmöglichkeiten der Welt unterscheiden. Der moderne Rassismus mit seinen biologischen Theorien hat dieses Überlegenheitsgefühl in krasse Diskriminierungsweisen verhärtet. Die Arbeiterschaft etwa des Frühindustrialismus in England begriff ihr Elend in den Anfängen der industriellen Entwicklung durchaus als Sklaverei. Das galt für das „Shanghaien“, das gewaltsame Rekrutieren der Matrosen für die Atlantikseefahrt – über 350.000 in einem Jahrhundert – und sie fühlten auch mit dem Schicksal der Sklaven, die sie auf den Schiffen beaufsichtigen mussten.

Die organisierte Arbeiterbewegung hatte kein Interesse an Kolonien. In England gab es eine starke Strömung, die sich auf den liberalen Freihandel stützen wollte. Freihandel und ein enges Bündnis mit Großbritannien zur Entwicklung der Demokratie war auch im Deutschen Reich Parole. Als Hafenarbeiter und Werftarbeiter in Hamburg Dampfer für die Kolonialdienst bauen sollten, entschied die Sozialdemokratie sich grundsätzlich gegen Kolonien und hat diese Position weitgehend durchgehalten, auch wenn es nach 1907 einen Flügel in der Partei gab, der sich mit einer reformierten Kolonialpolitik anfreunden konnte.

PS: Gut, das kann man so mit einem Recht behaupten und doch gibt es ausreichend Anhaltpunkte, dass ein zivilisatorischer Impetus gegenüber den nichteuropäischen Ländern und Völkern kompatibel war mit einem Kolonialisierungsziel und auch kompatibel war mit Rassismus. Die europäische Zivilisation in die Welt zu tragen war auch innerhalb etwa des rechten Flügels der Sozialdemokratie keineswegs obsolet. Und einen wichtigen Hinweis muss man zum Thema Rassismus, zur Klassifizierung der „Anderen“ als minderwertig – auch in der damaligen

Zeit – noch hervorheben. Es gab nicht nur einen transatlantischen Rassismus, sondern auch Rassismus gegenüber den Völkern Südeuropas, von Rassismus getriebene Politik gegenüber den Völkern Osteuropas, gegenüber den „Slawen“, wie es hieß. Der Siedlungskolonialismus, der vom Deutschen Reich im Ersten Weltkrieg unter Ludendorff im baltischen Oberost betrieben wurde, handelte von der Unterwerfung und „Teil-Zivilisierung“ der Slawen. Das durch den Separatfrieden von Brest-Litowsk dem deutschen Reich zugefallene osteuropäische Gebiet sollte unter den gleichen Prämissen kultiviert werden. Damalige Unterwerfungsvisionen weiter osteuropäischer Räume sollten dann ab 1939 mit kollektiv verankertem rassistischen Eliminierungseifer grausame Wirklichkeit werden.

HB: Da hast du einen ganz wichtigen Punkt angesprochen, der für die gegenwärtige Diskussion um den Rassismus sehr wichtig ist, weil sie zurzeit extrem verengt wird. Sie wird maßgeblich von Teilen der afroamerikanischen Aktivist*innen und auch in Deutschland von der afrodeutschen Diaspora bestimmt. Der Rassismus gegen Schwarze wird ausschließlich betont aber es wird nicht beachtet, dass Rassismus, zu dem auch der Antisemitismus gehört, sich nicht nur an der Hautfarbe orientiert.

PS: Ja, so wie der deutsche Kolonialismus immer in erster Linie ein Kontinentalkolonialismus gen Osten gewesen ist, müssen wir uns hier – wenn wir vom kolonialen und rassistischen Erbe sprechen – immer bewusst sein, was „weißer Rassismus“, Antisemitismus sowieso, der Deutschen angerichtet hat.

HB: Außerdem betrachtet dieser gegenwärtige Rassismus-Diskurs alle Afrikaner als Opfer. Damit wird die Herrschaftsgeschichte in Afrika und die umfassende innere Sklaverei durch die alten Eliten vergessen. Statt auch Kritik an modernen postkolonialen Gewaltformen in Afrika zu üben, werden alle Übel als von außen kommend betrachtet. Natürlich müssen die

Wirkungen der Weltwirtschaft, die Marginalisierung fördert, Teil der Kritik sein.

PS: **Wir müssen nun zum Ausgangsproblem zurückkehren: die Frage nach dem Verhältnis von Kapitalismus zu Kolonialismus, wie sich die Entwicklung des Kapitalismus mit dem Kolonialismus verbindet. Wenn ich nochmal auf Rosa Luxemburgs Analyse des Imperialismus zurückkomme, die in dem Satz zusammengefasst werden kann, dass der Imperialismus die Durchdringung der Welt mit politischen, sprich auch militärischen, Mitteln zur Durchsetzung der Kapitalinteressen in der ganzen Welt ist, kann man dann sagen, dass der Kolonialismus für die Entwicklung des Kapitalismus, der sich in Europa entwickelte und dann in viele Teile der Welt getragen wurde, dass also der Kolonialismus eine Grundvoraussetzung gewesen ist?**

sich auch persönlich mit den ökonomischen Metropolen in der Welt. Gleichzeitig muss man sagen, dass auch Staaten, die nicht formell kolonisiert worden sind, wie Thailand zum Beispiel, eine ähnliche Annahme einer kapitalistischen Durchdringung versucht haben, mit ihren Monarchien, ihren alten Eliten und auch der Korruption neuer Eliten, die sich als Modernisierer verstanden. Insofern ist es ja auch sehr schwer zu unterscheiden, was koloniale Herrschaft direkt und was das kapitalistische System mit seiner allumfassenden Durchdringung bewirkt haben. Ich glaube nur, aus beiden Quellen und der Interaktion beider Prozesse lässt sich die Weltentwicklung erklären und nicht mit einer absoluten Überschätzung der territorialen Herrschaft, wie sie in Afrika vollzogen worden ist. ■

HB: Mit dieser Schlussfolgerung habe ich Schwierigkeiten. Einerseits ist richtig, dass die Durchdringung der Welt, also Lateinamerikas, dann Indiens und auch das Osmanischen Reichs, übrigens auch des russischen Reichs, im Zeitalter des Imperialismus und vorher im Zeitalter des Freihandelsimperialismus eine wesentliche Voraussetzung für die Entfaltung des Kapitalismus war. Auf der anderen Seite muss man aber sehen, dass die meisten Völker beeindruckt von der europäischen Überlegenheit und auf der Suche nach Gegenmitteln, dem europäischen Modell der Hochindustrialisierung und übrigens auch des starken Staates nachgestrebt sind. Insofern waren die Türen für die kapitalistische Durchdringung durch die Eliten der Welt auch geöffnet. Es gibt indische Großkapitalisten, es gibt den lateinamerikanischen Großgrundbesitz, der davon lebt, mit Europa in dieser Beziehung zu sein. Und China rekonstruiert einen starken Staat mit wachsender Wirtschaftskraft aufgrund dieser Erfahrung und in Revanche für die Niederlagen des 19. Jahrhunderts. Selbst die führenden Köpfe der antikolonialen Befreiungsbewegungen in Afrika glaubten an eine nachholende Entwicklung und vernetzten

Von der Geschichte lernen – Strukturen globaler Ungerechtigkeit beseitigen

von Svenja Schulze¹

Man stelle sich vor, der deutsche Sozialstaat würde heute nicht auch aus der Geschichte heraus verstanden. Alle Bekenntnisse, seine Errungenchaften zu schützen und angesichts neuer Anforderungen weiterzuentwickeln, verlören an Nachdruck. Erst die so genannte Soziale Frage im 19. Jahrhundert und die mit ihr verbundene massenhafte Not in der Bevölkerung - die von der SPD als Partei der Arbeiter*innen erstmals thematisiert wurde – macht wirklich begreifbar, warum wir in Deutschland heute auch in Zeiten manch marktdominanter Tendenz besonderen Wert auf gesellschaftliche Solidarität in Form sozialer Sicherung legen. Erst die Einordnung in den historischen Kontext lässt das Konzept des Sozialstaats in besonderer Weise glaubwürdig erscheinen, denn sie zeigt, dass die Gesellschaft gelernt hat aus den schlimmen Erfahrungen der Vergangenheit mit all ihrer Not, ihren Verletzungen, ihren Ungerechtigkeiten und ihrer Ausgrenzung, unter denen damals eben vor allem die breite Bevölkerungsschicht der Arbeiter*innen litt.

Auch unsere Entwicklungszusammenarbeit dürfen wir nicht losgelöst vom historischen Kontext sehen. In ihm wurden weltweit Verhältnisse geschaffen, die viele Länder in ihrer Entwicklung ausgebremst haben und bis heute an schnelleren Fortschritten hindern: ungleiche Besitzverhältnisse, soziale Disparitäten als Ursache für Armut oder instabile Systeme bis hin zu gewaltbereiten Despoten. Man denke aktuell an die Lage in Myanmar, Mali, Jemen oder Äthiopien. Mehr denn je braucht es aus globaler Perspektive strukturschaffende Impulse, die dazu beitragen, überkommene, aber vielerorts immer noch wirkungsmächtige Strukturen aus der Vergangenheit durch Transformation zu überwinden. Es braucht eine *Globale Strukturpolitik 2.0*. Diese Welt ist zu kostbar um sie den vielfach risikobeladenen Entfesselungen neo-

liberalen Denkens zu überlassen, die manche vor Augen haben als strukturprägende globale Kraft, wenn sie an die Zukunft unseres Planeten denken. Es war doch gerade das Prinzip der Gewinnmaximierung im Norden, das (in imperialen Zeiten) zu Ausbeutung und Unterdrückung im Süden und zu einer globalen Umweltzerstörung führte, die kaum rückgängig gemacht werden kann.

Die SPD hat eine lange Tradition im Gestalten drängender politischer Reformprozesse, von denen am Ende immer die gesamte Gesellschaft profitiert hat, vor allem aber jene, die Unterstützung am meisten bedurften. Die Sozialpolitik ist da nur ein Beispiel. Als Sozialdemokratin sehe ich mich in dieser Tradition und als Bundesministerin ist sie mir Richtschnur für mein Entwicklungspolitisches Handeln. Wir werden aus Fehlern der Vergangenheit lernen, wir werden Schlussfolgerungen ziehen und Defiziten entgegenwirken – im Sinne einer modernen internationalen Strukturpolitik, die Antworten gibt auf die drängenden Fragen unserer Zeit und zugleich Wegweiser ist hin zu einer gerechteren Welt mit der strategischen Zielrichtung einer globalen Politik, die das Wohl des gesamten Planeten im Blick hat.

Wie ist die Ausgangslage?

Es ist unbestreitbar, dass viele Entwicklungs- und Schwellenländer unter den Gegebenheiten leiden, die in der Vergangenheit ohne ihr Zutun geschaffen wurden. Nahezu 500 Jahre bestimmten imperiale Bestrebungen europäischer Mächte die Weltgeschichte. Sie sind vielerorts bis heute prägend, auch wenn sie nicht alle Ursachen von globaler Ungleichheit begründen. In Afrika, Südostasien, Südamerika oder Ozeanien - Millionen Menschen fielen ihnen zum Opfer. Zwangsarbeit, Prügelstrafen, Vergewaltigungen gehörten zum Alltag, um nur einige Verbrechen zu nennen, zu denen auch massenhaftes Töten, etwa im Genozid an den

¹ Svenja Schulze ist Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Herero und Nama in der früheren deutschen Kolonie Südwestafrika gehörte oder die blutige Herrschaft des belgischen Königs Leopold II. im Kongo. Die Europäer wollten Kolonien zum nationalen Prestige und zur Ausbeutung der Ressourcen.

Heute sind zwar nahezu alle ehemaligen Kolonien souveräne Staaten, doch das Erbe imperialer Einverleibung durch europäische Mächte wirkt vielfach weiter: in den Köpfen der Menschen und vor allem in den Strukturen der neuen Staaten und, damit eng verknüpft, in manchen Abhängigkeiten, deren negatives Potenzial sich zurzeit auf beklemmende Weise entfaltet. Die Ernährungskrise in vielen Ländern des Globalen Südens infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine zeigt das sehr deutlich.

Bis heute aber hat eine kritische Aufarbeitung der Kolonialzeit in Europa nicht wirklich stattgefunden, auch in Deutschland nicht: Nur wenige Orte im öffentlichen Raum erinnern an die Verbrechen des Imperialismus; auch in Schulbüchern spielt der deutsche Imperialismus so gut wie keine Rolle. Erst langsam verabschiedet sich die Gesellschaft dank der Postkolonialismusforschung von der falschen Vorstellung, man habe den unterdrückten Völkern Zivilisation, Fortschritt und Demokratie gebracht.

Von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungszusammenarbeit

Seit den 1980er Jahren wurde seitens der deutschen staatlichen Entwicklungspolitik manch wichtiger Schritt zur Überwindung überkommener Strukturen gemacht. Das betrifft vor allem unsere grundsätzliche Haltung, wie wir den Ländern des Globalen Südens gegenüberstehen. So ist es heute die Partnerorientierung in der Entwicklungszusammenarbeit, die wir stärken, statt interessengeleitete Gebermentalität früherer Jahre. Nicht die Geber haben die besten Rezepte, sondern die Gemeinschaft der Partner hinter einem Projekt, zum Beispiel als Dreieckskooperation zwischen

- einem Land des Globalen Südens, das Unterstützung bei der Bewältigung einer kon-

kreten Entwicklungsherausforderung angefragt hat,

- einem Hauptpartner, der im eigenen Land Erfahrungen bei der Bewältigung einer solchen Herausforderung gesammelt hat und seine finanziellen Ressourcen und sein Wissen teilt,
- und einem unterstützenden Partner, der dabei helfen kann, die anderen Partner zu verbinden, sowie diese Partnerschaft finanziell oder mit fachlicher Expertise unterstützt.

In solchen Ansätzen ist die neue Haltung zu einer konkreten Struktur geworden. Sie drückt sich darüber hinaus auch aus in der Betonung der *gemeinsamen Verantwortung* für ein Vorhaben. Ich denke etwa an die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDG). Durch sie wird besonders deutlich erfahrbar, dass wir zusammen Verantwortung tragen für unseren *gemeinsamen Planeten* und die *eine Weltgemeinschaft*. Die Agenda 2030 ist eine universelle Verbindlichkeit, die für alle gilt und nicht nur für die Länder des Globalen Südens. Damit weitet sie den Blick und verpflichtet den Norden darauf, vor seiner eigenen Haustüre zu kehren (auch und gerade mit Blick auf fragwürdige Strukturen des globalen Zusammenlebens, die oft Sieger und Verlierer produzieren, z. B. im Handel, beim Klima oder bei Waffenexporten). Ich denke auch – noch grundsätzlicher – an den Ansatz der Politikkohärenz, der zum Ausdruck bringt, dass auch wir mitwirken müssen, damit sich Wohlergehen und Lebensqualität in den Ländern des Globalen Südens verbessern. Außerdem gibt es konkrete Verbesserungen auf dem Weg zu gleichberechtigter Beteiligung auch in den internationalen Institutionen, etwa durch verbesserte Repräsentanz von Ländern des Globalen Südens in den Gremien internationaler Institutionen und Banken.

Miteinander im Respekt voreinander – seit jeher ist dies Leitmotiv für Sozialdemokrat*innen. Wir wollen es mit unserer Entwicklungszusammenarbeit auf eine globale Ebene heben, denn wir sind überzeugt, dass es auch Wegweiser in eine friedvolle und gerechtere Zukunft unseres

gesamten Planeten sein kann. Die Übernahme der Regierungsverantwortung am 8. Dezember 2021 gibt uns die Gelegenheit, wichtige Weichen im Sinne nicht nur einer nationalen, sondern auch einer globalen Transformationspolitik zu stellen.

Just Transition

Deutschland trägt als besonders wohlhabendes Land in der globalen Zusammenarbeit eine besondere Verantwortung. Ich sehe unsere Rolle in der Welt vor allem als die der Brückenbauer*in und Unterstützer*in. Als Entwicklungsinisterin geht es mir wie schon in meinem früheren Amt als Bundesumweltministerin ganz zentral um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen, um gute Entwicklungsperpektiven, ebenso wie um Solidarität und Gerechtigkeit.

Es ist ein kommunizierendes System, in dem das eine das andere bedingt, denn: nachhaltiger Schutz der Umwelt und des Klimas (als unsere weltweit unteilbaren Lebensgrundlagen) ist ohne gleichzeitigem Einsatz für soziale Gerechtigkeit und damit verbundene Standards nicht denkbar.

An der Klimakrise lässt sich das besonders deutlich ablesen, denn am härtesten trifft sie die Ärmsten, die nicht die Möglichkeit haben, sich anzupassen. Klimaschutz ist darum ein Gebot der globalen Gerechtigkeit. Aber auch die Klimaschutzmaßnahmen selbst müssen sozial gerecht gestaltet sein, damit sie erfolgreich sind. Wir in Deutschland standen beim Kohleausstieg vor einer ähnlichen Situation. Wandel wird erst dann akzeptiert (und so nachhaltig), wenn eben nicht einseitig jene für ihn einstehen müssen, die am wenigsten zum Handlungsdruck beigetragen haben. Darum schließen wir mit unseren Partnern *Klima- und Entwicklungspartnerschaften* ab, die Klimaschutz mit sozialer Absicherung und neuen Perspektiven für die betroffenen Menschen und Regionen verbinden.

Zum Beispiel unterstützt Deutschland zusammen mit der EU-Kommission, Frankreich, Großbritannien und den USA Südafrika mit

zunächst 8,5 Milliarden US-Dollar beim Kohleausstieg. Dies ist ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung vor Ort und zum Klimaschutz. Um den Kohleausstieg sozial verträglich zu gestalten, sieht die Partnerschaft Investitionen in die soziale Infrastruktur vor:

- für die heute noch mehr als 90.000 Minenarbeiter*innen
- in die Berufsausbildung von Jugendlichen
- in die berufliche Förderung von Frauen
- in die Unterstützung von klein- und mittelständischen Unternehmen
- und in Regionen als künftige Innovationsstandorte, z. B. für grünen Wasserstoff und elektrische Fahrzeuge.

Nach Südafrika arbeite ich mit Nachdruck daran, das soziale Klimaschutzinstrument „Klima- und Entwicklungspartnerschaft“ mit weiteren Partnern im Globalen Süden auszubauen. Dazu gehört etwa Ruanda, im März habe ich die deutsch-ruandische Klima- und Entwicklungspartnerschaft unterzeichnet. Dazu gehört die Entwicklung der Green City Kigali, ein Vorzeigeprojekt für eine nachhaltige „grüne“ Stadtplanung, die den Ausbau von erschwinglichem Wohnraum, die Transformation zu einer „Green Economy“ sowie die erforderliche Anpassung an die beschleunigte Verstädterung mitdenkt.

Corona-Pandemie und ihre Folgen bekämpfen – durch resiliente Gesundheitssysteme

Die Pandemie, das steht fest, werden wir nur gemeinsam überwinden. Deutschland beteiligt sich deshalb maßgeblich an der Team Europe-Initiative der EU zur Förderung der Herstellung von Impfstoffen, Arzneimitteln und Gesundheitstechnologien in Afrika. Die Initiative wird mit einer Milliarde Euro dazu beitragen, die notwendigen Rahmenbedingungen für die lokale Herstellung von Impfstoffen in Afrika zu schaffen, und zwar über die aktuelle Pandemie hinaus. Erste Produktionsstätten sollen in Ruanda und im Senegal entstehen.

Darüber hinaus arbeiten wir an einem „Pandemie-Impfstoff-Pool“, einem neuen Vorsorgeinstrument, das bei neuen gefährlichen Virusvarianten greift und dafür sorgen soll, dass die Länder des Globalen Südens einen schnellen und gleichberechtigten Zugang zu neuen Impfstoffen bekommen. Eine gemeinsam von Deutschland, Indonesien, Ghana und dem Senegal ausgerichtete Geberkonferenz Anfang April 2022 hat den Pandemie-Impfstoff-Pool in die Wege geleitet.

Feministische Entwicklungspolitik

Nutzen wir endlich das (volle) Potenzial von Frauen! Nutzen wir es im Sinne des Ziels Geschlechtergleichstellung (als zentrales Menschenrecht), aber auch im Sinne des Gemeinwohls. Ich bin überzeugt: Eine feministische Entwicklungspolitik trägt aktiv dazu bei, verkrustete, patriarchalische Strukturen aufzubrechen, um der *Gesamtgesellschaft* neue Entwicklungsperspektiven zu eröffnen.

Der Kampf gegen Armut, strukturelle Ungleichheit und jede Form von Diskriminierung sind wie das Empowerment von Frauen und Mädchen die zentralen Aspekte von feministischer Entwicklungspolitik. Unzählige Studien belegen die positiven Effekte, wenn Frauen genauso viel Verantwortung tragen wie Männer – weniger Hunger und Armut, stabilere Gesellschaften und nicht zuletzt produktivere Volkswirtschaften. Überdies wissen wir, dass Frauen etwa als Wissensträgerinnen in der Landwirtschaft oder bei der Anpassung an den Klimawandel eine zentrale Rolle spielen. Frauen machen auch den Großteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft aus – doch weniger als 15 Prozent der Landbesitzer*innen weltweit sind Frauen. Ähnlich verhält es sich in der Krisenprävention und der Friedenssicherung: Auch hier führt die Einbindung von Frauen zu nachhaltigeren Ergebnissen. Darum ist es mir ein zentrales Anliegen, Geschlechtergleichstellung in unseren Projekten wesentlich stärker zu verankern.

Auch das ist eine wichtige strukturelle Verbesserung: In unseren Partnerländern soll die *Zivilgesellschaft*, darunter Frauenrechtsorgani-

sationen und Vertretungen von LSBTIQ+, künftig stärker einbezogen werden. Sie haben sehr oft die größte Expertise und den besten Zugang zu benachteiligten Personen und Gruppen. Kurz: Die Gleichstellung der Geschlechter wird sich wie ein roter Faden durch die deutsche Entwicklungspolitik ziehen. Das heißt: Die Maßnahmen, die wir fördern, egal ob zum Schutz von Umwelt, Gesundheit oder Ernährungssicherheit, sollen das Ziel von Geschlechtergleichstellung viel stärker als bisher mitverfolgen. Ich werde darauf achten, dass wir mit Projekten der Entwicklungszusammenarbeit möglichst viele Frauen und Mädchen unterstützen und einbeziehen. Es geht aber auch um gezielte Maßnahmen – vom Schutz vor geschlechtsbasierter Gewalt über Mädchenbildung bis hin zur Förderung von Unternehmer*innen. Wer Frauen stärkt, handelt im Sinne der gesamten Gesellschaft – also aller Menschen. Steigt beispielsweise die Erwerbstätigkeit von Frauen, hat das eine Rückwirkung auf die ganze Gesellschaft.

Ich werde auch hier die deutsche G7-Präsidentschaft 2022 nutzen, um größere Hebel für eine nachhaltigere, geschlechtergerechte Welt zu bewegen, konkret etwa im Bereich der bezahlten und unbezahlten Sorge- und Pflegearbeit als wichtigem Ansatz für mehr Gleichstellung oder durch stärkere Berücksichtigung von LSBTIQ+-Inklusion oder bei der Mütter-Kind-Gesundheit und Mädchenbildung. Auch der Bundeskanzler versteht sich als Feminist. Ich bin zuversichtlich, dass uns hier gemeinsam Gutes gelingt.

Multilateralismus

Die imperialen Mächte konnten auch deshalb so viel Macht entfalten, weil sie allein, ohne Kontrolle anderer, entschieden haben und ihre Entscheidungen oft mit Gewalt durchgesetzt haben. Unsere Entwicklungspolitik steht in besonderer Weise für Multilateralismus – in Europa, den Vereinten Nationen oder in der G7 und G20. Ich bin überzeugt: Wir müssen international noch viel stärker an einem Strang ziehen, denn multilaterale Zusammenarbeit führt wo immer möglich zu besseren Ergebnissen – etwa bei der Prävention von Pandemien oder eben bei der Bewältigung globaler Herausforderungen.

gen wie dem Klimawandel. Sie kann Vertrauen schaffen, auch mit schwierigen Partnern.

Das gilt nicht zuletzt auch für die Landwirtschaft. Sie gemeinsam, als eine grenzüberschreitende Herausforderung in den Blick zu nehmen liegt eigentlich in der Natur der Sache, denn Landwirtschaft ist eine Basisressource menschlichen Lebens – und zwar überall auf der Welt. Doch auch sie wird oft gehemmt von fragwürdigen Strukturen. So haben die akuten Krisensymptome, die wir derzeit in der globalen Ernährungssicherheit erleben, ihre Gründe auch in chronischen Problemen in den Agrar- und Ernährungssystemen, beispielsweise anfälligen Lieferketten und Abhängigkeiten von wenigen Lieferanten und Sorten. Viele Ursachen lassen sich auf bis heute bestehende Verhältnisse zurückführen, die im Imperialismus geschaffen wurden. Darum dürfen wir - bei aller Sorge über die kurzfristigen Schocks - die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Transformation unserer Agrar- und Ernährungssysteme nicht in Frage stellen. Putins Politik mit dem Hunger darf uns nicht davon abhalten, strukturelle Probleme in der Landwirtschaft anzugehen und sie so nachhaltig zu machen.

Schon heute unterstützen wir in vielen Partnerländern weltweit die Menschen dabei, landwirtschaftliche Produktion auf sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Weise zu steigern. Diese Anstrengungen wollen wir auf nationaler, europäischer und globaler Ebene weiterführen. Auch in der Ernährungssicherung gilt es, die internationale Zusammenarbeit zu intensivieren, um bessere Ergebnisse zu erzielen. Deutschland setzt sich im Rahmen der G7-Präsidentschaft dafür ein, dass die Probleme umfassend in den Blick genommen und gelöst werden. Ein neuer, von uns vorangebrachter Krisenreaktionsmechanismus setzt in besonderer Weise auf internationale Kooperation.

In der SPD gehören Internationalität und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur DNA. Aber auch die aktuell wichtigen globalen Vereinbarungen – Agenda 2030, das Pariser Klimaabkommen oder die Addis-Abeba- Agenda zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung – sowie die darin verankerten Ziele können wir

nur erreichen, wenn wir gemeinsam arbeiten und nicht jeder sein eigenes Süppchen kocht. Multilateralismus ist eine Haltungsfrage. Und ich möchte sie mit Leben füllen.

Es bleibt viel zu tun

Internationale Strukturpolitik 2.0 ist globale Gerechtigkeitspolitik für nachhaltige Entwicklung. Die Globalisierung hat die Welt immer mehr zusammenrücken lassen und die Herausforderungen unserer Zeit – der Klimawandel, die weltweite Pandemie oder die zunehmende soziale Ungleichheit – lassen sich nur im internationalen Miteinander bewältigen. Für dieses Miteinander brauchen wir einen verbindlichen Rahmen – eben neue Strukturen, die wir schaffen müssen, um es unseren Partnern zu ermöglichen, auf Augenhöhe und eigenständig zu agieren. Schließlich sind sie die eigentlichen Träger der erforderlichen sozial-ökologischen Transformation vor Ort. Dazu gehören auch ein globaler demokratischer Ordnungsrahmen, ein gerechtes Welthandels- und -finanzsystem und, wo immer möglich, die Stärkung des Multilateralismus. All das stärkt nicht zuletzt die Resilienz der Länder des Globalen Südens in Krisensituationen – im Sinne einer Selbstermächtigung, die dazu führt, die eigene Entwicklung in die Hand zu nehmen. Internationale Strukturpolitik versteht Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern als Beitrag zur gemeinsamen Gestaltung der Globalisierung und zur internationalen Friedenssicherung.

Doch klar ist auch, Strukturen können nicht über Nacht verändert werden. Eine wichtige Partnerin beim Thema Globale Strukturpolitik ist die Zivilgesellschaft und ihre Engagierten, denn sie fördern den nötigen Haltungs- und Bewusstseinswandel hierzulande. Wir brauchen sie, um auch bei uns Akzeptanz zu schaffen für eine wirklich partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe mit den Ländern des Globalen Südens – ganz im Sinne großer sozialdemokratischer Entwicklungspolitiker*innen wie Erhard Eppler, Marie Schlei, Egon Bahr und Heidemarie Wieczorek-Zeul. Es gilt, Ungerechtigkeiten aus vergangenen Epochen endgültig zu überwinden. ■

Die Ungleichheit der Welt

von Michael R. Krätke¹

Armut- und Reichtumsforschung

Fast dreißig Jahre ist es her. Da erschien ein dickes Buch über das „Elend der Welt“. Verfasst von einer Gruppe von jungen französischen Soziologen, angeführt von Pierre Bourdieu.² Das Buch stand in einer Tradition von Armutsstudien, die schon im 19. Jahrhundert von philanthropischen Privatgelehrten unternommen wurden. Die Studie der Forschergruppe um Bourdieu hat einige Nachfolger gefunden. Nach ihrem Vorbild haben Forschergruppen in Deutschland, in Österreich und in einigen anderen Ländern ähnliche Studien über die Lebensbedingungen und die Lebenswelt der Armutsbewölkerung unternommen.³ Jedoch dachten die früheren wie die heutigen Sozialforscher noch im nationalen Rahmen: Untersucht wurden die Lebensbedingungen im eigenen Land. Auch die der Pionierarbeit folgenden Länderstudien blieben auf einzelne Länder und gelegentliche Ländervergleiche beschränkt. Das war alles richtig und wichtig. Aber die Sicht auf die andere Seite der Medaille, auf die Entwicklung des Reichtums und die Lebenslage und Lebensumstände der Reichen und Superreichen fehlte. Ein altes Problem der Ungleichheitsforschung: Es gibt mehr Wissen und mehr Untersuchungen über die Armen als über die Reichen in unseren Gesellschaften. Und die globale Sicht über den Tellerrand der nationalen Staaten und Gesellschaften hinaus fehlte ebenfalls – ausgerechnet im Zeitalter der „Globalisierung“, der fortschreitenden Verflechtung aller nationalen Ökonomien und Gesellschaften in einem übergreifenden Weltmarktzusammenhang.

Das ist inzwischen anders geworden, dank der Pionierarbeit einiger junger französischer Ökonomen. Die wurden auf einen Schlag zu Weltberühmtheiten, als einer von ihnen im Jahr 2013

ein dickes Buch mit dem provozierenden Titel „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ vorlegte. Thomas Piketty, der Autor dieses Wälters, war kein zweiter Marx, sein Buch hat mit dem Marxschen „Kapital“ wenig gemein.⁴ Piketty entpuppte sich zwar rasch als radikaler Reformist, aber Marxist war er nie. In seinem Buch stellte er die Ergebnisse von vielen Jahren kollektiver empirischer Forschungsarbeit vor. Dank der gesammelten Daten war es ihm möglich, die Entwicklung der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in einigen hoch entwickelten kapitalistischen Ländern (mit den USA, Großbritannien und Frankreich als Paradebeispielen) über einen langen Zeitraum detailliert nachzuzeichnen. Dennoch hat Pikettys erstes Buch eine große Schwäche: Dem Autor gelingt es nicht, zu erklären, warum die soziale und ökonomische Ungleichheit in den von ihm untersuchten Ländern des entwickelten Kapitalismus langfristig unaufhaltsam zunimmt. Die Formel, die er dafür anbot, entpuppt sich schon beim ersten Zusehen als reine Tautologie, nicht falsch, aber ohne Erklärungswert. Das war und das bleibt ein schwerwiegendes Manko. Denn die Ungleichheitsforschung wird dann und erst dann brisant, wenn sie den notwendigen Zusammenhang von Armut und Reichtum aufzeigen kann. Also nicht nur ständig wiederholt, dass die Armen ärmer und die Reichen reicher werden, sondern das Warum erklären kann. Etwa im Sinn einer nach wie vor heftig umstrittenen Ausbeutungstheorie: die Armen werden ärmer, weil die Reichen reicher werden, die Verarmung der einen steht in einem kausalen Zusammenhang mit der Bereicherung der anderen. Das war der politische Sprengstoff, mit dem der klassische Marxismus die Sozialdemokratie und die sozialistische Bewegung befeuert hat.⁵

Pikettys zweites, noch dickeres Buch war anders, polemischer, politischer, programma-

1 Dr. Michael R. Krätke ist Professor emeritus für Politische Ökonomie an der Lancaster University und Mitherausgeber der spw.

2 Siehe Pierre Bourdieu e. a., *La Misère du Monde*, Editions du Seuil, Paris 1993. Auf Deutsch erschien das Buch 1997.

3 Siehe Elisabeth Katschnig-Fasch (Hrsg.), *Das ganz alltägliche Elend*, Löcker, Wien 2003; Franz Schultheis, Kristina Schulz (Hrsg.), *Gesellschaft mit begrenzter Haftung*, Universitätsverlag Konstanz, Konstanz 2005.

4 Siehe Thomas Piketty, *Le Capital au XXIème siècle*, Le Seuil, Paris 2013. Die deutsche Ausgabe erschien 2014.

5 Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Eine Ausbeutungstheorie bedarf einer sorgfältigen und stichhaltigen Begründung. Ob die Marxsche Version einer Ausbeutungstheorie hinreichend gut begründet worden ist, von ihrem Schöpfer oder seinen Nachfolgern, daran sind heute noch stets Zweifel erlaubt.

tischer. Piketty bot Kritik und Lösungsvorschläge zugleich. Die extreme soziale und ökonomische Ungleichheit muss nicht sein, sie ist keineswegs technologisch oder ökonomisch determiniert, sondern hat politische und ideologische Ursachen. Sie ist kein Schicksal, sondern heilbar, wenn man sich einige abstruse Ideen aus dem Kopf schlägt, an die heutige Mainstream-Ökonomen glauben aber sonst kaum jemand, der noch bei klarem Verstand ist.⁶ Es ist in der Tat eine Kritik an der herrschenden Wirtschaftslehre und deren meistgeliebten Dogmen – eingebettet in eine mit derbem Pinsel hingeworfene Tour de force durch die Wirtschaftsgeschichte. Obendrein bietet Piketty ein politisches Programm, das Programm eines „partizipativen und dezentralen Sozialismus“. Ein Programm radikaler Wirtschafts- und Finanzreformen, mit denen die soziale und ökonomische Ungleichheit auf der Welt entscheidend reduziert werden könnte. Mittels progressiver Einkommen- und Vermögenssteuern, die einst zum Kernbestand des demokratischen und radikalliberalen Denkens gehörten, Mittels einer erneuerten und radikalisierten Form der Mitbestimmung in den Betrieben, die zu einer innerbetrieblichen Demokratie führen soll, einst eine Zentralidee des von den deutschen Gewerkschaften getragenen Programms der Wirtschaftsdemokratie. Mittels eines allgemeinen Grunderbes in Höhe von 120.000 Euro, das jedem Bürger zu seinem 25. Geburtstag ausgezahlt werden soll – eine diskussionswürdige Alternative zum bedingungslosen Grundeinkommen, einer beliebten, aber undurchdachten Idee der Linken. Wohlgemerkt, dieses Programm käme ohne einen radikalen Bruch mit den Institutionen und Strukturen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus. Pikettys Reformagenda hätte auch konservativen Sozialdemokraten gefallen müssen, zumal es ihnen nicht mehr zumutete als einen Abschied von etlichen Wahnideen des Wirtschaftsliberalismus, und ohne den Aufbruch zu neuen sozialistischen Ufern auszukommen schien.

Ein internationales Forscherteam

Inzwischen sind die Arbeiten der ursprünglich kleinen französischen Forschergruppe welt-

bekannt geworden, die Gruppe ist erheblich gewachsen. Inzwischen gehören mehr als 100 Ökonomen aus vielen Ländern zum in Paris beheimateten World Inequality Lab, sie kommen aus mehr als 70 Ländern. Seit 2017 publiziert die Forschungsgruppe jährlich einen „Bericht zur weltweiten Ungleichheit“. Weltweit arbeiten über 100 Sozialforscher an der Datenbank World Wealth and Income Database (WID) mit, die ständig erweitert und aktualisiert wird. Diese Daten sind auf der Website „World Wealth & Income Data Base“ abrufbar, die von der Forschungsgruppe betrieben wird. Zunächst wurden Daten zur Einkommens- und Vermögensungleichheit in 33 Ländern gesammelt und ausgewertet, dann wurden daraus 40 Länder, inzwischen kommen mit jedem Jahresbericht neue Länder und Regionen dazu.

Auf der Website des World Inequality Lab kann man die verschiedenen Projekte verfolgen, die die internationale Forschergruppe in Angriff genommen hat. Nach wie vor ist die „World Inequality Data Base“, die als open source Datenbank betrieben wird, das wichtigste und zentrale Projekt. Der jährliche „World Inequality Report“ wird auf dieser Grundlage erstellt. Darüber hinaus arbeitet die Gruppe an einer Sammlung von Daten zur politischen Entwicklung in vielen Ländern. Sie untersucht den Zusammenhang zwischen sozialen Ungleichheiten und politischen Spaltungen und will anhand von sozialökonomischen Indikatoren erhellen, wer warum welche politischen Parteien wählt. Also ein klassisches Thema der politischen Soziologie, das hier im globalen Maßstab angegangen wird. Dazu wird an einer Datenbank über die ungleiche Besteuerung von Kapital- und Arbeitseinkommen in vielen Ländern gearbeitet. Eine weitere Datenbank liefert aktuelle Informationen zum Gender Pay Gap, also über das Ausmaß der ökonomischen Ungleichheit zwischen männlichen und weiblichen Lohn- und Gehaltsempfängern. Dazu kommt als weitere Neuerung eine Datenbank zu den Größen der ökologischen Fußabdrücke, die die Reichen und die Armen in den verschiedenen Ländern der Erde hinterlassen, also über ihren jeweiligen Anteil am globalen CO2-Ausschuss. Der ist in den industrialisierten Ländern des globalen Nordens nicht nur insgesamt höher als im Süden. Sondern es sind auch die Reichen in

⁶ Thomas Piketty, *Capital et Idéologie*, Le Seuil, Paris 2019. Die deutsche Ausgabe erschien 2020.

den reichen Ländern, die durch ihre Lebensweise einen erheblich größeren Beitrag zu Umweltverschmutzung und Klimaerwärmung leisten als ihre ärmeren Mitbürger.

Ein wesentlicher Punkt unterscheidet diese Studien von früheren Studien, die auf reine Ländervergleiche angelegt waren. Jetzt wird die globale Ungleichheit als solche ins Visier genommen: Was trägt die Ungleichheit zwischen Ländern und Regionen bei zur globalen Ungleichheit? Wie verändert sich das Verhältnis dieser beiden Komponenten der globalen Ungleichheit in der Zeit, wann und warum wirkt die Ungleichheit zwischen den Nationen stärker auf die globale Ungleichheit als die Ungleichheit innerhalb der Nationen? Warum sind die Armen in den reichen Ländern immer noch weniger arm als die Armen in den armen Ländern? Das hat sehr viel mit Politik zu tun – ebenso wie die Unterschiede des Reichtums zwischen den Reichen in den reichen und den Reichen in den armen Ländern. Was der jeweilige Staat über Steuern und Transferleistungen umverteilt und in welche Richtung diese Umverteilung geht, das bestimmt die soziale Ungleichheit in einem Land entscheidend mit. Die Steuerpolitik und die staatliche Steuerverwendung bestimmen die sogenannte Sekundärverteilung der Einkommen, und auf die kommt es an. „Das zeigt die Bedeutung des Sozialstaats im Kampf gegen die Armut“.⁷ Das zeigt auch die Bedeutung der sehr unterschiedlichen Sozialstaatstypen in den reichen Ländern, ebenso wie die Bedeutung der Steuerpolitik für die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensunterschiede. Wer die Struktur und Entwicklung der sozialen und ökonomischen Ungleichheit verstehen will, darf nicht daran vorbeigehen, wie sich die verschiedenen Sozial- und Steuerstaaten in den letzten Jahren und Jahrzehnten entwickelt haben. Das hat schon Pikettys erstes Buch gezeigt: Die Serie von massiven Steuerensenkungen (vor allem bei den für die Reicher unter uns relevanten Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern), die seit Mitte der 1980er Jahre, ausgehend von den USA und Großbritannien, in

allen entwickelten kapitalistischen Ländern betrieben wurden, war für den massiven Anstieg der Einkommens- und Vermögensungleichheit in diesen Ländern verantwortlich, und zwar in erster Linie. Das Mantra der immer und überall segensreichen Steuerensenkungen hat in allen kapitalistischen Ländern großen Schaden angerichtet.

Der Bericht zur weltweiten Ungleichheit 2022

Die diesjährige Studie zur globalen Ungleichheit 2022 ist Anfang Dezember 2021 erschienen. Sie wurde ebenso breit rezipiert und gut aufgenommen wie die vorigen; die Jahresberichte sind zur Institution geworden. Es gibt eine Kurzfassung, und die Hauptautoren haben sich in vielen Medien dazu geäußert. Das Ziel dieses Berichts wie der vorigen ist es, den Benutzern zu helfen, sich „mit der Hilfe verlässlicher, transparenter, vergleichbarer internationaler Daten“⁸ selbst ein Bild von der globalen Ungleichheit zu machen, um dieses Problem anzugehen. Eine zentrale Erkenntnis aus den Untersuchungen der internationalen Forschergruppe kann sie dazu ermutigen: ökonomische und soziale Ungleichheit stellt „immer eine politische Wahl dar“.⁹ Welche Ungleichheit, welches Maß an Ungleichheit wir akzeptieren oder nicht, in demokratisch verfassten Ländern ist das eine Frage der politischen Auseinandersetzung und Entscheidung.

Was bringt der Bericht 2022 Neues? Erstens bessere Zahlen. Zahlen, die verlässlicher sind, weil sie auf besseren Erhebungen beruhen. Zum ersten Mal werden Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung systematisch kombiniert mit Daten der Steuerstatistiken und Daten, die aus Haushaltserhebungen wie dem „Sozio-ökonomischen Panel“ (SOEP) in Deutschland gewonnen wurden.

Zweitens bringt der Bericht auch dieses Mal mehr Daten aus einigen Weltregionen, die in früheren Jahren nur am Rande erfasst wurden, wie zum Beispiel aus den Ländern des Nahen Ostens. Inzwischen haben die Forscher ihren

⁷ Lucas Chancel, Hauptautor des World Inequality Reports 2022, Zit. n. Olivia Ronsain, pers. Nachr. vom 15.3.2022, übersetzt aus dem Englischen von Sascha Howind.

⁸ Ebd.

⁹ Ebd.

Anspruch weitgehend wahrgemacht, im Bericht werden Daten aus 8 Weltregionen (Nordamerika, Europa, Ostasien, Mittlerer Osten und Nordafrika, Russland und Zentralasien, Lateinamerika, Süd- und Südostasien und Subsaharisches Afrika) und Ländern vorgestellt.

Drittens werden in diesem Bericht, nicht nur die Entwicklungen bei den Reichen und Superreichen, also bei den oberen 1 Prozent oder 10 Prozent der Einkommensbezieher, untersucht, sondern auch die Entwicklungen in den unteren und mittleren Segmenten der Einkommensbezieher, also bei der Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger. Darin gehen die Berichte weit über Pikettys Buch von 2013 hinaus.

Viertens werden in diesem Bericht die Ergebnisse anderer Studien aufgenommen. So wird über die Einkommensungleichheit zwischen den Geschlechtern, vor allem zwischen den Arbeitseinkommen von Männern und Frauen in verschiedenen Ländern und Regionen, berichtet. Dazu kommen Daten über die sehr ungleich großen ökologischen Fußabdrücke, also die CO2-Emissionen, die sich die verschiedenen Gruppen von Einkommensbeziehern und Vermögensbesitzern erlauben.

Einige Botschaften

Die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen hat zugenommen, nicht überall und nicht für alle. Die ärmeren Hälften der Weltbevölkerung hat ihre Lebenslage verbessern können. Dank des Aufstiegs einer zum Teil neuen Mittelschicht in Indien und China leben die unteren fünfzig Prozent der Weltbevölkerung, also die Masse der Bevölkerung in den armen Ländern der Welt, heute deutlich besser als noch vor zwanzig Jahren. Besonders stark hat sich die mittlere Lebenslage der Bevölkerung in Ost- und Südasien verbessert. Aber in allen Weltregionen hat die Ungleichheit zugenommen. Der mittlere Osten und Nordafrika sind heute die Regionen, in denen die soziale und ökonomische Ungleichheit am stärksten ausgeprägt ist. Europa ist wie bisher schon die Weltregion, in der die soziale und ökonomische Ungleichheit am niedrigsten ist. Global betrachtet, hat die Ungleichheit abgenommen – der globale Gini-Index, den die Forschergruppe erstellt

hat, erreichte seinen Höhepunkt im Jahre 2000 und sinkt seither kontinuierlich ab.

Aber es gibt relative Verlierer – und zwar in den industrialisierten Ländern des globalen Nordens. Dort, also auch bei uns in EU-Europa, hat die gesamte Unter- und Mittelschicht in den letzten Jahren zwar ihre Einkommens- und Vermögenssituation verbessern können. Aber der Abstand zu den Reichen und Superreichen ist ständig gewachsen. Gewonnen, und zwar kräftig, hat nur das oberste Prozent in diesen Ländern. Zwischen den einzelnen Industrieländern bestehen jedoch erhebliche Unterschiede. Westeuropa und die USA weisen da ausgeprägte Unterschiede auf: In Westeuropa ist der Anteil der unteren fünfzig Prozent am Volkseinkommen in den letzten zwanzig Jahren nur leicht gesunken, der Anteil der Reichen und Superreichen, des obersten Prozents, nur leicht angestiegen. In den USA dagegen hat sich die ökonomische Ungleichheit zwischen den unteren fünfzig und den oberen zehn bzw. dem einen obersten Prozent, drastisch erhöht. Vor allem der Anteil der mittleren und unteren Einkommensbezieher, die in der Regel auch über kein Vermögen verfügen bzw. nur Schulden haben, ist stark gefallen. In den USA sind die Mittelschichten von einer Schuldexplosion geradezu erdrückt worden, während in Europa nach wie vor eine ökonomisch relativ starke Mittelschicht besteht.

Allerdings hat sich mit der Wende zum 21. Jahrhundert die Struktur der globalen Ungleichheit verändert. Bis in die 1990er Jahre hinein war der Einfluss der Ungleichheiten zwischen armen und reichen Ländern auf die globale Ungleichheit deutlich stärker als der Einfluss der Ungleichheiten, die innerhalb der einzelnen Länder bestanden. Seit 2000 ist das anders. Heute ist der Einfluss der Ungleichheiten innerhalb der verschiedenen Länder deutlich stärker als der Einfluss der Ungleichheiten, die zwischen den Ländern und Regionen bestehen.

Umverteilung und ihr begrenzter Effekt

Umverteilung ist wichtig – und sie bestimmt das Endresultat, die Sekundärverteilung nach Steuern und Transferausgaben. Im Bericht werden einige wichtige Steuern und einige Trans-

fers, vor allem die Pensions- und Rentenzahlungen, berücksichtigt. Es zeigt sich, dass die Umverteilung durch den Staat in den reichen, hoch entwickelten kapitalistischen Ländern am erfolgreichsten ist. In den armen Ländern, z. B. in Nordafrika und in der Subsahara Region, fehlen dem Staat schlicht die Mittel, um einen effektiven Fiskus aufzubauen und am Laufen zu halten, geschweige denn einen funktionierenden Sozialstaat. Über eine längere Frist betrachtet ist der Einfluss der staatlichen Umverteilung auf die globale Ungleichheit gleichgeblieben bzw. hat nur in den letzten Jahrzehnten leicht zugenommen.

Das passt ins Gesamtbild. Denn über die letzten fünfzig Jahre, von 1970 bis 2020, sind die Nationen reicher geworden, ebenso wie die Reichen aller Länder. Aber die Regierungen aller Länder sind ärmer geworden, der öffentliche Reichtum ist geschrumpft, viel öffentliches Vermögen ging verloren. Dafür sind die öffentlichen Schulden überall gestiegen – was wiederum zur Bereicherung der Reichen, der Angehörigen der internationalen Finanzeliten, erheblich beigetragen hat. Das Gewicht der Finanzvermögen hat enorm zugenommen. Was hinter dem Schlagwort „Finanzialisierung“ steckt, kann man sich mit Hilfe des Berichts klarer machen: Gemessen am Bruttonsozialprodukt ist der Anteil der Schuld- und Dividendenpapiere in China und einigen reichen Industrieländern (Deutschland, Frankreich, Japan, USA) von 250 – 500 Prozent im Jahre 1980 auf sage und schreibe 700 bis 1.800 Prozent im Jahre 2020 angestiegen.

Trotz höherer Steuereinnahmen sind die Staaten in den reichen wie in den armen Ländern heute ärmer, ihre Steuerkapazität und ihr öffentliches Vermögen sind geringer, während die privaten Einkommen und Vermögen der oberen Klassen unablässig gestiegen sind. Die Reichen und Superreichen sind im langfristigen Vergleich heute etwa auf dem Stand von 1910, sie haben sehr lange gebraucht, um die Folgen von Weltkriegen und Weltkrisen zu kompensieren. Sie sind heute in etwa so reich wie im Jahre 1910. Aber immer noch reich genug. Vor allem, weil der Fiskus ihnen Spielraum lässt und der Sozialstaat sie nicht in die Pflicht nimmt, in den reichen wie in den armen Ländern.

Die Pandemie und die globale Ungleichheit

Alle leiden unter der Covid-Pandemie, so scheint es. Aber einige leiden deutlich mehr als andere: „Die COVID-Krise hat die Ungleichheit verschärft zwischen den sehr Wohlhabenden und dem Rest der Bevölkerung. Voraussichtlich wird die Krise einen historischen Anstieg globaler Armutsgarde vorantreiben“.¹⁰ Die Einkommensverluste infolge der Pandemie bekommen vor allem die mittleren und unteren Einkommensbezieher zu spüren. Was die durch Pandemie und Krieg bewirkte Inflation anrichtet, konnte in diesem Bericht noch nicht berücksichtigt werden.

Klimawandel, ökologische Krise und globale Ungleichheit

Auch eine Binsenweisheit, die oft genug vergessen wird: Der Klimawandel, die drohende Klimakatastrophe, die ökologische Krise lassen sich nur global angehen, in weltweiter Kooperation aller Länder, aller Völker dieser Erde. Aber die globale Ungleichheit verhindert das, sie steht der notwendigen weltweiten Kooperation der Klimaschützer im Wege. Globale ökonomische Ungleichheit „schürt die ökologische Krise und Ungleichheit macht es viel schwerer, diese anzugehen“.¹¹ Die Pro-Kopf Emissionen von CO2 sind weltweit am höchsten bei den obersten 10 Prozent der Einkommenspyramide in den USA, an zweiter Stelle kommen die Reichen und Superreichen in Ostasien. Auch die mittleren vierzig und die unteren fünfzig Prozent der Einkommensbezieher in den USA haben einen deutlich größeren ökologischen Fußabdruck als die mittleren und unteren Einkommensbezieher in Europa oder in Ostasien. Am geringsten ist der ökologische Fußabdruck im subsaharischen Afrika und in Süd- und Südostasien. Die drohende Klimakatastrophe jedoch wird in erster Linie die Bewohner des globalen Südens treffen, die am wenigsten imstande sind, die notwendigen Ausgaben für den Klimaschutz zu schultern. Ein Zehntel der Weltbevölkerung ist heute für fast die Hälfte aller weltweiten Emissionen von CO2 verantwortlich, wobei die obersten 10 Prozent der Reichen und

10 Ebd.

11 Ebd.

Superreichen den Löwenanteil beträgt. Wer heute Klimapolitik betreibt, muss einsehen, dass die Welt sich die Lebensweise der Reichen und Superreichen nicht länger leisten kann.

Drei Szenarien

Im neuen Bericht werden drei Szenarien der künftigen globalen Entwicklung skizziert: Szenario 1: Die Welt macht weiter wie bisher, der heutige Entwicklungspfad wird fortgesetzt. Dann wird die globale Ungleichheit bis zum Jahre 2050 zunehmen, wenn auch sehr unterschiedlich in den verschiedenen Weltregionen. Szenario 2: Die Welt besinnt sich und schwenkt auf den Entwicklungspfad der EU-Länder ein. Das wird vor allem der ärmeren, unteren Hälfte der Weltbevölkerung zu gute kommen. Ihr Anteil am Welteinkommen kann dann um etwa ein Drittel zunehmen, die weltweite Armut wird entsprechend verringert. Szenario 3: Die Welt besinnt sich anders und folgt statt dem europäischen dem Entwicklungspfad der USA. Dann wird die globale Armut steigen, der Anteil der ärmeren, unteren Hälfte der Weltbevölkerung am Welteinkommen um etwa vierzig Prozent schrumpfen. Die Welt wird noch ungleicher, und zwar massiv.

Manche mag das verwundern. Wer es sich zur Gewohnheit gemacht hat, auf die EU zu schimpfen und sie für alles und jedes verantwortlich zu machen, wird es gewöhnungsbedürftig finden, die EU als Hort und Vorreiter der sozialen Gleichheit geschildert zu sehen. Aber diese linke Gewohnheit ist eine Unsitte, geboren aus Ignoranz und völlig überzogenen Ansprüchen. Die EU ist nach wie vor Vorreiter der Sozialpolitik auf allen Gebieten, nur in der EU gibt es heute noch relativ effektive Steuerstaaten und eine wenigstens in Teilen funktionierende Umverteilung durch den Staat. Das gilt für die Sozialstaaten in den einzelnen Mitgliedsländern, auch wenn viele davon einen klaren Mittelklassen-Bias aufweisen. Die weltweit führenden, am besten organisierten und erfolgreichsten Sozialstaaten, die skandinavischen Länder, die Niederlande, Belgien und die Schweiz, befinden sich in der EU bzw. im „guten alten“ Europa. Und die EU ist die einzige Weltregion, in der seit Jahr und Tag mit messbaren Erfolgen eine transnationale Sozialpolitik betrieben wird. Ebenso wichtig ist die Lohnpolitik: Ob es

einen gesetzlichen Mindestlohn gibt oder nicht, und wie hoch dieser ausfällt, das macht einen erheblichen Unterschied schon für die Primärverteilung. Ausgebildete Sozialstaaten, die alle möglichen Hilfen bieten, vom Wohn- und Kindergeld, über die Ausbildungsförderung bis zur de facto steuerlich subventionierten Altersrente, verringern die soziale und ökonomische Ungleichheit zugunsten der unteren 10 oder 20 Prozent der Einkommensbezieher ganz erheblich.

Wem nützt empirische Sozialforschung?

Thomas Piketty gilt in wirtschaftsliberalen Kreisen längst als rotes Tuch. Er und seine Mitstreiter haben es zu „Lieblingsfeinden“ des liberalen Establishments gebracht. Die konservative Qualitätspresse wütet mit Gusto gegen jeden neuen Ungleichheitsreport. Denn der strafft die bestgegläubten Unwahrheiten Lügen, auf denen das Weltbild unserer Eliten nach wie vor beruht. Wieder und wieder. Piketty und seine global vernetzten Mitstreiter sind das, was Sozialwissenschaftler immer sein sollten – geistige Unruhestifter.

Die Autoren des jüngsten Berichts nehmen kein Blatt vor den Mund. Sie machen keinen Hehl aus ihrer Gegnerschaft gegen die Struktur der sozialen Ungleichheit, der sie überall auf der Welt begegnen. Sie halten sie zu Recht für ein Problem, das alle anderen globalen Probleme mitbestimmt. Sie scheuen sich nicht, den Gegner beim Namen zu nennen: Es sind die Profiteure der sozialen, ökonomischen und ökologischen Ungleichheiten, die sich für Eliten halten. Thomas Piketty ruft die alte Weisheit in Erinnerung, wonach „Eliten darum kämpfen, extreme Ungleichheit bei zu behalten“¹². Jedoch auf die Dauer gelingt ihnen das nicht. Immer wieder ruft die Ungleichheit Gegenbewegungen hervor, die unter dem Banner der „sozialen Gerechtigkeit“ aufstehen. Wer die europäische und deutsche Geschichte kennt, wird versucht sein, zu ergänzen: Die Sozialdemokratie, die sozialistische Arbeiterbewegung, waren immer Teil und oft Speerspitze dieser Bewegung gegen die soziale und ökonomische Ungleichheit. ■

12 Thomas Piketty, Zit. n. Olivia Ronsain, pers. Nachr. vom 15.3.2022, übersetzt aus dem Englischen von Sascha Howind.

Bericht zur weltweiten Ungleichheit 2022

World Inequality Lab¹

Zuverlässige Ungleichheitsdaten als globales öffentliches Gut

Wir leben in einer datenreichen Welt und dennoch fehlen uns grundlegende Informationen über Ungleichheit. Zahlen zum Wirtschaftswachstum werden jedes Jahr von Regierungen auf der ganzen Welt veröffentlicht, aber sie sagen uns nicht, wie das Wachstum in der Bevölkerung verteilt ist – wer gewinnt und wer verliert durch die Wirtschaftspolitik. Der Zugang zu solchen Daten ist für die Demokratie von entscheidender Bedeutung. Über Einkommen und Vermögen hinaus ist es ebenso entscheidend, weitere Dimensionen sozioökonomischer Ungleichheit zu messen und zu überwachen, einschließlich geschlechtsspezifischer und ökologischer Ungleichheiten. Öffentlich zugängliche, transparente und zuverlässige Informationen über Ungleichheit sind ein globales öffentliches Gut.

Dieser Bericht präsentiert den aktuellen Stand der internationalen Forschungsbemühungen zur Messung globaler Ungleichheiten. Die hier präsentierten Daten und Analysen basieren auf der Arbeit von mehr als 100 Forscher*innen auf allen Kontinenten, die über einen Zeitraum von vier Jahren zur World Inequality Database (WID.world) beigetragen haben, die vom World Inequality Lab verwaltet wird. Dieses umfangreiche Netzwerk arbeitet mit statistischen Ämtern, Steuerbehörden, Universitäten und internationalen Organisationen zusammen, um international vergleichbare Ungleichheitsdaten aufzubereiten, zu analysieren und zu verbreiten.

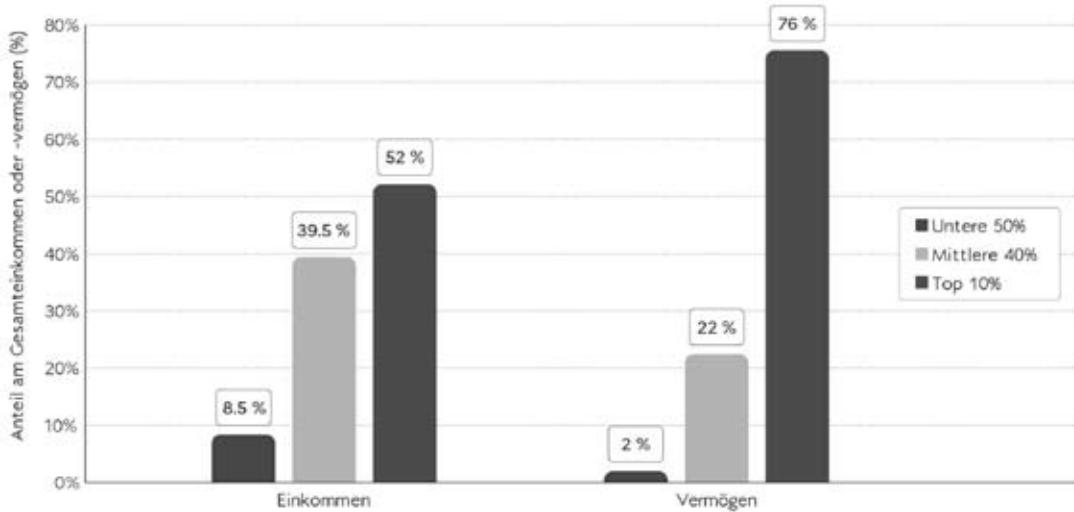
Die gegenwärtigen Einkommens- und Vermögensungleichheiten sind sehr groß

Eine durchschnittliche erwachsene Person verdient im Jahr 2021 KKP 16.700 Euro (KKP 23.380 US-Dollar), und besitzt ein Vermögen von 72.900 Euro (102.600 US-Dollar). Hinter diesen Durchschnittswerten verborgen sich große Unterschiede sowohl zwischen als auch innerhalb von Ländern. Die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung beziehen derzeit 52 Prozent des weltweiten Einkommens, während die ärmste Hälfte der Bevölkerung 8,5 Prozent davon erhält. Im Durchschnitt verdient eine Person aus den obersten 10 Prozent der weltweiten Einkommensverteilung 87.200 Euro (122.100 US-Dollar) pro Jahr, während eine Person aus der ärmsten Hälfte der globalen Einkommensverteilung 2.800 Euro (3.920 US-Dollar) pro Jahr verdient (Abbildung 1). Die globalen Vermögensungleichheiten sind noch ausgeprägter als die Einkommensungleichheiten. Die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung besitzt, mit nur 2 Prozent des Gesamtvermögens, kaum Vermögen. Im Gegensatz dazu besitzen die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung 76 Prozent des gesamten Vermögens. Im Durchschnitt besitzt die ärmste Hälfte der Bevölkerung 2.900 Euro pro Erwachsenen, d. h. 4.100 US-Dollar, während die obersten 10 Prozent über durchschnittlich 550.900 Euro (oder 771.300 US-Dollar) verfügen.

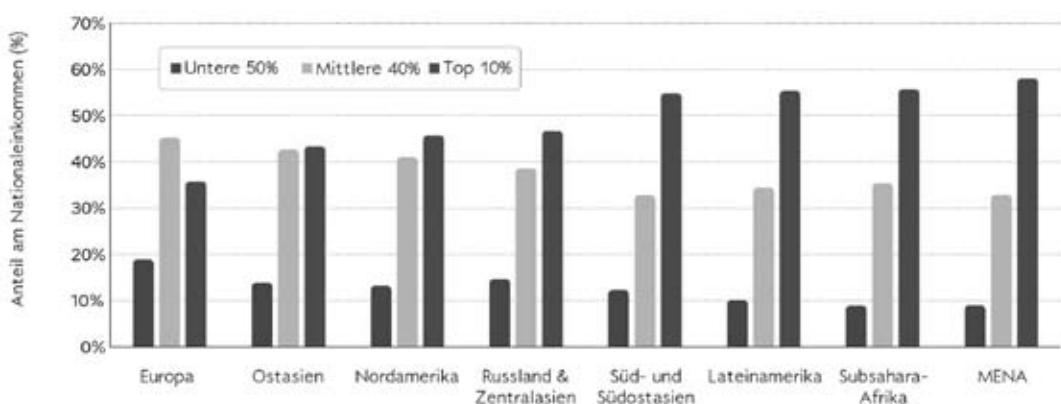
MENA (Naher Osten und Nordafrika) ist die ungleichste Region der Welt, Europa hat die geringste Ungleichheit

Abbildung 2 zeigt das Niveau der Einkommensungleichheit in den verschiedenen Weltregionen. Die Ungleichheit variiert erheblich zwischen der einkommensgleichsten Region (Europa) und der Region mit der höchsten Ungleichheit (Naher Osten und Nordafrika, kurz MENA). In Europa beträgt der Einkommensanteil der einkommensstärksten 10 Prozent etwa 36 Prozent, während er in der MENA-Region 58 Prozent erreicht. Zwischen diesen beiden Wer-

¹ Der vorliegende Text ist eine vom Hauptautor des Berichts zur weltweiten Ungleichheit 2022, Lucas Chancel, erstellte Kurzzusammenfassung, die für spw leicht gekürzt wurde. Online unter: https://wir2022.wid.world/www-site/uploads/2021/12/Summary_WorldInequalityReport2022_German.pdf (Letzter Abruf: 25.4.2022). Dank an Olivia Ronsain für die Erlaubnis zur Reproduktion.

Abbildung 1 Globale Einkommens- und Vermögensungleichheit 2021

Interpretation: Die weltweit einkommensschwächsten 50% erhalten 8% des Gesamteinkommens, gemessen in Kaufkraftparität (KKP). Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung besitzt 2% des weltweiten Vermögens (in Kaufkraftparität). Die weltweit reichsten 10% besitzen 76% des gesamten Haushaltsvermögens und beziehen im Jahr 2021 52% des Gesamteinkommens. Topvermögende sind nicht unbedingt die Bezieher*innen von Spitzeneinkommen. Einkommen werden nach Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen und Erhalt von Sozialversicherungsleistungen, jedoch vor Steuern und bedarfsgeprüften Transfers, gemessen. **Quellen und Datenreihen:** www.wir2022.wid.world/methodology.

Abbildung 2 Die ärmste Hälfte hinkt hinterher: weltweite Einkommensanteile der unteren 50%, mittleren 40% und oberen 10% im Jahr 2021

Interpretation: In Lateinamerika erhalten die oberen 10% 55% des Nationaleinkommens, verglichen mit 36% in Europa. Einkommen werden nach Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen und Erhalt von Sozialversicherungsleistungen, jedoch vor Steuern und bedarfsgeprüften Transfers, gemessen. **Quellen und Datenreihen:** www.wir2022.wid.world/methodology.

ten sehen wir eine Vielfalt von Ungleichheitsniveaus. In Ostasien etwa erhalten die obersten 10 Prozent 43 Prozent des Gesamteinkommens und in Lateinamerika 55 Prozent.

Das durchschnittliche Nationaleinkommen sagt wenig über Ungleichheit aus

Die Weltkarte der Ungleichheit zeigt, dass die durchschnittlichen nationalen Einkommensniveaus schlechte Indikatoren für Ungleichheit sind: Unter den reichen Ländern sind einige sehr ungleich (wie die USA), während andere relativ gleich sind (z. B. Schweden). Dasselbe gilt für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, wobei verschiedene Länder Ungleichheiten auf extremem (z. B. Brasilien und Indien), hohem (z. B. China) oder moderatem bis relativ niedrigem Niveau (z. B. Malaysia, Uruguay) aufweisen.

Ungleichheit ist eine politische Entscheidung, keine Zwangsläufigkeit

Als Folge von Deregulierungs- und Liberalisierungsprogrammen, die in verschiedenen Ländern in unterschiedlicher Form umgesetzt wurden, nehmen die Einkommens- und Vermögensungleichheiten seit den 1980er Jahren fast überall zu. Dieser Anstieg verlief jedoch nicht einheitlich: In einigen Ländern hat die Ungleichheit spektakulär zugenommen (darunter die USA, Russland und Indien), während andere (europäische Länder und China) einen relativ geringeren Anstieg verzeichneten. Diese Unterschiede, die wir in der letzten Ausgabe des Berichts zur weltweiten Ungleichheit ausführlich diskutiert haben, bestätigen, dass Ungleichheit nicht unausweichlich, sondern eine politische Entscheidung ist.

Die heutigen weltweiten Ungleichheiten entsprechen in etwa dem Niveau des frühen 20. Jahrhunderts, dem Höhepunkt des westlichen Imperialismus

Während die Ungleichheit innerhalb der meisten Länder zugenommen hat, ist die Ungleichheit zwischen den Ländern in den letzten zwei Jahrzehnten zurückgegangen. Infolgedessen verringerte sich auf globaler Ebene die

Kluft zwischen den Durchschnittseinkommen der 10 Prozent reichsten Menschen und dem der 50 Prozent ärmsten Menschen etwa von einem Faktor von 50 auf etwas weniger als 40. Gleichzeitig nahmen die Ungleichheiten innerhalb von Ländern deutlich zu. Der Abstand zwischen den durchschnittlichen Einkommen der obersten 10 Prozent und der untersten 50 Prozent innerhalb von Ländern hat sich von einem Faktor von 8,5 auf 15 fast verdoppelt. Dieser starke Anstieg der Ungleichheiten innerhalb von Ländern hat dazu geführt, dass trotz des wirtschaftlichen Aufholprozesses und starken Wachstums in den Schwellenländern die Welt heute besonders ungleich ist. Dies bedeutet auch, dass Ungleichheiten innerhalb von Ländern jetzt noch größer sind als die zwischen den Ländern beobachteten erheblichen Ungleichheiten.

Die globalen Ungleichheiten scheinen heutzutage ungefähr so groß zu sein wie auf dem Höhepunkt des westlichen Imperialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Tatsächlich ist der Einkommensanteil der ärmsten Hälfte der Weltbevölkerung heute etwa halb so hoch wie im Jahr 1820, vor der großen Divergenz zwischen den westlichen Ländern und ihren Kolonien. Mit anderen Worten, es ist noch ein weiter Weg, um die globalen wirtschaftlichen Ungleichheiten zu beseitigen, die wir von der sehr ungleichen Organisation der Weltproduktion zwischen der Mitte des 19. und Mitte des 20. Jahrhunderts geerbt haben.

Nationen sind reicher geworden, aber Regierungen ärmer

Eine Möglichkeit, diese Ungleichheiten besser zu verstehen, besteht darin, sich das Ungleichgewicht zwischen dem Nettovermögen von Regierungen und dem Nettovermögen des privaten Sektors anzusehen. In den vergangenen 40 Jahren sind die Volkswirtschaften deutlich reicher geworden, Regierungen aber deutlich ärmer. Der Vermögensanteil öffentlicher Institutionen ist in reichen Ländern nahe null oder negativ. Das bedeutet, dass sich das gesamte Vermögen in privater Hand befindet. Dieser Trend wurde durch die Covid-Krise verstärkt, in der Regierungen

zum Großteil vom privaten Sektor Kredite im Gegenwert von 10 bis 20 Prozent des Brutto-inlandsprodukts aufgenommen haben. Das derzeit geringe Vermögen von Regierungen hat wichtige Auswirkungen auf die staatlichen Kapazitäten zur Verringerung von Ungleichheit in der Zukunft sowie auf die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wie den Klimawandel.

Die Vermögensungleichheit hat an der Spitze der Verteilung zugenommen

Der Anstieg des Privatvermögens war sowohl innerhalb von Ländern als auch auf globaler Ebene ungleich. Globale Multimillionär*innen haben in den letzten Jahrzehnten einen überproportionalen Anteil des globalen Vermögenswachstums erhalten. Den obersten 1 Prozent der Vermögenden flossen 38 Prozent des gesamten seit Mitte der 1990er Jahre neu akkumulierten Vermögens zu, während die unteren 50 Prozent nur 2 Prozent davon erhielten. Dieses Gefälle resultiert aus einer gravierenden Ungleichheit der Wachstumsraten zwischen den oberen und den unteren Segmenten der Vermögensverteilung. Das Vermögen der reichsten Menschen der Welt ist seit 1995 um 6 bis 9 Prozent pro Jahr gewachsen, während das durchschnittliche Vermögen der gesamten Weltbevölkerung um 3,2 Prozent pro Jahr gewachsen ist. Seit 1995 ist der Anteil, den die reichsten 0,01 Prozent am weltweiten Vermögen halten, von 7 Prozent auf 11 Prozent gestiegen. Auch der Vermögensanteil von Milliardär*innen stieg in diesem Zeitraum stark an (von 1 Prozent auf 3 Prozent). Dieser Anstieg wurde während der COVID-Pandemie noch verstärkt. Tatsächlich markierte 2020 den stärksten Anstieg des weltweiten Vermögensanteils von Milliardär*innen seit Beginn unserer Zeitreihe.

Die Vermögensungleichheit innerhalb von Ländern hat sich während eines Großteils des 20. Jahrhunderts verringert, aber der Anteil der unteren 50 Prozent war immer sehr gering

Die Vermögensungleichheit hat sich in den westlichen Industriestaaten zwischen dem frühen 20. Jahrhundert und den 1980er Jah-

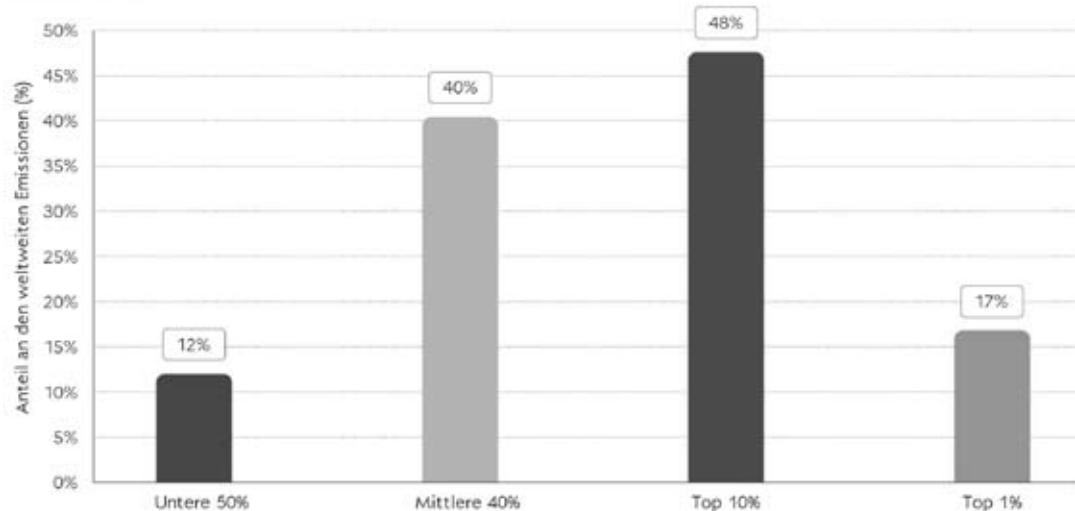
ren deutlich verringert, aber die ärmste Hälfte der Bevölkerung in diesen Ländern besitzt seit jeher sehr wenig, genauer zwischen 2 Prozent und 7 Prozent des Gesamtvermögens. In anderen Regionen ist der Anteil der unteren 50 Prozent sogar noch geringer. Diese Ergebnisse zeigen, dass in allen Regionen der Welt noch viel zu tun bleibt, wenn wir extreme Vermögensungleichheiten reduzieren wollen.

Geschlechterungleichheiten bleiben auf globaler Ebene nach wie vor beträchtlich. Die Fortschritte innerhalb von Ländern sind zu langsam

Der Bericht zur weltweiten Ungleichheit 2022 liefert erste Schätzungen zur weltweiten Geschlechterungleichheit bei den Verdiensten. Insgesamt lag der Anteil, den Frauen am Gesamteinkommen aus Erwerbstätigkeit (Arbeitseinkommen) erwirtschaften, 1990 bei fast 30 Prozent. Heute liegt er bei weniger als 35 Prozent. Die derzeitige Einkommensungleichheit zwischen den Geschlechtern ist nach wie vor sehr hoch: In einer Welt der Geschlechtergleichstellung würden Frauen 50 Prozent des globalen Arbeitseinkommens verdienen. In den letzten 30 Jahren waren die Fortschritte auf globaler Ebene sehr langsam. Die Dynamik war von Land zu Land unterschiedlich, wobei einige Fortschritte und andere einen Rückgang des Anteils, den Frauen am Erwerbseinkommen erhalten, verzeichneten.

Die Beseitigung großer Ungleichheiten bei den CO2-Emissionen ist für die Bekämpfung des Klimawandels unerlässlich

Globale Einkommens- und Vermögensungleichheiten sind eng mit ökologischen Ungleichheiten und ungleichen Beiträgen zum Klimawandel verbunden. Eine durchschnittliche Person emittiert 6,6 Tonnen Kohlendioxidäquivalent (CO2) pro Kopf und Jahr. Unser neuartiger Datensatz zu Ungleichheiten bei den CO2-Emissionen offenbart erhebliche Ungleichheiten auf globaler Ebene: Die obersten 10 Prozent der Emittierenden sind für fast 50 Prozent aller Emissionen verantwortlich, während die unteren 50 Prozent nur 12 Prozent der Gesamtemissionen produzieren.

Abbildung 14 Globale CO2-Ungleichheit, 2019. Beitrag verschiedener Gruppen zu den weltweiten Emissionen (%)

Interpretation: Der persönliche CO2-Fußabdruck umfasst Emissionen aus dem Inlandsverbrauch, öffentlichen und privaten Investitionen sowie Importe und Exporte von CO2, das in Waren und Dienstleistungen enthalten ist, die mit dem Rest der Welt gehandelt werden. Die hier gezeigten Schätzwerte basieren auf der systematischen Kombination von Steuerdaten, Haushaltsbefragungen und Input-Output-Tabellen. Es wird angenommen, dass Emissionen sich zu gleichen Teilen auf alle Mitglieder eines Haushalts verteilen.

Quellen und Datenreihen: wir2022.wid.world/methodology und Chancel (2021).

Tabelle 1 Globale Millionär*innen und Milliardär*innen, 2021

Vermögensgruppe (\$)	Zahl Erwachsener	Gesamt- vermögen (\$ Mrd.)	Durchschnitts- vermögen (\$ Mio.)	Globale Vermögensteuer	
				Effektiver Vermögen- steuersatz (%)	Aufkommen (in % des weltweiten Einkommens)
Alle über 1 Million	62.165.160	174.200	2.8	1.0	1.6
1 - 10 Millionen	60.319.510	111.100	1.8	0.6	0.6
10 - 100 Millionen	1.769.200	33.600	19	1.3	0.4
100 Millionen - 1 Milliarde	73.710	16.500	220	1.5	0.2
1 - 10 Milliarden	2.582	7.580	2.940	2.3	0.2
10 - 100 Milliarden	159	4.170	26.210	2.8	0.1
Über 100 Milliarden	9	1.320	146.780	3.2	0.04

Interpretation: Im Jahr 2021 besaßen 62,2 Millionen Menschen auf der Welt mehr als 1 Million US-Dollar (gemessen zu Marktwechselkursen). Ihr durchschnittliches Vermögen betrug 2,8 Millionen US-Dollar, was einer Gesamtsumme von 174 Billionen US-Dollar entspricht. In unserer Steuersimulation würde eine globale progressive Vermögensteuer unter Berücksichtigung von Kapitalabschreibungen und Steuerhinterziehung 2,1% des jährlichen weltweiten Einkommens einbringen. **Quellen und Datenreihen:** wir2022.wid.world/methodology.

Abbildung 14 zeigt, dass es sich bei diesen Ungleichheiten nicht nur um ein Problem zwischen reichen und armen Ländern handelt. Es gibt hohe Emittierende in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen und niedrige Emittenten in reichen Ländern. In Europa emittieren die unteren 50 Prozent der Bevölkerung etwa fünf Tonnen pro Jahr und Person; die unteren 50 Prozent in Ostasien emittieren rund drei Tonnen und die unteren 50 Prozent in Nordamerika rund 10 Tonnen. Dies steht im krassen Gegensatz zu den Emissionen der obersten 10 Prozent in diesen Regionen (29 Tonnen in Europa, 39 in Ostasien und 73 in Nordamerika). Der vorliegende Bericht zeigt auch, dass die ärmste Hälfte der Bevölkerung in reichen Ländern die Klimaziele der reichen Länder für 2030 bereits erreicht (oder fast) erreicht hat, wenn diese Ziele pro Kopf ausgedrückt werden. Dies ist bei der oberen Hälfte der Bevölkerung nicht der Fall. Große Ungleichheiten bei den Emissionen legen nahe, dass die Klimapolitik stärker wohlhabende Umweltverschmutzer*innen in den Blick nehmen sollte. Bislang haben Klimapolitiken wie CO2-Steuern oft überproportional niedrige und mittlere Einkommensgruppen belastet, während die Konsumgewohnheiten der wohlhabendsten Gruppen unverändert blieben.

Vermögen umverteilen, um in die Zukunft zu investieren

Der Bericht zur weltweiten Ungleichheit 2022 untersucht mehrere politische Optionen zur Umverteilung von Vermögen und für Investitionen in die Zukunft, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen. Tabelle 1 zeigt die Aufkommensgewinne, die sich aus einer leicht progressiven Vermögenssteuer auf globale Multimillionär*innen ergeben würden. Angesichts der großen Vermögenskonzentration können schon moderat progressive Steuern für Regierungen erhebliche Einnahmen generieren. In unserem Szenario könnten 1,6 Prozent des globalen Einkommens erwirtschaftet und in Bildung, Gesundheit und den ökologischen Wandel reinvestiert werden. Gleichzeitig mit diesem Bericht veröffentlichen wir einen Online-Simulator, mit dem alle Personen ihre bevorzugte Vermögenssteuer auf

globaler Ebene oder in der eigenen Region simulieren können.

Wir betonen eingangs, dass die Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ohne eine erhebliche Umverteilung der Einkommen und Vermögen nicht möglich ist. Der Aufstieg der modernen Wohlfahrtsstaaten im 20. Jahrhundert, der mit enormen Fortschritten in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Chancen für alle verbunden war, ging mit dem Anstieg steiler progressiver Steuersätze einher. Dies spielte eine entscheidende Rolle, um die gesellschaftliche und politische Akzeptanz einer erhöhten Besteuerung und Vergesellschaftung des Reichtums sicherzustellen. Eine ähnliche Entwicklung wird erforderlich sein, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen. Die jüngsten Entwicklungen im Bereich der internationalen Besteuerung zeigen, dass Fortschritte hin zu einer gerechteren Wirtschaftspolitik sowohl auf globaler Ebene als auch innerhalb von Ländern möglich sind. In den Kapiteln 8, 9 und 10 des Berichts werden verschiedene Möglichkeiten zur Bekämpfung von Ungleichheit erörtert und dabei Lehren aus verschiedenen Beispielen aus der ganzen Welt und der modernen Geschichte gezogen. Ungleichheit ist immer eine politische Entscheidung, und das Lernen von Politiken, die in anderen Ländern oder zu anderen Zeitpunkten umgesetzt wurden, ist entscheidend, um heute gerechtere Entwicklungspfade zu gestalten. ■

Der Traum vom ewigen Fortschritt

Zur Kritik des herrschenden Fortschrittsparadigmas

von Helmut Martens¹

1. Multiple Krisenentwicklungen und unser Fortschrittsglaube

Die World Commission on Environment and Development der Vereinten Nationen hat 1987 den Brundtland-Bericht vorgelegt. Es ging um Impulse, Konzepte und den Aufbruch in eine nachhaltige Entwicklung in unserer einen Welt. Heute prägen multiple Krisenentwicklungen die sich zu immer größeren Problemwolken auftürmen, die gesellschaftspolitischen Debatten. Die Corona-Pandemie, näher betrachtet selbst Teil der menschengemachten ökologischen Krisenentwicklungen, hat im Jahr 2020 alles Andere überlagert. Aber die drohende Klimakatastrophe bleibt unabsehbar. Spätestens mit den Präsidentschaftswahlen 2020 in den USA ist zudem unübersehbar geworden, dass wir uns einer tiefgreifenden Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne gegenübersehen (Martens 2021a u. b). Seit Februar diesen Jahres schließlich sehen wir uns mit Putins Angriffskrieg auf die Ukraine mit einer weiteren krisenhaften Zuspitzung konfrontiert. Von „Zeitenwende“ ist die Rede. Dieser letztlich aus nationalistischen und rückwärtsgewandten Motiven heraus begonnene Krieg konfrontiert unsere ach so fortschrittsgläubige Welt, jenseits aller sicherheitspolitischen Herausforderungen, die er mit sich bringt, mit einer weiteren Katastrophe mit gewaltiger gesellschaftspolitischer Sprengkraft. Sie wird absehbar mit weiteren, womöglich größeren Wohlstands- und Substanzverlusten verbunden sein, als dies die Coronakrise schon gewesen ist. Auch sie werden

voraussichtlich die Menschen in den weniger entwickelten, armen Ländern dieser Erde stärker treffen. Aber sie werden auch an den Staaten der EU nicht vorbeigehen. Der Eindruck könnte verstärkt werden, dass ein Ende des Fortschritts erreicht ist. Klar scheint jedenfalls, dass es nun nochmals schwieriger wird, gegen all diese Krisenentwicklungen erfolgreich Fortschritt zu wagen.

Der Aufsatz, der den folgenden Thesen zugrunde liegt, ist vor dem Ausbruch dieses Krieges konzipiert und geschrieben worden. Die ökologischen Krisenentwicklungen und die drohende Klimakatastrophe und die deshalb gebotene ökosoziale Transformation sowie die inneren Krisenentwicklungen unseres demokratischen Projekts der Moderne waren wichtige Impulse dazu, ihn zu schreiben. Die absehbaren ökonomischen Folgen der „Zeitenwende“, die zusätzlichen Herausforderungen, vielleicht aber sogar auch neue Chancen dieser Entwicklung, können nicht Gegenstand dieses Aufsatzes sein. Ich setze mich damit an anderer Stelle auseinander.² Hier konzentriere ich mich auf den ursprünglichen Ausgangspunkt und Kern meiner Überlegungen zur Kritik des unser Denken beherrschenden Fortschrittsparadigmas.

2. Nach dem Ende des Fortschritts Perspektiven für eine Große Transformation?

Die Frage nach einer Krise des Fortschrittsparadigmas, das spätestens seit der europäischen Aufklärung von der atlantischen Zivilisationsgemeinschaft, die sich darüber herausgebildet hat, global durchgesetzt worden ist, ist nicht neu. Aber dieses Fortschrittsparadigma beherrscht unser Denken und erweist sich als eine weiterhin treibende Kraft globaler

1 Dr. Helmut Martens, geb. am 12.02.1948, studierte Politikwissenschaften und neuere deutsche Literaturwissenschaften in Hannover, von 1973 bis 2010 war er wiss. Mitarbeiter am Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund und 25 Jahre Mitglied von dessen wissenschaftlichem Leitungsgremium. Er ist Mitinitiator des Forums Neue Politik der Arbeit. Forschungsprojekte zu Beteiligung, Mitbestimmung, Gewerkschaften und Arbeitspolitik.

Anmerkung des Autors: Ich argumentiere im Folgenden in Form thesenhafter Zuspitzungen und verzichte auf eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Autoren, die ich, eher selektiv, heranziehe. Ich verweise deshalb ausdrücklich auf eine Langfassung, die die spw auf ihrer Homepage einge stellt hat. Eine nochmals ausführlichere Essayfassung findet sich seit Ende 2021 auf meiner Homepage (www.drhelmutmartens.de).

2 Siehe dazu Martens (2022). Der Aufsatz ist als Online-Dossier auf der Homepage der spw veröffentlicht worden und findet sich auch auf meiner Homepage (www.drhelmutmartens.de).

Entwicklungs dynamiken, die unübersehbar zutiefst krisenbehaftet sind. Es geht angesichts dieser Krisenentwicklungen um Nachhaltigkeit – und zwar nicht nur in der ökologischen, sondern auch in ihrer ökonomischen, sozialen und politisch-institutionellen Dimension. Die Frage lautet, ob wir Menschen aus dieser krisenhaften Zeit heraus aufbrechen können – zu einem Neubeginn in unserer uns als ganze nie zugänglichen Welt³ – oder ob wir nur versuchen wollen, zurückzufinden zu jener alten, selbstgesetzten Ordnung, die den meisten unter uns so normal erscheint. Man kann den Fragen, die sich so stellen, sozialwissenschaftlich nachgehen. Doch man wird rasch bemerken, dass es hier auch eines neuen philosophischen Nach-Denkens bedarf.

Zunehmend geht es bei unserer, vor allem auf Wissenschaft und Technik gegründeten Fortschrittsgläubigkeit, nicht mehr darum, die Gegenstände wissenschaftlicher Forschung besser zu erkennen oder zu vermessen, sondern aus ihnen etwas zu machen (Arendt 2002), uns also die Natur herrschaftlich zu unterwerfen. Damit gelangt man zur Kritik der Fortschrittsmythen unserer Zeit, zu den „Elixieren der Wissenschaft“ (Enzensberger 2002); und Elixiere sind Zaubertränke.⁴ Geht man so auf diese Anfänge zurück, führt das zu der für manche sicherlich immer noch ernüchternden Erkenntnis, dass eben diese Fortschrittsmythen, die mit dem Aufstieg des Bürgertums im 19. Jahrhundert das Erbe der Religion angetreten haben, auch für die seinerzeit schärfste Kritik einer im Geist des Kapitalismus forcierten Industrialisierung folgenreich gewesen sind.

Aus der wissenschaftlich wohlfundierten Analyse des Kapitalverhältnisses, das die gesellschaftliche Entwicklung seit Beginn unserer Moderne prägt, ist schon früh ein „prophetischer Marxismus“ geworden, eine Art messianische Ideologie. Walter Benjamin hat in der Fortschrittsgläubigkeit der Arbeiterbewegung deren größte Schwäche erkannt⁵ und Albert Ca-

mus (2016, S. 259ff) hat ihren „prophetischen Marxismus“ nach der „Nacht des 20. Jahrhunderts“ zutreffend und mit äußerster Schärfe kritisiert. Marx habe, so schreibt er, „die gültigste kritische Methode mit dem anfechtbarsten utopischen Messianismus vermischt“ (a. a. O., S. 246f). Die Arbeiterbewegung des ausgehenden neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts zielte vor solchem geschichtsphilosophischem Hintergrund auf grundlegende Alternativen – nicht zuletzt im Vertrauen auf die Versprechen eines technisch-wissenschaftlichen Fortschritts, der von ihr nie grundlegend in Frage gestellt worden ist.

Schon seit langem sind wir dazu herausgefordert, über neue Leitbilder nach dem Ende einer Fortschrittsgläubigkeit nachzudenken, die ein Kind des bürgerlichen 19. Jahrhunderts ist. Mit Putins Krieg – geboren aus einem vorauflärerischen restaurativ nationalistischen Denken, das man so nur noch mit der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts verbinden zu müssen gehofft hat, gilt das umso mehr. Augenscheinlich kann solches Denken aus den geopolitischen Strategien der Großmächte auch heute noch Nahrung beziehen. Die drängende Suche nach Antworten auf eine öko-soziale Transformation in unserer und für unsere eine Welt droht so gegenwärtig durch einen für undenkbar gehaltenen Krieg in den Hintergrund gerückt zu werden.

Dabei geht es nicht nur in der Frage von Krieg und Frieden, sondern auch bei „Klimaschutz und demokratischem Umbau“ um den „Nerv unserer sozialen Existenz“ – und, so Detlev Hensche (2021), „der Begriff der Transformation“ klingt hier „eher wie eine euphemistische Umschreibung der existenziellen Dramatik“ (a. a. O., S. 112). Für die im aktuellen Tagesgeschehen stehenden Repräsentanten unserer zu Institutionen der lebendigen Arbeit gewordenen Gewerkschaften ist es immer noch, so Wolfgang Neef (2021, S. 47), „schwer zu verkraften, dass man mit einem technisch-industriellen Fortschritt, der, fossil angetrieben, 200 Jahre lang so beeindruckend funktioniert hat, auf dem Planeten an Grenzen stößt.“ Inzwischen droht

³ Zu dieser erkenntnistheoretisch einigermaßen grundlegenden These eines philosophischen *neuen Realismus* siehe Markus Gabriel (2020).

⁴ Zu Enzensberger (2002) siehe auch meinen Essay zu *wissenschaftlichem und sozialem Fortschritt* aus dem Jahr 2015 (www.drhelmutmartens.de).

⁵ Michael Löwy (1997, S. 557) bezeichnet Benjamin als den „ersten historischen

Materialisten, der radikal mit der Fortschrittsideologie bricht“.

er die eigenen Lebensgrundlagen zu zerstören. „Sicherheit im Wandel“ (IGM 2021) erscheint angesichts tatsächlich epochaler Umbrüche zunehmend schwieriger zu erreichen.

3. Was bleibt nach dem Ende des Fortschritts und den enttäuschten Hoffnungen des Marxismus?

Ältere Vorstellungen eines sozialen Fortschritts, die in geschichtsphilosophische Konzepte eingebettet gewesen sind, kann man heute mit vielen guten Gründen als erledigt ansehen. Ich würde dazu neigen, dem „weltgeschichtlich (...) wesentlichen Unterschied“ zwischen Hegel und Marx zuzustimmen, den Hannah Arendt 1951 in ihrem Denktagebuch festgehalten hat: Er liege darin, so hat sie geschrieben (Arendt 2002, S. 72),

„dass Hegel seine weltgeschichtliche Betrachtung nur auf die Vergangenheit projizierte und in der Gegenwart als ihrer Vollendung ausklingen ließ, während Marx sie ‚prophetisch‘ auf die Zukunft projizierte und die Gegenwart nur als Sprungbrett verstand“.

Die Zufriedenheit des preußischen Professors Hegel „mit den gegenwärtig bestehenden Zuständen“ bezeichnet sie als „empörend“ – und insofern sie die Gegenwart „notwendigerweise als das Ende der Geschichte begreifen musste“, auch schon als eine Diskreditierung seiner weltgeschichtlichen Betrachtung. Marxens Projektion auf die Zukunft als „Flucht aus der Logik in die Geschichte“ (a. a. O., S. 94) hingegen nennt sie katastrophal, weil damit aus ihrer Sicht eine unzureichende Reflexion auf Freiheit und Politik in seinem Denken verknüpft seien.⁶

Sozial sieht man sich einer immer offeneren Entwicklung gegenüber. Vorstellungen eines, wie auch immer aus einer inneren Logik heraus gestützten sozialen Fortschritts werden fragwürdig. Die Vorstellungen eines stetigen wissenschaftlich-technischen Fortschritts sind hingegen weiter lebendig. Entsprechende Zu-

kunftsvisionen prägen das Denken der Zeit. Doch ein so anerkannter Technikexperte wie Stanislaw Lem (1999) hat zur Jahrtausendwende gemeint, dass „alle Niederlagen einer Futurologie bekannt sind, die versucht hat, über eine Verallgemeinerung hinauszugehen“. Und er hat seine „Prognosen für die Zukunft der Menschheit zu Beginn des 3. Jahrtausends der Zeitrechnung“ – zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt, und hier fokussiert auf die Themen Biotechnologie und künstliche Intelligenz – unter die Überschrift gestellt: „Jeder Fortschritt enthüllt unsere Ignoranz“. Zugleich gilt, dass auch bei solcher wissenschaftlich-technischen Fokussierung, das Soziale gleichsam durch die Hintertür stets wieder ins Spiel kommt. Die Frage ist dann nur wie.

Für mich ist diese Frage insbesondere dort von großem Interesse, wo Sozialwissenschaftler*innen in Anknüpfung an die ökonomischen Durchbrüche, die nach meiner Überzeugung mit den wissenschaftlichen Analysen von Karl Marx überzeugend geleistet worden sind, weitergearbeitet und gedacht haben – politisch-ökonomisch wissenschaftlich sozusagen mit und philosophisch gegen ihn. Hier lohnt es sich, bei dem Weltsystemanalytiker Immanuel Wallerstein anzusetzen.⁷ Er ist zweifellos einer der intellektuell herausragenden Köpfe unter den Globalisierungskritiker*innen der letzten Jahrzehnte – und ihm ist es wichtig gewesen, als Weltsystemanalytiker und nicht –Theoretiker zu gelten. Wissenschaftlich an Marx anschließend hat er nicht geschichtsphilosophisch gedacht. Sehr dezidiert schreibt er, wir dürften „uns in keiner Weise dem Gefühl hingeben, die Geschichte sei auf unserer Seite, die gute Gesellschaft werde so oder so kommen. Die Geschichte ist auf der Seite von niemandem“ (Wallerstein 2010, S. 16).

Wallerstein muss als Ökonom und Sozialwissenschaftler in einem wirklich umfassenden Sinne als ausgewiesen angesehen werden. Er holt bei seinen Analysen historisch weit aus. Das „moderne Weltsystem“ hat für ihn eine ca. 500-jährige Geschichte. Die Französische

6 Arendt selbst hat ihre systematische Auseinandersetzung mit dem Werk Marxens, die sie als Versuch einer Ehrenrettung begonnen hat, allerdings ohne klares Ergebnis abgebrochen (vgl. Kohn 2011).

7 Zur systematischen Auseinandersetzung mit Wallerstein siehe auch Martens 2016a, S. 68-101.

Revolution ist darin aus seiner Sicht das einschneidende Ereignis, weil es die „Struktur des modernen Weltsystems verändert hat“ (Wallerstein 2014, S. 601). In dem damit eingeleiteten Epochenbruch im Zeichen einer neuen „Ordnung der Dinge“ (Foucault 1971) gewinnt die Betonung der demokratischen Frage besonderes Gewicht. Die Französische Revolution wird also politisch als zentraler Einschnitt behauptet. Die Forderung nach Brüderlichkeit, besser Geschwisterlichkeit der Menschen als zu Empathie begabten Wesen und die nach dem durchaus spannungsreichen Verhältnis ihrer Freiheit und Gleichheit ordnet sich der Demokratiefrage zu. Durchaus folgerichtig, spricht Wallerstein in diesem Zusammenhang von herrschenden Eliten und nicht von Klassen.

Von der Französischen Revolution ausgehend gelangt er über das Revolutionsjahr 1848 und dann weiter – wobei er die proletarischen Revolutionen, in den Bewegungen 1918 kulminierend, ziemlich übergeht (!) – über 1968 in die Gegenwart. Für 1968, wie auch schon für 1848, spricht er von einer *Weltrevolution*, die die Geokultur verändert habe, auch wenn sie – ebenso wie die 120 Jahre zuvor – mit einer Niederlage endete. In einem knappen Text von 2010 findet sich die folgende höchst bemerkenswerte Kennzeichnung der 1968er Bewegung:⁸

„Die Weltrevolution von 1968 war ein enormer politischer Erfolg. Die Weltrevolution von 1968 war eine enorme politische Niederlage. Sie stieg auf wie Phönix, loderte tatsächlich sehr hell auf dem ganzen Globus und schien dann Mitte der 1970er Jahre fast überall ausgelöscht zu sein. Was ist durch dieses Buschfeuer erreicht worden? Eigentlich ganz schön viel. Der gemäßigte Liberalismus wurde von seiner Position als herrschendes Weltsystem verdrängt. Er war danach nur noch eine Alternative unter anderen. Und die Bewegungen der alten Linken konnten sich nicht länger als Motor irgendeiner Form von grundlegenden Veränderungen präsentieren. Aber der unmittelbare Triumphalismus der Revolutionäre von 1968, befreit von jeglicher Unterordnung unter den gemäßigten Liberalismus,

erwies sich als oberflächlich und unhaltbar“ (Wallerstein 2010, S. 6f).

In der Gegenwart angekommen, für die B-Phase des Kondratieffschen Zyklus, in der wir uns in seiner Sicht gegenwärtig befinden, zeichnet er dann die Entwicklung und Krise des neoliberalen Projekts in großen Linien nach. In Bezug auf unsere Gegenwart spricht er von einer Konstellation, die er als „die Schlacht (...) zwischen dem Geist von Davos und dem Geist von Porto Alegre“ bezeichnet. Sie werde „mittelfristig“, also für die kommenden 20 bis 40 Jahre die Auseinandersetzungen kennzeichnen. Es geht in ihr, so Wallerstein, um „die Suche (der herrschenden Eliten) nach einem neuen nicht-kapitalistischen System, das dessen schlimmsten Merkmale fortführt – Hierarchie, Ausbeutung, Polarisierung (...) oder einem System, „das relativ demokratisch und relativ egalitär ist“ (Wallerstein 2014, S. 620f, Hervorhebungen H. M.).

Interessant ist schließlich auch Wallersteins These, dass es heute auf eine Orientierung ankomme, die darauf ziele „die Pein zu minimieren“, was das System noch nicht verändere, aus der sich dann die Frontlinien für die mittelfristig zu entscheidende Schlacht ergäben. Ferner auch die These, dass es nur relative Veränderungen geben werde, jedoch „niemals eine völlig eingeebnete Welt“ (a. a. O., S. 621), in diesem Sinne aber immerhin „einen möglichen Fortschritt“.

4. Schlussbemerkung

Mit dem Beginn unserer Moderne haben Fortschrittsmythen bis in unsere heutige Gegenwart hinein eine bemerkenswerte Kraft entfaltet. Mit dem Aufstieg des Bürgertums im 19. Jahrhundert haben entsprechende geschichtsphilosophische Vorstellungen und Träume nicht zuletzt in der Arbeiterbewegung ihre Wirkung entfaltet. Sie sind zu verabschieden. Zugleich aber kommen wir nicht umhin, uns unserer Geschichte als einer auf uns hingewiesenen Vergangenheit immer wieder neu zu vergewissern, wenn wir eine Zukunft haben wollen, die wir so, zumindest in Teilen, besser gestalten können. Das Neue mag da, nach allen Gesetzen der Wahrscheinlichkeit, immer der

⁸ Arendt vergleicht und gewichtet die Revolutionsjahre 1848 und 1968 bemerkenswerter Weise recht ähnlich, wenn sie schreibt, dass spätere Generationen auf 1968 vielleicht einmal ähnlich zurückblicken würden, wie ihre Generation auf das Jahr 1848 (siehe Martens 2021b, S. 10f).

unwahrscheinliche Fall sein.⁹ Aber es geschieht immer wieder. Das gilt, wie Arendt (1993, S. 32f) betont, vom Beginn der physikalischen Evolution an. Und folgerichtig rechnet sie deshalb auch für unsere soziale Evolution mit der Möglichkeit des *Wunders der Freiheit* (a. a. O., S. 35). Und mit ihr gilt dann jene Emphase des Beginnens, die sie in folgende Worte gefasst hat:

„*Jede neue Generation, jedes neue Menschenwesen muss, indem ihm bewusst wird, dass es zwischen einer unendlichen Vergangenheit und einer unendlichen Zukunft gestellt ist, den Pfad des Denkens neu entdecken und ihn mühsam bahnen*“ (Arendt 1979, S. 206).

Heute geht es um politisches Zusammenhandeln angesichts immer mehr kumulierender krisenhafter Herausforderungen der Zeit. Putins Angriffskrieg auf die Ukraine, aus dem Geist eines als vergangen erachteten imperialen Denkens heraus, hat unsere Lage aktuell weiter verschlimmert – kann aber auch den Blick für neue Chancen für uns in unserer einen Welt neu schärfen. Dafür ist ein Innehalten und Nach-Denken unverzichtbar. Diese thesenhaft zugespitzten Überlegungen sollen dazu einen Impuls geben. Aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen geben auch Grund zu Zuversicht. Arendts „Wunder der Freiheit“ ist in einem institutionell verfassten Raum der Politik möglich. Es kommt darauf an, angesichts des Endes unserer unhaltbar gewordenen Fortschrittsgläubigkeit, neue Leitbilder eines anderen, sozialen Fortschreibens zu finden, Leitbilder, die die Verhältnisse, und uns in ihnen, ein wenig menschlicher und die Verhältnisse relativ egalitärer und relativ demokratischer machen könnten. ■

Literatur:

- Arendt, H. (1979): *Vom Leben des Geistes. Das Denken. Das Wollen*, München
 - (1993): *Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass*, Hgg. Von U. Ludz, München-Zürich
 - (2002): *Denktagebuch* (Hgg. Von U. Ludz u. I. Nordmann), 2 Bände, München-Zürich (dt. Erstausgabe 2002)
- Camus, A. (2016) *Der Mensch in der Revolte* (31. Auflage), Reinbek bei Hamburg
- Enzensberger, H. M. (2002): *Die Elixiere der Wissenschaft. Seitenblicke in Poesie und Prosa*, Frankfurt am Main
- Foucault, M. (1971): *Die Ordnung der Dinge*, Frankfurt am Main
- Gabriel, M. (2020): *Der Sinn des Denkens*, Berlin
- Hensche, D. (2021): *Phantasie und Handlungsmacht. Voraussetzungen einer Demokratie-Offensive*, in: Schmitz, C.; Urban H.-J. (Hg.): *Demokratie in der Arbeit. Eine vergessene Dimension in der Arbeitspolitik? Jahrbuch Gute Arbeit 2021*, Frankfurt am Main, S. 107-116
- IG Metall (2021): *Sicherheit im Wandel. Instrumente für die Gestaltung*, Arbeitspapier 5/2021, Frankfurt am Main
- Kohn, J. (2011): *Denkwege einer politischen Theorie*, in: Heuer, W.; Heiter, B.; Rosenmüller, S. (Hg.): *Arendt-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*, Stuttgart und Weimar
- Lem, S. (1999): *Jeder Fortschritt enthüllt unsere Ignoranz. Prognosen für die Zukunft der Menschheit zu Beginn des 3. Jahrtausends der Zeitrechnung*, in: *Frankfurter Rundschau* 31.12. 1999
- Löwy, M. (1997): *Benjamins Marxismus*, in: *Das Argument* 34, S. 557-562
- Martens, H. (2016): *Refeudalisierung oder Überwindung des Kapitalismus? Am Ende der industriel Kapitalistischen Wachstumsdynamik - Hamburg*
 - (2021a): *Im Angesicht der Krise des demokratischen Projekts der Moderne*, in: *Sozialistische Politik und Wirtschaft* (spw), Heft 1/2021, S. 88-96
 - (2021b) *Im Angesicht der Krise des demokratischen Projekts der Moderne. Ein Essay*, www.drhelmut-martens.de
- Neef, W. (2021): *Transformation des «Kapitalozän»*, in: *Sozialismus*, Heft 2/2021, S. 46-47
- Rancière, J. (2002): *Das Unvernehmen*, Frankfurt am Main
- Wallerstein, I. (2004): *Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht*, Hamburg
 - (2010): *Krise des kapitalistischen Systems – und was jetzt?* In: Wallerstein, I.; Müller, H. (2010): *Systemkrise: Und was jetzt? Utopistische Analysen*, Supplement der Zeitschrift *Sozialismus*, 2/2010, S. 1-16
 - (2014): *Vergangenheit und Zukunft der Globalen Linien*, in: *PROKLA*, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S. 601-621
- Werkmeister, O. K. (1981)): *Walter Benjamin, Paul Klee und der Engel der Geschichte*, in: ders. *Versuche über Paul Klee*, Frankfurt am Main, S. 98-123
- World Commission on Environment and Development: *Our Common Future*. Oxford University Press, Oxford

⁹ So werde deutlich, schreibt sie, „dass immer, wenn etwas Neues geschieht, es sich unerwartet, unberechenbar und letztlich kausal unerklärbar eben wie ein Wunder in den Zusammenhang berechenbarer Verläufe hineinereignet“ (a. a. O., S. 32).

Eskalation, Deeskalation und – vielleicht irgendwann – ein Ende des Krieges?

von Herbert Wulf¹

Putins Krieg in der Ukraine: der große *Game Changer*

„Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents. Mit dem Überfall auf die Ukraine hat der russische Präsident Putin kaltblütig einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen...“² Mit diesen Aussagen im Deutschen Bundestag machte Bundeskanzler Olaf Scholz deutlich, dass das Konzept der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands und der Europäischen Union der letzten drei Jahrzehnte am Ende ist. Die deutsche Russlandpolitik ist gescheitert und die Verteidigungspolitik in ihren Grundfesten erschüttert. Nach der ersten Zeitenwende, die Ost und West durch den Zusammenbruch der Sowjetunion erlebten, ist dies die zweite große Zäsur der letzten sieben Jahrzehnte, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen. Das Ende des Kalten Krieges läutete eine Ära der Annäherung und Vereinbarungen über die Unantastbarkeit der Grenzen in Europa ein, der heute stattfindende Angriffskrieg bedeutet das genaue Gegenteil.

Wie fundamental diese Zäsur ist, macht auch das aktuelle, völlig veränderte politische Narrativ deutlich: „... hätte noch vor vier Wochen irgendjemand in Deutschland außer notorischen Rechten applaudiert, wenn jemand ‚bis zum Ende kämpfen‘ wollte? Hätte irgendjemand gewählten Vertretern eines modernen Staates ernsthaft Bewunderung gezollt, die in olivgrünen T-Shirts vor die Kamera treten, unrasiert und übernächtigt, damit man ihnen den Dauereinsatz für ihr Land auch abnimmt und ihre Abgekämpftheit auch glaubt...? Weiter: Wer hätte es für gut gehalten, dass Begriffe wie ‚Tapferkeit‘, ‚Vaterland‘, ‚Held‘ usw. usf. plötzlich

nicht nur sagbar, sondern positiv verstanden werden könnten?“³ Mit diesen Worten drückte der Sozialpsychologe Harald Welzer Mitte März sein Erstaunen über längst überholt geglaubte Ansichten zum Krieg in Europa aus.

Der Krieg ist zurück in Europa. Die friedliche Streitbeilegung, die den Kern der Entspannungspolitik und der Helsinkiakte von 1975 ausmachte, wurde durch die durch nichts zu rechtfertigende russische Aggression vereitelt. Nachdem Russland seine Kriegsziele nicht rasch erreichte, setzten seine Streitkräfte zunehmend auf Brutalität und bombardierten Städte ohne Rücksicht auf Zivilisten. Präsident Wladimir Putin droht unverhohlen mit Atomwaffen und er muss sich wegen der Strategie seiner Streitkräfte den Vorwurf gefallen lassen, ein Kriegsverbrecher zu sein. Das heutige Narrativ in den Medien über die Dramatik des Krieges ist natürlich eine eurozentristische Perspektive, die die seit Jahren anhaltenden Kriege im Jemen, Syrien, Tigray oder Mali verniedlicht.

Die NATO erhöht ihre Militärpräsenz in den mitteleuropäischen und baltischen Ländern mit neuen „Battle Groups“ und modernen Waffensystemen, unmittelbar an der Grenze Russlands. Sie unterstützt die Ukraine mit Rüstungslieferungen, Militärhilfe, Geheimdienstinformationen, humanitärer Hilfe und vielem mehr. Noch vor wenigen Wochen wäre es undenkbar gewesen, dass mit einem Federstrich zusätzliche finanzielle Mittel in dieser Größenordnung (in Deutschland alleine ein Sondervermögen Bundeswehr über 100 Milliarden Euro⁴) bereitgestellt worden wären. Mit dem Krieg in der Ukraine hat eine Ära begon-

1 Prof. Dr. Herbert Wulf (i. R.) war Direktor des Bonn International Center for Conflict Studies (BICC). Er ist dort und am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg/Essen weiterhin Associate Researcher.

2 Bundeskanzler Olaf Scholz im Deutschen Bundestag am 27.2.2022, online unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/882434/63345d000dff4dac33355f3669e7eec2/2019-data.xml> (letzter Abruf: 21.4.2022).

3 Harald Welzer, im Stern vom 16. März 2022.

4 Ich habe diese Entscheidung in einem Kommentar im IPG Journal als „Panikpolitik“ bezeichnet, weil die schlechte Ausstattung der Bundeswehr nur zu einem geringen Teil auf mangelnde Finanzen zurückzuführen ist. Online unter: <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/panikpolitik-5793/> (letzter Abruf: 21.4.2022).

nen, die wieder deutlich in Richtung Konfrontation ausgerichtet ist.

Wie kam es zu diesem Bruch? Vereinfacht ausgedrückt gibt es zwei widersprüchliche Erklärungsmuster: Einerseits behaupten viele politische Analysten heute, es sei ein Fehler gewesen, im Jahr 2008 der Ukraine und Georgien eine NATO-Mitgliedschaft de facto verweigert zu haben. Wären auch diese Länder bei der NATO-Osterweiterung aufgenommen worden, so das Narrativ, dann hätte Russland sich nicht getraut, diesen Krieg zu beginnen. Die Gegenposition lautet: Durch die NATO-Osterweiterung ist das von Michail Gorbatschow propagierte „gemeinsame Haus Europa“ (Gorbatschow 1987) verhindert worden. Sein Konzept ging von einer Sicherheitsarchitektur für Europa aus, die Russland einbezog. Präsident Putin wollte noch im Jahr 2001, folgt man seiner Rede im Deutschen Bundestag, eine „moderne, dauerhafte, standfeste internationale Sicherheitsarchitektur“ schaffen.⁵ Während die Befürworter der Entspannungspolitik Putin Glauben schenkten, geht die Mehrzahl der heutigen Kritiker davon aus, dass dies schon damals eine Finte war. Die führenden Politiker wurden von ihm jahrelang an der Nase herumgeführt. Russland entfremdete sich immer mehr unter Präsident Putin, der mit Hilfe des Krieges nicht nur die Ukraine als Staat auslöschen, sondern eine völlig andere Weltordnung schaffen will.

Die Verantwortlichkeit des russischen Präsidenten für die eskalierte Lage darf aber nicht davon abhalten, die Eskalation dieses Konflikts nüchtern zu analysieren, um Wege aus der Krise zu finden. Einerseits befindet sich das ukrainische Volk in einer sehr kritischen Lage, es besteht aber durch die militärische Unterstützung seitens des Westens auch eine schwer zu kontrollierende Eskalationsdynamik. Die Asymmetrie bei der Verteilung „politischer Schuld“ verleitet dazu, sich seitens des Westens moralisch überlegen zu fühlen und das eigene Handeln stets für rational und gerechtfertigt zu halten. So wichtig die eigene moralische Selbstverge-

wisserung ist, so bedeutsam ist es, Erkenntnisse aus der Konflikteskalation zu berücksichtigen.⁶

Eskalations-Theoretiker (Kahn 1965) beschrieben in den 1960er Jahren eine Eskalationsleiter und versuchten, Regierungen Optionen für Entscheidungen auf jeder Stufe der Eskalation aufzuzeigen. Sie gingen von der Beherrschbarkeit der Eskalation aus. Diese Eskalationen entfalten aber Dynamiken, die zu unerwünschten Ergebnissen führen können. Besonders problematisch wird dies, wenn Atomkräfte beteiligt sind (Schelling, 1960). Richard Jervis (1983) hat mit seinem Konzept von „Abschreckung und Wahrnehmung“ anhand zahlreicher empirischer Fälle beschrieben, dass Fehlwahrnehmungen zu unkontrollierbaren Auseinandersetzungen führen können.

Zurzeit befinden wir uns eindeutig in einer Phase der zunehmenden Eskalation. Die Eskalationen im Ukraine-Krieg finden auf verschiedenen Feldern statt: verbal, politisch, ökonomisch und militärisch.

- Auf der verbalen Ebene führen Propaganda und Desinformation in Russland zu einem völlig anderen Bild als in der Ukraine und im Westen.
- Politisch wird die Eskalation vor allem durch Schuldzuweisung für den Krieg und Kriegsverbrechen betrieben. Die berechtigten Anschuldigungen gegen die russische Führung wegen der Kriegsverbrechen hätten übrigens eine solidere moralische Grundlage, wenn sie ebenso vehement und konsequent gegen westliche Regierungschefs erhoben worden wären, die für die Zerstörungen im Irak und Afghanistan verantwortlich waren.
- Ökonomisch stehen die Sanktionen im Mittelpunkt der Eskalation. Die höchst-mögliche Stufe der Eskalation (SWIFT, Stopp des Rohstoffhandels, völlige wirtschaftliche Entflechtung) ist noch nicht erreicht.

⁵ Wladimir Putin am 25. September 2001, online unter: https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966 (letzter Abruf: 21.4.2022).

⁶ Ich knüpfte hier an einen politischen Kommentar an, den ich zusammen mit Tobias Debiel am 14. März 2022 verfasst habe, online unter: <https://www.uni-due.de/inef/blog/eskalation-und-deeskalation-im-ukraine-krieg.php> (letzter Abruf: 21.4.2022).

- Militärisch ist die Stufe der „begrenzten Vernichtungsschläge“ erreicht, die Friedrich Glasl (2011, S. 127-128) als Stufe sieben in seinem neunstufigen Konfliktmodell bezeichnet hat. Und die Drohung mit Atomwaffen bringt die letzte Stufe („Gemeinsam in den Abgrund“) näher.

Wie wird der Krieg enden?

Für die anzustrebende Deeskalation und eine Beendigung des Krieges ist es nicht unwichtig, wie dieser Krieg möglicherweise beendet werden kann. Unterschiedliche Szenarien sind vorstellbar.⁷

- Es ist nach wie vor denkbar, dass Russland militärisch gewinnt und in der Ukraine eine Marionettenregierung installiert.
- Möglicherweise beschränkt sich Russlands Krieg darauf, den Osten der Ukraine dauerhaft unter Kontrolle zu bringen.
- Ein drittes Szenario, eng mit dem ersten verknüpft, unterstellt, dass die Ukraine aufgrund des massiven Einsatzes russischer Streitkräfte kapituliert.
- Es könnte auch zu einem Patt kommen und beide Kriegsparteien reiben sich in einem langanhaltenden Stellungskrieg auf.
- Ein fünftes Szenario sieht die erfolgreiche Verteidigung der Ukraine durch den Mut der Ukrainer und westliche logistische Unterstützung voraus. Die russischen Streitkräfte würden trotz ihrer quantitativen Übermacht geschlagen.
- Nicht völlig auszuschließen ist aber, dass der Krieg eskaliert und die NATO, die jetzt schon Kriegspartei ist, in militärische Kämpfe verwickelt wird. Selbst die Gefahr eines Atomkrieges ist nicht völlig ausgeschlossen, trotz des nach wie vor vorhandenen Gleichgewichts des Schreckens.

- Die derzeitige russische Regierung könnte gestürzt werden, weil sie sich mit ihren Kriegszielen völlig verkalkuliert hat.
- Schließlich könnte der Krieg durch Verhandlungen beendet werden.

Es ist schwer abzuschätzen, welches dieser Szenarien das realistischste ist. Wie kann es nach einem möglichen Ende des Krieges weitergehen? Völlig ausgeschlossen ist, dass mit Putins Regierung an die Zeiten der Entspannungspolitik vor und nach dem Ende des Kalten Krieges angeknüpft wird. Dazu ist zu viel politisches Vertrauen verloren gegangen. Der Versuch, mit der Ostpolitik eine Partnerschaft aufzubauen, ist gescheitert. Der Westen wird sich langfristig vor Putins Regime nicht nur militärisch schützen müssen, sondern seine politischen und vor allem wirtschaftlichen Beziehungen anders gestalten. Trotzdem wird die Ukraine, das übrige Europa und die USA, in welchem politischen Rahmen auch immer, mit der russischen Regierung über eine Beendigung des Krieges oder zumindest eines Waffenstillstands verhandeln müssen.

Deeskalation und Entspannungspolitik: überholte Konzepte?

In der jetzigen Situation ist von Deeskalation nichts zu spüren und eine neue Entspannungspolitik steht überhaupt nicht zur Diskussion. Angesichts der Aggression Russlands und einer Renaissance der Geopolitik mit der Demonstration von Macht zwischen den USA und China scheinen die Voraussetzungen für eine kooperative globale Politik nicht besonders günstig. Die Geschichte der Entspannungspolitik zeigt aber, dass die Bedingungen für deren Erfolg in den 1970er und 1980er Jahren ebenso wenig erfolgversprechend zu sein schienen. Dennoch wurden damals durch zahlreiche Rüstungskontrollverträge Obergrenzen für Waffen geschaffen und mit der Schlussakte von Helsinki 1975 wurde ein Prinzipienkatalog über nationale Souveränität, die Unverletzlichkeit von Grenzen, die Achtung der Menschenrechte und Zusammenarbeit vereinbart.

⁷ Beispielsweise wurden sechs dieser acht Szenarien auf ZDF heute am 4. April 2022 genannt. Online unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-krieg-szenarien-kriegsverlauf-100.html> (letzter Abruf: 21.4.2022).

Trotz der gegenseitigen atomaren Bedrohung, der Blockkonfrontation, der Teilung Deutschlands und der ideologischen Systemkonkurrenz gelang es, Spannungen abzubauen und zu vertraglichen Regelungen zu kommen. Das heißt, die heute gelegentlich als unauflösliche Konfrontation angesehene Situation sollte nicht dazu führen, vor allem oder gar ausschließlich auf militärische Mittel zu setzen.

Es waren nicht ausschließlich Entspannungs- und schon gar nicht Abrüstungskonzepte, die im Kalten Krieg im Mittelpunkt der Außen- und Sicherheitspolitik standen. Der Harmel-Bericht der NATO (Harmel 1967) setzte auf eine Doppelstrategie von militärischer Stärke einerseits und dauerhaften Beziehungen von NATO und Warschauer Vertrag andererseits. Helmut Schmidt sprach von Verteidigung als „Standbein“ und Entspannung als „Spielbein“ (Schlotter, S. 103). Konkretester Ausdruck dieser Sichtweise war dann der NATO-Doppelbeschluss im Jahr 1979 mit der geplanten Stationierung von Mittelstrecken in Europa und gleichzeitigen Verhandlungen über atomare Rüstung.

Trotz der Fortführung des Krieges in der Ukraine lohnt es, dieses Konzept wieder in Erinnerung zu rufen, nämlich neben der militärischen Stärke auch die Notwendigkeit von Verhandlungen in den Blick zu nehmen. Aber zu Verhandlungen gehören bekanntlich Zwei. Ist Präsident Putin überhaupt zu ernsthaftem Dialog ohne Ultimaten und Kapitulationsaufforderungen bereit? Trotz aller Bedenken dürfen Versuche für einen Dialog nicht unterbleiben, denn militärisches Eingreifen, sei es durch Truppenentsendung oder Waffenlieferungen, auch wenn sie stabilisierend oder abschreckend gedacht sind, wirkt fast immer eher eskalierend – nach dem bekannten Muster von Aktion und Reaktion, das schon nach dem Ersten Weltkrieg beschrieben wurde (Richardson 1935, Rapoport 1957).

Problematisch ist, dass heute keine funktionierenden Kommunikations- und Rüstungskontrollforen mehr existieren, in dem sich die feindlichen Gegenüber austauschen könnten. Die Telefonate westlicher Politiker mit Präsident Putin können über dieses Manko nicht hinwegtäuschen. Dies war im Kalten Krieg seit Ende der

Papyrossa Verlag



Enno Stahl

Realismus und Engagement

LITERATUR ALS
GESELLSCHAFTSANALYSE
UND SOZIALE UTOPIE

Literatur als
Gesellschaftsanalyse
und soziale Utopie

Klappenbroschur
197 Seiten | € 18,-
978-3-89438-776-1

Realismus versteht Enno Stahl als eine grund- sätzliche Ausrichtung der Weltwahrnehmung, aber auch als literarische Kategorie. Engagement besitzt einen ganz ähnlichen Doppelcharakter – als tätige Praxis auf der einen und als Motivation und Motiv der Literatur auf der anderen Seite. Aber wie kann sie Werte, Ideen und Haltungen vermitteln?



Gerd Wiegel

Brandreden – Die AfD im Bundestag

Paperback
220 Seiten | € 16,90
978-3-89438-779-2

Ob ›Kopftuchmädchen‹ oder eine ›bedauernswerte Greta‹: Die AfD nutzt das Pult des Parlaments für rassistische Hetze oder Klimaleugnung, ja: für das Ziel eines Systemumbaus. Hinter Nebelkerzen wie ›Great Reset‹ oder ›DDR 2.0‹ zeigt sich das wahre Gesicht der Partei. Ihre Brandreden sind Ausdruck einer Rechtsverschiebung des Landes.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

1960er Jahre bei den Atomwaffen gegeben und ab 1973 für die konventionelle Rüstung, auch wenn die damaligen Rüstungskontrollverhandlungen schleppend verliefen und die eigenen Rüstungsanstrengungen mit Tricksereien verniedlicht und die des Gegners überzeichnet wurden. Es existierten diverse Foren, um die Rüstung unter Kontrolle zu bringen und versehentliche Kriege zu verhindern (Lutz, 1981).

Derartige Foren wären heute auch erforderlich, nicht nur um den Krieg in der Ukraine zu beenden, sondern auch, um längerfristig den ungebremsten Rüstungswettlauf zu Wasser, in der Luft und im Weltraum zu stoppen und die aufgebauten Drohkulissen abzubauen. Unabhängig vom weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen sind irgendwann ernsthafte Verhandlungen erforderlich. Ein Waffenstillstand oder gar Frieden ist ohne Verhandlungen kaum möglich.

Deutliche Unterschiede zur Zeit des Kalten Krieges

Die gegenseitigen Bedrohungen erinnern an die Zeit des Kalten Krieges. Manches ist heute ähnlich, vieles aber unterscheidet sich deutlich vom Ost-West-Konflikt.

Erstens, ein „heißer“ Krieg: Der wichtigste Unterschied ist, dass während der Zeit des Kalten Krieges ein heißer Krieg verhindert wurde. Die Helsinki-Schlussakte kodifizierte, dass im Ost-West-Verhältnis eine friedliche Koexistenz angestrebt und die Grenzen in Europa nicht gewaltsam verändert werden. Jetzt hat Russland den Krieg begonnen und es liegt lediglich an der Zurückhaltung der NATO, dass dieser Krieg bislang auf die Ukraine beschränkt blieb.

Zweitens, die Grenzen zwischen Krieg und Frieden: Diese eindeutigen Grenzen sind heute, anders als vor 1990, verwischt und die Trennung zwischen militärischem und zivilem Handeln oft nicht mehr deutlich. Gleichzeitig aber werden Entwicklungen vorangetrieben, um mit „hybrider“ Kriegsführung Auseinandersetzungen knapp unterhalb der Schwelle des „heißen“ Krieges zu ermöglichen (Hoffmann, 2007). Cyberattacken, Desinformationskampagnen, der Einsatz von Söldner- oder Privat-

tarmeen etc. gehören heute zum Repertoire von Konfliktparteien (Wulf, 2005). Verdeckte Operationen hat es zwar auch schon früher gegeben, sie sind jedoch neu in Form und Effekt (Morris et al, 2019); denn deren Folgen sind bedrohlicher. Sie können die Infrastruktur eines Landes lahmlegen. Weil die Risiken so groß sind, hat kaum jemand mit einem Angriffskrieg gerechnet. Vielmehr glaubten die meisten Beobachter, dass Russland, ähnlich wie schon seit 2014 im Donbass, „hybrid“ agieren würde.

Drittens, Systemkonkurrenz: Der Kalte Krieg wurde immer als Systemkonflikt beschrieben: Kommunismus, Sozialismus und Planwirtschaft versus ein freiheitliches, demokratisches, kapitalistisches Gesellschaftssystem. Der Sozialismus fand in westlichen Ländern durchaus Widerhall und schien manchen als Alternative zum Kapitalismus attraktiv. Regierungen wie Intellektuelle betonen auch heute die Notwendigkeit der Verteidigung westlicher Werte wie Demokratie, Freiheit und Menschenrechte gegenüber autoritären Systemen. Aber diese autoritären Systeme stoßen wegen ihres ramponierten Images lediglich bei Diktatoren auf Interesse. Die heimische Bevölkerung mag durch soziale oder auch gewaltsame Kontrolle zur Zustimmung gebracht werden. Doch die autoritären Systeme sind weder für freiheitliche Gesellschaften attraktiv, noch ist entschieden, wie nachhaltig der Trend hin zu autoritären Regimen ist. Demonstrationen und Beifallsbekundungen für das russische Gesellschaftssystem (oder für das chinesische) finden in westlichen Ländern nicht statt – anders als bei den Lehren Mao Tse Tungs oder dem Sozialismus als Alternative.

Viertens, Kommunikation und Rüstungskontrolle:⁸ Spätestens seit der Kubakrise 1962 waren die militärischen Aktionen von Ost und West kalkulierbar. Die Kommunikationskanäle wurden gepflegt, um eine atomare Auseinandersetzung zu verhindern. Heute fehlen entsprechende verbindliche Foren. Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen

⁸ Hier greife ich wieder auf den politischen Kommentar zurück, den ich zusammen mit Tobias Deibel am 14. März 2022 verfasst habe, online unter: <https://www.uni-due.de/inef/blog/escalation-und-deeskalation-im-ukraine-krieg.php> (letzter Abruf: 21.4.2022).

flankierten die Hochrüstung. Heute sind die meisten Rüstungskontrollverträge ausgelaufen oder gekündigt worden.

Fünftens, Weltordnung: Mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die bis dahin existierende bipolare Systemkonfrontation aufgelöst. An deren Stelle dominieren jetzt multipolare Beziehungen. Viele Zwischentöne prägen die politischen Beziehungen, und die Welt ist längst nicht mehr in zwei Blöcke mit jeweils einer Supermacht nebst ihren Satelliten aufgeteilt. Das Streben des Westens für eine Hegemonie unter Führung der USA stellte einen Irrweg dar und die Vorstellungen vom „Ende der Geschichte“ (Fukuyama, 1992), dass das westliche Modell alternativlos sei, erwies sich nicht erst seit dem Ende des unrühmlichen, zwanzigjährigen Afghanistaneinsatz als Fehlwahrnehmung (Brzoska, 2022). Das Konzept der jeweiligen „Einflusssphären“, das mit dem Ende des Kalten Krieges überwunden schien, ist wieder zurück im Denken von Regierungen. Die bestehende Weltordnung löst sich auf und viele Mächte fühlen sich stark genug, ihren eigenen Vorteil zu suchen und ihre Einflusszonen zu erweitern – selbst Regionalmächte wie beispielsweise die Türkei, Brasilien, Indien oder Saudi-Arabien.

Sechstens, die Wirtschaftsbeziehungen: Heute sind die Verflechtungen wesentlich intensiver, Russlands Rolle als Rohstoff- bzw. Energielieferant für Europa bedeutsamer als früher. Die Abschreckung wurde im Kalten Krieg bewusst in eine Politik der gewollten wirtschaftlichen Interdependenz eingebettet. Die amerikanischen Politikwissenschaftler Keohane und Nye hoben schon 1977 die Bedeutung der Verflechtung für die Machtbeziehungen hervor. Vereinfacht gesagt war ihr Argument, dass ökonomisch eng miteinander verflochtene Länder eher dazu neigen, zu kooperieren als Konflikte militärisch auszutragen. Das war auch der Kern der deutschen Ost- und Entspannungspolitik, die mit den Namen von Willy Brandt⁹ und Egon Bahr¹⁰ verknüpft ist. Sie ist durch den Begriff

„Wandel durch Annäherung“ gekennzeichnet, bei der auch die wirtschaftliche Verflechtung („Wandel durch Handel“) bewusst angestrebt wurde. Dieses Konzept erweist sich im Falle Russlands heute als Bumerang und es bedarf der Analyse, welche positiven und negativen Auswirkungen es gehabt hat. Heute überwiegen in der Wahrnehmung die negativen Aspekte, wie die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland mit der europäischen Abhängigkeit von Gas, Erdöl und Kohle zeigen. Denn eine inakzeptable Abhängigkeit mit beiderseitig hohem Erpressungspotential ist entstanden. Die positive Rolle der Wirtschaftsbeziehungen war, wie man jetzt weiß, Wunschenken gegenüber Russland.

Was ist zu tun?

Wie also mit Russland umgehen? Die Gefahren wiedererwachter russischer Großmacht- und Konfrontationspolitik und der russische Wunsch nach der Schaffung von Einflusssphären oder Pufferzonen erinnert an längst überholt geglaubte Strategien der Mächte im 19. Jahrhundert. Wieso beansprucht das geografisch größte Land der Welt, das von Nord-, Mittel- und Südeuropa sowie bis zum Kaukasus, Zentralasien und den fernen Osten reicht, eine Pufferzone in Zentraleuropa? Die heutigen Strategien des Kremls legen nahe, dass es in Zukunft ohne einen Regimewechsel in Moskau kaum Frieden in Europa geben kann.

Das Wichtigste ist, diesen Krieg so bald wie möglich zu stoppen und eine Ausweitung zu verhindern. Es kommt jetzt darauf an, die Ukraine mit allen vertretbaren Mitteln zu unterstützen. Was vertretbar ist, wird jedoch sehr unterschiedlich beurteilt. Die Forderungen der ukrainischen Regierung gehen weit über das hinaus, was derzeit seitens der USA und der EU erfolgt. So verständlich die ukrainischen Wünsche aus humanitärer Sicht sind, so gravierend könnten die Folgen eines unmittelbaren Kriegsbeitritts der NATO sein. Auch bei den wirtschaftlichen Maßnahmen, der Härte der Sanktionen, scheiden sich die Geister. Das Gebot der Stunde ist, bei gleichzeitiger Politik der

⁹ Willy Brandt, Nobelpreis, 1971, online unter: <https://www.nobelprize.org/prizes/peace/1971/brandt/26047-willy-brandt-nobelvorlesung/> (letzter Abruf: 21.4.2022).

¹⁰ Egon Bahr in einer Rede 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing, online unter: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&document=0091_bah&object=pdf&st=&l=de (letzter Abruf: 21.4.2022).

Stärke des Westens, Wege zur Deeskalation zu ermöglichen. Die Sanktionen müssen Russland hart treffen, aber es ist gefährlich, auf einen Zerfall des Systems abzuzielen. Dies könnte dazu führen, dass (wie von Glasl, 2011, S. 128 in seinem Konfliktmodell formuliert) „eine Lust am Selbstmord“ entsteht, „wenn auch der Feind zugrunde geht.“

Ein Zurück zur wirtschaftlichen Interdependenz kann es nicht mehr geben. Ein Abbau zu enger ökonomischer Verflechtung ist nicht nur im Falle Russlands empfehlenswert. Die Pandemie hat die Verletzlichkeit der Wirtschaft durch die Abhängigkeit von globalen Lieferketten gezeigt und die eigene Versorgungssicherheit wieder in den Fokus gerückt. Und auch die Diskussionen um die Gaspipeline Nord Stream 2 zeigen, dass derartig brisante Geschäftsbeziehungen eben nicht rein kommerzieller Natur sind. Dies sollte auch eine Lehre für die Gestaltung der Beziehungen zu China sein.¹¹

Langfristig ist ein Helsinki II wichtig. Es muss ein politisches Projekt verfolgt werden, in dem die nukleare Abschreckung eingehetzt wird, also Rückkehr zur Berechenbarkeit, eine deutliche Reduktion, nicht unbedingt eine völlige Entkopplung der Ökonomien, Aufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen zur Verlegung von Waffensystemen an der Grenze, ein KSZE-artiges Format für eine Sicherheitsstruktur in Europa. Vielleicht folgt daraus Deeskalation, Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Bei aller Deutlichkeit der Worte über den Ursprung des Krieges und über Kriegsverbrechen führen Dämonisierung und Demütigung nicht zurück zum Verhandlungstisch.

„Nach der Befreiung der Ukraine wird es unsere Pflicht sein, dieser Nation [Russland] zu helfen, den Realitätssinn wiederzugewinnen und sich von destruktiven Phantasmagorien und Phantomschmerzen zu befreien. Wenn wir zusehen und die Hände in den Schoß legen, wird an Putins Stelle ein anderer Führer

treten und der Zyklus der Revanche wird sich wiederholen.“¹²

Literatur

- Brzoska, Michael (2022), Kooperation und Zurückhaltung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Januar, S. 90-96.
- Fukuyama, Francis (1992), *The End of History and the Last Man*, Hamilton, London.
- Glasl, Friedrich (2011), Konfliktmanagement, in: Berthold Meyer (Hg.), *Konfliktregelung und Friedensstrategien: Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 125-145. https://www.hskf.de/fileadmin/HSFK/hskf_downloads/Gasl_fertig.PDF.
- Gorbatjow, Michail (1987), *Perestroika. Die zweite russische Revolution*, Droemer Knaur, München.
- Harmel, Pierre (1967), *Report of the Council on the future tasks of the Alliance*, Brüssel.
- Hoffman, Frank (2007), *Conflict in the 21st Century: The Rise of Hybrid Wars*. Arlington, Virginia, Potomac Institute for Policy Studies.
- Jervis, Richard (1983), *Deterrence and Perception*, in: *International Security*, Vol. 7, Nr. 3, S. 3-30.
- Kahn, Hermann (1965), *On Escalation. Metaphors and Scenarios*, London, Pall Mall Press.
- Keohane, Robert O. und Joseph S. Nye (1977), *Power and Interdependence*, Springer, Boston.
- Lutz, Dieter S. (1981), *Weltkrieg wider Willen?* Reinbek, Rowohlt.
- Morris, Lyle J., Michael J. Mazarr, Jeffrey W. Hornung, Stephanie Pezard, Anika Binnendijk und Marta Kepe (2019), *Gaining Competitive Advantage in the Gray Zone*, Rand Corporation. Online unter: https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR2900/RR2942/RAND_RR2942.pdf.
- Rapoport, Anatol (1957), Lewis F. Richardson's mathematical theory of war, in: *Journal of Conflict Resolution*, Nr. 1, S. 249-304.
- Richardson, Lewis F. (1935), *Mathematical Psychology of War*. Nature, Nr. 135, S. 830.
- Schelling, Thomas (1960), *The Strategy of Conflict*, Harvard University Press, Cambridge, MA.
- Schlotter, Peter (1990), *Militärpolitik und äußere Sicherheit*, in: Klaus von Beyme, Manfred G. Schmidt (Hrsg.), *Politik in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen, Westdeutscher Verlag, S. 99-123.
- Wulf, Herbert (2005) *Internationalisierung und Privatisierung von Krieg und Frieden*. Nomos, Baden-Baden.

11 Betrachtet man die Entwicklung Chinas während der letzten drei Jahrzehnte, dann scheint auch in diesem Falle die Politik „Wandel durch Handel“ nicht wirksam gewesen zu sein, obwohl dies nach dem Ende des Kalten Krieges erwartet wurde. China hat sich keineswegs in Richtung Demokratie entwickelt: im Gegenteil.

12 Laurynas Katkus, litauischer Schriftsteller, in *Le Monde Diplomatique*, April 2022, S. 3.

Friedenspolitik im Schatten des Krieges in der Ukraine einschließlich der geringen Möglichkeiten gewaltfreier Politik

von Egbert Jahn¹

1 Von der Kriegs- und Kriegsunterstützungspolitik zu einer Politik der Kriegsbeendigung und der Friedensbildung

Seit 2014 herrscht wieder Krieg in Europa, acht Jahre lang auf einem niedrigen und räumlich eng begrenzten Niveau in der Ostukraine, der bis 2021 etwa 14.000 Menschenleben kostete. Der in Minsk vereinbarte Waffenstillstand konnte ihn nicht beenden. Er änderte nichts an der unblutigen, völkerrechtswidrigen Annexion der bis dahin Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol und ihrer völkerrechtswidrigen Eingliederung in die Russländische Föderation. Er änderte auch nichts an der Konstitution der beiden international und auch von Russland zunächst nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk durch ostukrainische Separatisten mit Hilfe inoffizieller russländischer Soldaten und Waffenlieferungen.²

Einen Tag nach den Olympischen Winterspielen in Peking erkannte Moskau am 21. Februar 2022 die beiden Volksrepubliken an. Zugleich kündigte Moskau an, einen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Beistand“ mit den beiden Volksrepubliken abzuschließen, der die Entsendung von „friedenserhaltenden“ Truppen (*popodderžanijumira*) an sie vorsah.³

1 Egbert Jahn, Prof. em. Dr.: Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, Lehrbeauftragter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Forschungsschwerpunkte: Nationale Bewegungen und Nationalstaatsbildung, Friedenspolitik seit dem 19. Jahrhundert. Autor der Bücher *Politische Streitfragen, 4 Bände*, (Verlag für Sozialwissenschaften/ Springer Wiesbaden 2008, 2012, 2014, engl. 2015) und *Frieden und Konflikt* (Verlag für Sozialwissenschaften, 2012). Herausgeber der drei Bände *Nationalismus im späten und postkommunistischen Europa* (Nomos 2008/09, auch engl. und russ. Rossen 2010) Kontakt: e.jahn@soz.uni-frankfurt.de.

Der vorliegende Text ist eine gekürzte Fassung, eine Langfassung befindet sich auf der Homepage der spw.

2 Aljukov, Maksim 2019: Von Moskaus Gnaden. Genese und Geist der „Volksrepublik Donezk“, in: Osteuropa 69, Heft 3-4, S. 123-131; Savaleva, Natalja 2019: Autonom gestartet, gesteuert geendet. Von Russland unterstützte bewaffnete Gruppen im Donbass, in: Osteuropa 69, Heft 3-4, S. 133-147.

3 Putin, Wladimir 2022: Rede an die Nation am 21.2., <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022/>.

Drei Tage später begann Russland einen zur militärischen „Spezialoperation“ verharmlossten Krieg gegen die ganze Ukraine, die nach dem Willen Präsident Putins „entmilitarisiert“ und „entnazifiziert“ werden soll, da sie seit acht Jahren einen „Genozid“ an den Russen und russischsprachigen Ukrainern im Osten der Ukraine vollführe. In Kiew herrsche eine von den USA und der NATO etablierte „Neonazi-Junta“, die 2014 nach einem „Putsch“ in Kiew das „Majdan-Regime“ errichtet habe. Dieses habe die Ukraine zu einem „Antirussland“ umgestaltet.⁴ Russen und Ukrainer (und selbstverständlich auch die Weißrussen bzw. Belarussen) seien Teile eines gemeinsamen (pan-)russischen Volkes, so dass ein ukrainischer Staat (dessen Existenzrecht Putin nicht leugnet) nur eine enge Bindung an Russland pflegen, aber sich keinesfalls an den Westen, die EU oder gar die NATO anschließen dürfe.⁵

Zurzeit gibt es keine öffentliche Diskussion über eine Friedenspolitik in Europa, denn die ständigen Appelle in der ganzen Welt, Russland solle sofort seinen Aggressionskrieg beenden und seine Truppen aus der ganzen Ukraine zurückziehen, können keine tatsächlich friedensbildende Politik ersetzen. Tatsächlich bestimmt in diesen Wochen Kriegspolitik weitgehend das Weltgeschehen. Das ist in erster Linie die Angriffskriegspolitik Russlands und die Verteidigungskriegspolitik der Ukraine sowie die Verteidigungskriegsunterstützung durch die NATO, die EU und andere demokratische Staaten. Dazu dienen intensiver politisch-moralischer Beistand, ausgiebige Waffenlieferungen, Satelliten- und Luftbilder von

ropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022/.

4 Putin, Wladimir 2022: Kriegserklärung. Die Ansprache des russländischen Präsidenten am Morgen des 24.2.2022, <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/vladimir-putin-ansprache-am-fruehen-morgen-des-24.2.2022/>.

5 Putin, Wladimir 2021: Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer, in: Osteuropa 71, Heft 7, S. 51-65.

russländischen Armeestellungen, vielfältige finanzielle und andere Hilfen für die ukrainische Gesellschaft sowie scharfe Sanktionen, die die Wirtschaft Russlands schwer schädigen. Diese beträchtliche westliche Unterstützung des Verteidigungskrieges der Ukraine ist zweifellos ein wichtiger Faktor, weshalb dieses Land noch nach acht Wochen verheerenden Krieges (Stand der Dinge am 21. April 2022) militärischen Widerstand leistet, auch wenn der von Russland wie vom Westen unerwartete Widerstandswille der ukrainischen Gesellschaft und die militärische Widerstandsfähigkeit der ukrainischen Streitkräfte die ausschlaggebenden Faktoren für die Fortdauer des Krieges sind, während bislang der Aggressionswillen der russländischen Staatsführung ungebrochen ist.

Jegliche Erörterung von Optionen für eine potentielle Friedenspolitik muss von einer Einschätzung des weiteren Verlaufs des Krieges und seiner Ursachen ausgehen. Dabei gilt es zwei Aufgaben zu bewältigen. Die erste besteht in einer Beendigung des Krieges, die wahrscheinlich nur in Form eines Waffenstillstandes, nicht eines Friedensvertrages, möglich ist. Die zweite Aufgabe besteht in der Wiederherstellung einer dauerhaften internationalen Sicherheitsstruktur und Friedensordnung. Der weitere Kriegsverlauf ist noch gänzlich ungewiss, so dass nur mehrere Szenarien über seine weitere Entwicklung gebildet werden können. Aufgrund des drastischen Unterschieds der materiellen und personellen Militärpotentiale beider Länder hatte nicht nur der Westen, sondern auch die Staatsführung Russlands vor dem 24. Februar die Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft der Ukraine völlig unterschätzt. Vor Monaten behauptete Staatspräsident Putin großspurig, russländische Truppen könnten innerhalb von zwei Tagen in Kiew sein und die „nazistische Junta“ entmachten. Er stellte sich demnach nur auf einen siegreichen Blitzkrieg ein. Dementsprechend schlecht war trotz eines mehrmonatigen Aufmarsches von bis zu 150.000 russländischen Soldaten an den Nord-, Ost- und Südgrenzen der Ukraine die auf keinen längeren Krieg ausgerichtete logistische Unterstützung der Invasionstruppen mit Treibstoffen, Munition, Kleidung und Lebensmitteln in den ersten Wochen nach dem 24. Februar. Auch die

ukrainische Staatsführung zog einen solchen kurzen Krieg in Betracht. In einem Video-Gespräch mit den Staats- und Regierungschefs der EU sagte Präsident Wolodymyr Selenskyj am 28. Februar: „Dies könnte das letzte Mal sein, dass Sie mich lebend sehen.“⁶

In der sechsten Kriegswoche begann Russland, seine Truppen im Norden der Ukraine rund um Kiew zurückzuziehen, nachdem ihnen die Umzingelung der ukrainischen Hauptstadt nicht gelungen war. Sie mussten beträchtliche Verluste an Material und Personal hinnehmen. Nunmehr konzentrieren sich die russländischen Streitkräfte auf die Eroberung des ganzen Donbass. Auch viele westliche Militärexperten nahmen zu Beginn des Krieges an, er würde wegen der haushohen Überlegenheit des Militärpotentials Russlands nur wenige Tage oder Wochen dauern, keineswegs mehrere Monate oder gar Jahre wie in Afghanistan oder Syrien. Die USA und die NATO hatten schon in den letzten Monaten des Jahres 2021 vor einer drohenden russländischen Aggression gewarnt. Gleichzeitig erklärte der Westen, dass er keinesfalls bereit sein werde, die Ukraine militärisch im Falle eines Angriffskrieges Russlands zu unterstützen, da die Ukraine kein Mitglied der NATO sei und deshalb keinen Anspruch auf militärischen Beistand nach Artikel 5 des NATO-Vertrages habe. Dies obwohl die USA und Großbritannien gemeinsam mit Russland im Budapest Memorandum vom Dezember 1994 die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine (wie auch von Belarus und Kasachstan) garantiert hatten, als Gegenleistung für die Übertragung der dort stationierten sowjetischen Atomwaffen an Russland. Allerdings wurden keine Maßnahmen für den Fall einer Verletzung der territorialen Integrität der drei Länder festgelegt. Außerdem erklärte die NATO, die Nichteinmischung ihrer Truppen in den bilateralen Krieg solle die Gefahr seiner Escalation zu einem Welt- und Nuklearkrieg vermeiden. Gleichzeitig kündigte der Westen aber schwerwiegende ökonomische und politische Sanktionen an, falls Russland sich tatsächlich zu

⁶ Trtdeutsch 2022: Selenskyj nimmt Abschied von Staats- und Regierungschefs der EU, 26. Februar, <https://www.trtdeutsch.com/news-welt/selenskyj-nimmt-abschied-von-staats-und-regierungschefs-der-eu-8069826>.

einer Aggression entscheiden würde. Sie werden dann tatsächlich verhängt und in mehreren Etappen verschärft und durch umfangreiche Waffenlieferungen ergänzt.

2 Szenarien für eine Kriegsbeendigung

Folgende Szenarien über das weitere Kriegsgeschehen gilt es in Betracht zu ziehen, wobei in jedem Fall mit einer Intensivierung und Brutalisierung des Krieges zu rechnen ist, die einen immer höheren Anteil der zivilen ukrainischen Kriegsopfer zur Folge haben wird.

Im März gelang es den ukrainischen Truppen, den Vormarsch der russändischen Streitkräfte weitgehend zu stoppen und sie im Norden vereinzelt auch zurückzudrängen, so dass ukrainische Politiker zunehmend selbstbewusst verkünden, die Ukraine werde in diesem Krieg siegen, wobei sie es meist im Unklaren belassen, ob sie dabei auch den besetzten Donbass, die Krim und Sewastopol zurückerobern wollen und meinen, dazu fähig zu sein. Mittlerweile scheint es eher unwahrscheinlich, dass die russändischen Streitkräfte die ganze Ukraine oder zumindest alle ihre großen Städte besetzen können oder auch nur sollen. Damit wird das alte, 2014 und sogar schon 1991 erwogene Szenario einer Teilung der Ukraine entlang dem Dnipro/Dnjepr in eine an Russland angegliederte Ostukraine und eine westorientierte Restukraine (mit Rekurs auf ihre polnisch-habsburgische Vergangenheit) wieder aktuell. Offenbar ist das Minimalziel Putins die Ausdehnung der beiden Volksrepubliken auf das gesamte Gebiet der Bezirke Donezk und Luhansk. Wahrscheinlich soll aber auch die Landverbindung zur Krim hergestellt werden, sollen also auch die Bezirke Saporischschja und Cherson erobert werden, dann vielleicht auch die Bezirke Charkiw, Mykolajiw und Dnipropetrowsk, die häufig unter dem Begriff „Neurussland“ zusammengefasst wurden. Zurzeit wird aber auch Odessa bombardiert. Die Eroberung des Bezirks Odessa würde eine Landverbindung zur Transnistrischen Moldauischen Republik herstellen, dem Separatistengebiet in der Republik Moldau, in dem seit Jahrzehnten bereits eine sowjetische und dann russändische Armee stationiert ist.

Gegenwärtig scheint es unwahrscheinlich, dass der Krieg durch den Sieg einer Seite beendet wird. Es spricht also viel dafür, dass es in den nächsten Wochen oder gar erst in Monaten zu einem militärischen Patt, zu einem wiederholten Vorrücken und Rückzug beider Streitkräfte in der Ukraine kommen wird. Frühestens dann werden die beiderseitigen Siegphantasien erblassen und wird weit verbreitete Kriegsmüdigkeit einkehren, die ein Ende des Krieges fordert, gleichgültig, wer wo die militärische Oberhand behält. Erst dann kann es zu einem dauerhaften Waffenstillstand entlang irgendeiner Kriegsfront im Südosten der Ukraine kommen. Gegenwärtig sieht es sehr danach aus, dass der Krieg noch viele Monate, vielleicht sogar Jahre wie in Syrien dauert.

Ein Ende des Krieges ist außer vom Kriegsverlauf vor allem von der politischen Entwicklung in Russland und in der Ukraine abhängig. Trotz stark zunehmender Zahl der Kriegsopfer in der ukrainischen Zivilbevölkerung ist noch lange nicht mit einem Nachlassen der Bereitschaft der Ukrainer für die Fortführung des Verteidigungskrieges zu rechnen, so dass es kein ukrainischer Politiker wagen wird, vor einem militärischen Patt einem Waffenstillstand zuzustimmen, der nicht den Rückzug sämtlicher russändischer Truppen zumindest aus den seit Ende Februar von ihnen besetzten Gebieten vorsieht, wenn nicht gar aus dem gesamten Donbass. Die Idee einer Rückeroberung der Krim und Sewastopols wird wohl schon aus militärgeographischen Gründen, außerdem aus politischen Erwägungen über die Einstellung der meisten Russen zur Krimfrage aus dem ukrainischen Kalkül schwinden. Sobald aber die Bereitschaft der Bevölkerung zur Fortsetzung des Leidens sinkt, wird es wohl zu heftigen Auseinandersetzungen in der ukrainischen Führung über eine Waffenstillstandsbereitschaft ohne vollständigen Rückzug der russändischen Truppen kommen.

Für die russändische Seite werden von den Kommentatoren weit mehr politische Szenarien erörtert. Ein erstes Szenario geht davon aus, dass Präsident Putin selbst einsieht, dass die zunehmenden wirtschaftlichen Einbußen und die durch sie verursachte soziale Unzufriedenheit

sowie die hohen Verluste an eigenen Soldaten ihn zwingen, seine hochfliegenden imperialen Zielsetzungen zu reduzieren und sich auf ein bescheideneres Ziel zu beschränken, dessen Erreichung er als Erfolg seines Feldzuges feiern kann. Als einen solchen „gesichtswahren“, d. h. machterhaltenden Erfolg könnte er die Ausdehnung der beiden Volksrepubliken Donezk und Luhansk und weitere territoriale Gewinne in der Ost- und Südukraine ausgeben sowie die Behauptung aufstellen, er habe einen „Genozid“ an den ethnischen Russen in der Ukraine verhindert. Dabei wird er verschweigen, dass seine Truppen gerade vornehmlich ethnische Russen und russischsprachige Ukrainer getötet haben, die einen Großteil der Bevölkerung im besonders vom Krieg belasteten Osten und Süden der Ukraine ausmachen. Auch eine Zusicherung einer verkleinerten Ukraine, dass sie eine immerwährende, international abgesicherte Neutralität anstrebt und nicht der NATO beitritt, könnte Putin als lohnendes Ergebnis seiner „Spezialoperation“ ausgeben.

Ein zweites Szenario geht davon aus, dass Teile der Elite des Militärs und der Sicherheitsdienste Putin auf die eine oder andere Weise das Präsidentenamt entziehen, weil die Fortsetzung des Krieges Russland ökonomisch ruiniert, in soziale und innenpolitische Turbulenzen zu reißen droht, international zu sehr von China abhängig machen und vor allem die Macht der gesamten Elite gefährden könnte. Wenige Wochen vor dem Krieg warnte der pensionierte Generaloberst Leonid G. Ivaschow, ein rechtsnationaler Monarchist, vor den verheerenden Folgen eines Krieges für Russland und verlangte einen Rücktritt Putins.⁷

Ein drittes Szenario spekuliert auf einen Aufstand des Volkes gegen Putin und die ganze Machtelite, nachdem die hohen ökonomischen und sozialen Kosten des Krieges untragbar, die großen Verluste an russischen Soldaten und an ukrainischen Soldaten und Zivilisten unübersehbar und die propagandistischen Lügen über die „Spezialoperation“ in der Ukraine unglaublich geworden sind.

Von den drei Szenarien ist das dritte am unwahrscheinlichsten. Die russländische Bevölkerung ist viel leidensgewohnter als die westliche, so dass die Verschärfung der westlichen Sanktionen wie ein Embargo aller Energie-Importe viel gravierendere politische Folgen im Westen haben wird als in Russland. Auch Zehntausende russländische Kriegstote werden vermutlich nichts an der Unterstützung und Duldung der Putinschen Kriegsführung ändern. Erst eine viel tiefgreifendere Erschütterung des putinistischen System durch Hungersnöte, Hunderttausende Kriegstote und Desorganisation des Staatsapparats nach einem jahrelangen Krieg könnte eine Revolution wie im Februar 1917 auslösen. Das zweite Szenario ist nicht gänzlich unwahrscheinlich. Doch eine Ablösung Putins im Präsidentenamt wird am putinistischen Herrschaftssystem kaum etwas ändern. Zur Zeit dürfte es selbst im Kreml unklar sein, wer ein Nachfolger Putins sein könnte. Er kann bestenfalls einen Rückzug der Truppen an die Minsker Demarkationslinie veranlassen, aber in keinem Falle eine Aufgabe der Krim und Sewastopols. Vorerst ist mit einem Machterhalt Putins zu rechnen, so dass Frieden im Sinne von Kriegsbeendigung nur mit Putin, nicht ohne und gegen ihn, hergestellt werden kann. Es wird aber vermutlich noch einige Zeit dauern, bis man im Westen und vor allem in der Ukraine diese Möglichkeit und die daraus folgende Notwendigkeit in Betracht zieht.

3 Ursachen des Krieges Russlands gegen die Ukraine seit 2014

Über die Gründe für die Entscheidung Präsident Putins und der Staatsführung Russlands zum Angriffskrieg im Februar 2022 kann es bisher nur Vermutungen geben. Die propagandistische Behauptung, dass in Kiew drogenabhängige Neonazis die Macht errungen hätten, dient lediglich dazu, die tief verankerten Überzeugungen in der russländischen Bevölkerung von dem gerechten Vaterländischen Verteidigungskrieg gegen die nationalsozialistische Aggression in den Jahren 1941 bis 1945 und die Erinnerung an die Kollaboration vieler Ukrainer mit den Nationalsozialisten für die Rechtfertigung des eigenen Aggressionskrieges als eine antifaschistische Verteidigungsaktion zu

⁷ Schmidt, Friedrich 2022: Alte Kämpfen gegen Putin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Februar, S. 4.

nutzen. Dabei wird die Tatsache vernachlässigt, dass die meisten Ukrainer für die Sowjetunion gekämpft haben.

Wladimir Putin hat wiederholt sein Geschichtsbild und die daraus politisch zu ziehenden Schlüsse ausführlich dargestellt. Das wird besonders klar in seinem Artikel vom Juli 2021.⁸ Diese Darstellungen enthalten sicherlich auch propagandistische Elemente, aber man kann davon ausgehen, dass die Grundzüge seines veröffentlichten Geschichtsbildes von ihm als Wahrheit geglaubt werden und seine Handlungsorientierung darstellen. Es gibt keinerlei Anzeichen, dass Putin den Untergang der kommunistischen Herrschaft bedauert. Mit seinem häufig zitierten Ausspruch vor der Duma am 25. April 2005, dass der Zerfall der Sowjetunion „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ gewesen sei,⁹ trauerte er nicht der Sowjetunion nach, sondern dem „tausendjährigen Russischen Reich“.

Die Sowjetunion als eine Union nationaler Republiken hielt er für eine verhängnisvolle Fehlkonstruktion Lenins. Auch die Ukraine sei ein von den Bolschewiken konstruiertes Gebilde. Putin verschweigt offensichtlich bewusst, dass es bereits im 19. Jahrhundert eine starke ukrainische Nationalbewegung gab, die dann nach der Februarrevolution einen ukrainischen Nationalstaat zu schaffen bemüht war, ehe es den Bolschewiki gelang, die Sozialistische Sowjetrepublik Ukraine zu erschaffen. Geistig bezieht sich Putin nicht primär auf die Bolschewiki, den Kommunismus und die Sowjetunion, sondern auf den religiös, nämlich russisch-orthodox fundierten Zarismus des tausendjährigen Heiligen Russischen Reiches. Es handelt sich also nicht um Sowjetnostalgie, wie oft im Westen angenommen wird, sondern um einen russischen imperialen Klerikal-Nationalismus, für den Putin erfolgreich die Spalten und große Teile des orthodoxen Klerus einzuspannen versteht. Die Einheit des großen russischen Volkes, zu dem Putin auch die Kleinrussen oder Ukrainer und die Weißrussen oder Belarussen zählt,

ist für ihn nicht nur staatsgeschichtlich, ethnisch-sprachlich, sondern auch religiös durch die Orthodoxie begründet.

Es spricht wenig dafür, dass eine der beiden Kriegsparteien einen umfassenden Sieg erringen wird. Weder scheint Russland die ganze Ukraine unterwerfen und besetzen, noch die Ukraine ihr gesamtes Territorium einschließlich des seit 2014 besetzten Teils des Donbass, der Krim und Sewastopol wiedergewinnen zu können. Das spricht für einen langanhaltenden Krieg von mehreren Monaten, wenn nicht gar von Jahren. Selbst wenn der Westen die Ukraine so weit aufrüsten sollte, dass sie die beiden Volksrepubliken und die Krim angreifen kann, dann müsste die Ukraine bereit sein, bis zu vier Millionen Menschen in diesen beiden Regionen nach Russland zu vertreiben, da die meisten von ihnen die ukrainischen Truppen dort mit Sicherheit nicht als Befreier willkommen heißen und nicht unter ukrainische Herrschaft zurückkehren wollen. Außerdem wäre spätestens dann mit einem potentiellen Einsatz taktischer Nuklearwaffen Russlands zu rechnen, die mit der Notwendigkeit der Verteidigung essenzieller Sicherheitsinteressen gerechtfertigt werden wird. Ob der Westen dann zur nuklearen Vergeltung bereit sein wird, dürfte ihn gewaltig politisch-moralisch herausfordern.

Nach einem langen Krieg werden Hunderttausende Kriegstote, vor allem in der Ukraine, zu beklagen sein, wie in Syrien und vielen anderen Kriegen nach 1945. Erst wenn es zu einem Umdenken Putins oder zu einem Machtwechsel in Moskau kommt und die Erschöpfung und das Leiden der Menschen in der Ukraine dazu führen, dass für sie ein Kriegsende vorrangig wird gegenüber einer Wiedergewinnung ihres gesamten Territoriums, wird es wohl einen Waffenstillstand entlang irgendeiner Front im Südosten der Ukraine geben.

In jedem Falle kann man damit rechnen, dass der Krieg schon seit 2014, aber besonders eindeutig seit 2022 aus einer politisch gespaltenen, teils nach dem Westen, teils nach Russland orientierten ukrainischen Bevölkerung eine starke ukrainische Nation geschmiedet hat, in der die meisten ethnischen Russen und rus-

8 Siehe Putin 2021 (Anm. 6).

9 Schuller, Konrad 2013: Im Osten nichts Neues, in: Internationale Politik, Heft 2, <https://internationalepolitik.de/de/im-osten-nichts-neues>.

sischsprachigen Ukrainer sich nunmehr vom putinistischen Russland abgewandt haben und nur noch wenige Millionen bereit sind, eine Angliederung ihrer Heimat an Russland zu begrüßen oder auch nur zu dulden.

4 Das Knüpfen eines neuen Eisernen Vorhangs zwischen Autokratien und Demokratien

Nach dem Untergang der kommunistischen Einparteiherrschaft in Europa, dem Zerfall der Sowjetunion und den Reformen der kommunistischen Herrschaft in China zu einem autokratischen Staatskapitalismus herrschte im Westen weithin die Vorstellung, dass mit einem Aufblühen des Wohlstands und dem Entstehen eines Bürgertums sich auch demokratische Tendenzen in den postkommunistischen Gesellschaften durchsetzen werden. Dementsprechend wurden sie in die kapitalistische Weltwirtschaft und deren internationale Organisationen wie die Welthandelsorganisation (WTO) integriert. Diejenigen, die den Weg der Demokratisierung ernsthaft – wenn auch oft mehr schlecht als recht – beschritten, strebten in die NATO und in die EU. Russland wurde in den Kreis der führenden westlichen Wirtschaftsmächte – die Gruppe der Sieben, in die Partnerschaft für den Frieden und in den NATO-Russland-Rat aufgenommen. Allerdings führte eine katastrophale Wirtschaftspolitik in Russland zu einer Diskreditierung der Demokratie als Chaos- und Verelendungssystem, so dass sich seit 1993 immer mehr Tendenzen zur Etablierung einer neuen Autokratie durchsetzten. Wollte Michail S. Gorbatschow noch Russland in die NATO einbringen, so begannen seine Nachfolger mehr und mehr die NATO und die Ausbreitung der Demokratie als Gefährdung eines nicht- und antidemokratischen Russlands anzusehen. Der seit den 1990er Jahren entstandene postkommunistische Staatskapitalismus Russlands und Chinas, in dem dominante Staatsunternehmen neben den zahlreichen privaten Unternehmen bestehen, unterscheidet sich zwar in vieler Hinsicht vom eher liberalen (neoliberalen) Kapitalismus der Demokratien, ist aber bislang weitgehend in die kapitalistische Weltwirtschaft eingebunden.

Die gegenwärtigen Autokratien sind durch keine gemeinsame politische Ideologie miteinander fest verbunden, sondern nur durch eine gemeinsame Gegnerschaft gegen die Demokratien und die von ihnen ausgehenden Impulse und beschränkten Aktivitäten von staatlichen Behörden und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zur Unterminierung der Autokratien. Insofern gibt es durchaus manche schwerwiegenden Unstimmigkeiten zwischen den Autokratien, denen allen ein starker rechts-nationaler Patriotismus eigen ist.

5 Umrisse für eine neue europäische Friedensordnung und internationale Sicherheitsstruktur nach Beendigung des Krieges Russlands gegen die Ukraine

Welche friedenspolitischen Vorschläge bieten sich aufgrund der dargelegten Analyse des Ukraine-Krieges und seines politischen Umfeldes für eine Zeit nach dem Waffenstillstand an, der vermutlich an die Stelle eines vollständigen Sieges des Aggressor-Staates oder des Verteidiger-Staates treten wird? Er muss von beiden Seiten als Erfolg der eigenen Kriegsanstrengungen ausgegeben werden können. Angesichts des fortbestehenden Antagonismus der unvereinbaren politischen Systeme in der ganzen Welt können Vorschläge für eine neue europäische Friedensordnung und internationale Sicherheitsstruktur lediglich eine friedliche Koexistenz von Demokratien und Autokratien anstreben. Diese ist auf der Grundlage der bestehenden Charta der Vereinten Nationen denkbar, die sich voraussichtlich in den nächsten Jahrzehnten nicht substanzell reformieren lässt. Ihr Kern ist die Anerkennung der territorialen Souveränität und Integrität der Staaten und des Selbstbestimmungsrechts jeden Staatsvolkes über seine innere Ordnung und seine Außenpolitik. Dies schließt eine Rücksichtnahme auf die Sicherheitsinteressen benachbarter Staaten nicht aus. So hatte sich Finnland wie Österreich nach 1945 zur Neutralität verpflichtet und ist damit auf Interessen der UdSSR eingegangen. Auch Jugoslawien entschied sich nicht nur aus Eigeninteresse, sondern unter Beachtung der Interessen der Großmächte für seine Bündnisfreiheit.

Die Vereinten Nationen und der Westen könnten darauf drängen, dass Russland und die Ukraine sich verpflichten, einen neuen, durch den Waffenstillstand geschaffenen territorialen Status quo nur mit friedlichen, diplomatischen Mitteln zu verändern, entsprechend den Prinzipien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975. Das wäre vor allem von der Ukraine schwer zu verkraften, weil sie dann voraussichtlich zumindest für einige Jahrzehnte ohne die von Russland okkupierten und dann vielleicht sogar irgendwann einmal annexierten Gebiete auskommen müsste. Außerdem bliebe ungewiss, ob die in der Krim und im erweiterten Donbass verbliebene Bevölkerung jemals bereit wäre, einer Rückkehr ihrer Gebiete in die Ukraine zuzustimmen.

Es wäre konfliktentschärfend, wenn die Ukraine bereit wäre (was Präsident Selenskyj gelegentlich andeutete, was aber noch parlamentarisch und durch eine Änderung der Verfassung, die derzeit einen NATO-Beitritt vorsieht, bekräftigt werden müsste), ihre bisherige Neutrali-

tät zu einer immerwährenden, d. h. bewaffneten Neutralität nach Schweizer Vorbild für den Fall einer Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine auszubauen. Auch in diesem Falle könnte sich die NATO verpflichten, der Ukraine im Falle eines neuerlichen Angriffs militärischen Beistand zu leisten, wie sie das ohne weiteres für Schweden und Finnland tun würde. Diesen Vorschlag könnte die Ukraine für Russland noch attraktiver machen, indem sie die Stadt und den Hafen Sewastopol für unbegrenzte Zeit an Russland verpachtet, dies nach dem Vorbild der Verpachtung Guantanamos auf Kuba an die USA und von Akrotiri und Dekelia auf Zypern an Großbritannien. Die Krim und Sewastopol waren bereits vor 2014 rechtlich getrennte Territorien und sind es auch heute noch innerhalb der Russischen Föderation. Die Ukraine hatte Sewastopol zunächst bis 2017 an Russland verpachtet. Dank der Wahl von Viktor Janukowitsch im Jahre 2010 konnte der Vertrag bis 2042 verlängert werden. Aber Präsident Putin denkt in längeren historischen Fristen und hat nicht zu Unrecht vermutet, dass der Pachtvertrag 2042 nach einer festen Westanbindung der Ukraine nicht verlängert werden würde. Bei



PROKLA. Seit 1971

ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT

Schwerpunktthemen

- Nr. 203: Die USA vor, mit und nach Trump (2/2021)
- Nr. 204: Vergessenes Land? Perspektiven auf rurale Entwicklung (3/2021)
- Nr. 205: Gesundheit mit System (4/2021)
- Nr. 206: Corona und die Folgen (1/2022)
- Nr. 207: Gesellschaftskritik und sozialistische Strategie (2/2022)

Probeheft anfordern!

PROKLA | redaktion@prokla.de | www.prokla.de
 Bertz + Fischer | prokla@bertz-fischer.de | www.bertz-fischer.de

BERTZ + FISCHER



seiner Annexionspolitik im Februar 2014 ging es ihm nicht so sehr um die Krim, deren Annexion allerdings beim weitaus größten Teil der Bevölkerung Russlands populär war, sondern um Sewastopol als einem Eckstein der russländischen Großmachtposition. Darauf könnte die Ukraine durchaus Rücksicht nehmen.

Allerdings ist zu befürchten, dass es Putin gar nicht primär um die Verhinderung einer Osterweiterung der NATO in die Ukraine geht, sondern um eine Westexpansion Russlands, um das demographische, wirtschaftliche und militärische Potential des Landes beträchtlich zu vergrößern. Sollte die Ukraine nach einem Waffenstillstand in den nächsten Wochen oder Monaten (hoffentlich nicht erst in Jahren) geteilt und die russländischen Truppen im Südosten der Ukraine für lange Zeit stationiert bleiben, dann hätte die ukrainische Politik nach einer gewissen Zeit des Umdenkens, das die veränderten Machtrealitäten ernsthaft zur Kenntnis nimmt, eine Option zur Verfügung, die man die Adenauer-Option nennen könnte. Sie würde die freie (verkleinerte) Ukraine zu einem eigenen provisorischen Staat konstituieren, der den Anspruch auf Wiedervereinigung mit der von Russland besetzten Zone verfassungsrechtlich festlegt, und der dann der EU und NATO beitritt. Damit bestünde eine klare militärische Trennlinie zwischen den verbündeten Autokratien Osteuropas und den westlichen Demokratien.

Es lässt sich somit heute noch nicht absehen, ob der neue Eiserne Vorhang am Pruth, am Dnestr, am Dnipro/Dnjestr oder im Umfeld des Donez niedergeht. Nach einigen Jahren der Gewöhnung an die neue Militär- und Sicherheitsordnung Europas könnte dann eine Entspannungspolitik eingeleitet werden, die den Systemgegensatz stabilisiert. Aus demokratischer Sicht bleiben die Voraussetzungen dafür erhalten, dass eines Tages doch noch eine Perestrojka des putinistischen Systems in Russland die Voraussetzungen für eine Demokratisierung Russlands, von Belarus und der Südostukraine schafft.

6 Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem neuen Systemkonflikt zwischen Autokratien und Demokratien und dem historischen Ost-West-Konflikt von 1917 bis 1991

Im Westen wird der Krieg Russlands gegen die Ukraine zunehmend nicht nur als Krieg zwischen zwei Staaten, sondern zwischen zwei politischen Systemen verstanden. Es wird sogar gesagt, dass in der Ukraine für die Freiheit Europas und des Westens gekämpft wird, weshalb die NATO und die EU die Ukraine mit fast allen Mitteln außer eigenen Soldaten unterstützen müsse. Damit wird der Krieg zunehmend zum Teil eines internationalen Systemkonflikts. Russland versteht ihn bereits seit den „Farbrevolutionen“ von 2003 in Georgien und 2004 in der Ukraine und insbesondere seit dem „Majdan-Putsch“ 2014 als solchen, indem es unterstellt, dass die USA mittels der CIA das Kiewer „Neonazi-Regime“ etabliert und gegen Russland aufgerüstet und dazu auch die anderen NATO-Staaten instrumentalisiert habe, so dass es bei der „Spezialoperation“ um eine russländische Verteidigung gegen die NATO-Expansion gehe.

Es wird zwar viel von einem neuen Kalten Krieg geredet und tatsächlich spielt die wechselseitige nukleare Abschreckung eine große Rolle in dem neuen Systemkonflikt, aber es ist erforderlich, wichtige Unterschiede zwischen dem historischen Ost-West-Konflikt von 1917 bis 1991, der seit 1949 auch ein Konflikt zwischen Nuklearmächten war, zu beachten. Erstens handelte sich bei dem Ost-West-Konflikt im Wesentlichen um einen Konflikt zwischen zwei sozioökonomischen, nicht nur politischen Systemen, an dem im Westen außer den dominanten kapitalistischen Demokratien auch zahlreiche kapitalistische Autokratien teilnahmen. Der Osten bestand aus kommunistischen Autokratien, die fast vollständig ökonomisch vom kapitalistischen Weltmarkt abgeschottet waren. Heute geht es im Kern um einen Konflikt zwischen kapitalistischen Demokratien und neokapitalistischen Autokratien.

Mit Sorge wird im Westen auf die Annäherung zwischen Russland und China geschaut.

Zwar unterstützt China nicht offen die russländische Expansionspolitik, aber kritisiert sie auch nicht. Aber die massive Aufrüstung, der starke Ausbau der chinesischen Marine, die militärische Expansionspolitik Chinas im Südchinesischen Meer und die wiederholten Drohungen, Taiwan im Falle einer formellen Unabhängigkeitspolitik mit Gewalt mit dem Festland zu vereinigen, stärken die Tendenzen zu einer Annäherung zwischen den nordatlantischen und den ostasiatisch-ozeanischen Demokratien. Diesem Zweck dienen mehrere sicherheitspolitische Abkommen zwischen den USA, Großbritannien, Australien und Japan, so das Abkommen zur Erleichterung gemeinsamer Manöver oder Reciprocal Access Agreement (RAA) vom Januar 2022¹⁰ zwischen den USA, Australien und Japan, der Sicherheitsvertrag zwischen den USA, Australien und Großbritannien (AUKUS) vom September 2021¹¹ und der Quadrilaterale Sicherheitsdialog (QUAD) zwischen den USA, Australien, Japan und Indien, der für einen „freien und offenen Indopazifik“, also gegen das Konzept eines Südchinesischen Meeres als chinesisches Territorialgewässer eintritt.¹² Längerfristig ist wegen der weiter voranschreitenden Globalisierung der Wirtschaft und Politik eine Erweiterung der NATO zu einer weltweiten Sicherheitsallianz, die den Namen Demokratische Vertragsorganisation (DTO) tragen könnte, vorstellbar.

Indien war wegen seiner blockfreien Politik und seinem Antagonismus zu Pakistan in den 1950er Jahren engere Beziehungen zur Sowjetunion eingegangen, die nach 1991 mit Russland fortgesetzt wurden. Pakistan war Mitglied der Bündnisse der USA gegen die kommunistischen Staaten, CENTO und SEATO, gewesen, die von 1955 bis 1979 bzw. von 1954 bis 1977 existierten. Pakistan war auch wichtig für die US-amerikanische Kriegsführung gegen Afghanistan in

¹⁰ Kölling, Martin 2022a: Japan, Australien und die USA rücken militärisch näher zusammen, in: Neue Zürcher Zeitung vom 10. Januar, <https://www.nzz.ch/international/die-usa-japan-und-australien-ruecken-militaerisch-zusammen-ld.1663807>.

¹¹ Roggeveen, Sam 2021: Eine Frage des Interesses, in: IPG-Journal vom 5. Oktober, <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/eine-frage-des-interesses-5469/>.

¹² Babst, Andreas 2021: Die Quad will China entgegentreten, wenn auch nicht offiziell, in: Neue Zürcher Zeitung vom 14. März, <https://www.nzz.ch/international/asiens-die-quad-gruppe-will-china-entgegentreten-ld.1606366?reduced=true>.

den Jahren 2001 bis 2014. Infolge von Indiens seit 1962 andauerndem Konflikt mit China, mit dem sich Pakistan verbündete, fand eine vorsichtige Annäherung zwischen den USA und Indien statt. Dieser Prozess wird seit dem US-amerikanischen Rückzug aus Afghanistan gefördert, da die USA nunmehr nicht mehr auf Pakistan wegen ihres Krieges in Afghanistan angewiesen sind. Die hindunationalistischen Tendenzen unterhöhlen jedoch die Demokratie in Indien, so dass offen bleibt, ob Indien auf die Dauer eher zur Gemeinsamkeit mit der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit oder mit dem Westen neigt.

Die Gefahr eines Krieges zwischen China und Taiwan unterscheidet sich trotz aller häufig gezogenen Parallelen zur Gefahr einer Einverleibung der Ukraine in das russländische Macht- system in zweierlei Hinsicht fundamental. Erstens hat China die Unabhängigkeit Taiwans seit 1949 niemals anerkannt und betrachtet Taiwan als eine chinesische Provinz. Auch die USA und die meisten Mitglieder der Vereinten Nationen haben Taiwan niemals als eigenständigen Staat anerkannt. Demgegenüber hatte Russland seit 1991 in mehreren internationalen Verträgen die Ukraine in seinen seit dem Ende der Sowjetunion bestehenden Grenzen als unabhängigen Staat anerkannt und mit seinem Krieg seit 2014 eindeutig das Völkerrecht gebrochen und die VN-Charta verletzt.

Während die USA und die NATO ange- sichts des Aufmarsches der russländischen Truppen an den Grenzen der Ukraine bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 mehrmals versicherten, sie würden die Ukraine im Falle einer Aggression Russlands keinesfalls mit ei- genen Streitkräften unterstützen, ihr lediglich mit ökonomischen und politischen Sanktionen beistehen, hat Präsident Biden am 21. Oktober 2021 erklärt, dass die USA Taiwan im Falle ei- ner chinesischen Aggression militärisch beiste- hen werden,¹³ obwohl die USA Taiwan weder als unabhängigen Staat anerkennen noch ei- nen verbindlichen Sicherheitsvertrag mit ihm abgeschlossen haben. Dies dürfte vorerst eine

¹³ Sattar, Majid 2021: Biden: Würden Taiwan bei Angriff verteidigen, in: Frank- furer Allgemeine Zeitung vom 23. Oktober, S. 1, 2 und 8.

gewisse Abschreckungswirkung haben, jedenfalls, solange China noch militärisch wesentlich schwächer ist und zukünftige US-Präsidenten nicht von der politischen Sicherheitsgarantie für Taiwan abrücken.

Der konservative Republikaner und ehemalige Sicherheitsberater des Präsidenten Donald Trump, John Bolton, machte Präsident Joe Biden und der NATO den Vorwurf, sie hätten einen strategischen Fehler gemacht, indem sie schon Monate vor der Aggression Russlands erklärten, sie würden keinesfalls der Ukraine beistehen, statt die abschreckende Wirkung eines Offenhalts des eigenen Verhaltens zu nutzen.¹⁴ In der Tat wirkten diese westlichen Erklärungen wie ein Freibrief für Putins Aggressionspläne, da er die angedrohten Sanktionsdrohungen in Kauf nehmen zu können glaubte. Völkerrechtlich hätten die NATO-Staaten der Ukraine militärischen Beistand nach Art. 51 der VN-Charta leisten können, wie es einige von ihnen im Falle der Aggression Iraks gegen Kuwait 1991 getan haben. Sie haben es nicht getan, weil eine potentielle Eskalation des Krieges zu einem Nuklearkrieg möglich schien. Es können allerdings kaum Zweifel bestehen, dass die NATO die Eskalation eines konventionellen Krieges zu einem Nuklearkrieg riskieren würde, nicht nur, wenn Russland eine Aggression gegen ein baltisches Land oder Polen begäne, wie sie immer wieder deutlich bekundet, sondern auch gegen Finnland oder Schweden.

Was ist der Unterschied zwischen der Neutralität Finlands und der der Ukraine, die seit 1991 ein neutraler Staat ist, obwohl sie nach 2014 einen Beitritt zur NATO anstrebt? Der wesentliche Unterschied bestand bis Anfang 2022 unausgesprochen darin, dass sowohl Russland als auch die NATO de facto die Zugehörigkeit Finlands und Schwedens zum Westen anerkannt haben, aber nicht die von elf Nachfolgestaaten der Sowjetunion in der Nachbarschaft Russlands. Die baltischen Staaten hingegen gehören heute ebenso wie die ehemaligen Staaten der Warschauer Vertragsorganisation,

Albanien und die postjugoslawischen Staaten zum Westen, so dass die Jalta-Linie zwischen Demokratie und Autokratie aus dem Jahre 1945 von der Elbe nach Osten verschoben wurde. Wie weit, das ist der politische Gegenstand der Demokratisierungsbestrebungen der teils erfolgreichen, teils gescheiterten „Farbrevolutionen“ in Serbien, Georgien, der Ukraine, Armenien, Belarus und ansatzweise sogar in Russland, auf die das putinistische Russland aus politischer und ökonomischer Ohnmacht mit seiner militärischen West- und Südexpansion reagiert. Somit müssen mit dem faktischen militärischen (nicht politischen und ökonomischen) Freibrief der NATO für die russländische Aggressionspolitik bis heute auch Moldau, Georgien und Belarus (im Falle eines mittlerweile unwahrscheinlich gewordenen Sturzes des Lukaschenka-Regimes) ebenso wie Kasachstan und die anderen mittelasatischen Länder leben. Der Westen versichert zwar ständig, dass er keine Interessensphären anerkennt, die das Recht souveräner Staaten, ihren Willen zu einer frei gewählten Bündnismitgliedschaft einschränken, aber sein Verhalten hat fast immer eine andere Denkungsart verraten. So bestand niemals ein Zweifel, dass die USA während des Ost-West-Konflikts die Entscheidung einer in freien Wahlen an die Macht gelangten kommunistischen Partei in Italien oder Island zu einem Bündnis mit der Sowjetunion nicht tolerieren würden.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen dem neuen Systemkonflikt und dem historischen Ost-West-Konflikt besteht darin, dass die Grenzen zwischen dem Osten und dem Westen zumindest in Europa – wenn auch nicht in Ostasien und der Dritten Welt – durch die militärische Grenze zwischen den Sowjettruppen und den Truppen der Westmächte zum Zeitpunkt der Kapitulation des Dritten Reiches und seiner Verbündeten klar bestimmt wurde. Demgegenüber ist die Militärgrenze zwischen Russlands autokratischer Machtphäre und den postkommunistischen Demokratien zurzeit noch nicht endgültig festgelegt. ■

14 Hano, Johannes 2022: Interview des Zweiten Deutschen Fernsehens mit John Bolton am 24. März, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/john-bolton-ukraine-krieg-trump-biden-putin-100.html>.

Sammelrezension:

Neues zu Friedrich Engels und ein bisschen Marx

von Thilo Scholle¹

Der 200. Geburtstag von Friedrich Engels im Jahr 2020 hat eine durchaus beachtliche Zahl neuer Publikationen zu Leben und Werk des Jubilars hervorgebracht. Erstaunlicherweise gehören dazu nur wenige biografische Texte, bei der Mehrzahl der Veröffentlichungen handelt es sich um Sammelbände mit einem teils recht breiten Themenspektrum.²

Dreißig Jahre nach der Erstausgabe hat Terrell Carver seine lesenswerte Monografie zu Friedrich Engels wieder aufgelegt. Neu sind eine Einführung und ein kurzes Nachwort. Insbesondere die Einführung ist hier interessant, beschreibt der Autor doch instruktiv, wie er sich vor 30 Jahren im Umfeld anderer Engels-Biografien inhaltlich positionieren wollte. Carver versucht, Engels in seiner Zeit zu positionieren und als eigenständigen Denker darzustellen. Sonst oft in Engels-Biografien anzutreffende Ausführungen zur Biografie von Marx³ finden sich daher auch nur zurückhaltend, ein Schwerpunkt liegt auf Engels eigener Entwicklung „vor Marx“. Präsent schildert Carver insbesondere Engels Jugend und intellektuelle Entwicklung hin zum einem „romantischen“ Junghegelianer und dann weiter zu einem Denker, der sich der konsequenten Anwendung des Anspruchs zu rationalem politischen und wissenschaftlichen Denken widmete. Dem Autor gelingt dabei ein im Positiven nüchterner Schreibstil, der Engels respektiert und als eigenständigen historischen Akteur ernst nimmt, zugleich aber keine inhaltliche Parteinahme erkennen lässt. Skeptisch ist der Autor bezüglich der Überlieferung, Frederick Demuth sei der Sohn von Marx gewesen. Da Carver sich größtenteils auf die Schriften von Engels und Marx selbst stützt, fällt der 30 Jahre alte Forschungsstand nicht sonderlich ins Gewicht. Die aktuellen Literaturempfehlungen (mit Blick

auf den englischen Sprachraum) sind interessant, ließen sich allerdings noch ergänzen.

Einen zu Leben und Werk von Friedrich Engels sowie zur Geschichte der Industrialisierung reich bebilderten Band haben Eberhard Illner, Hans Frambach und Norbert Koubek herausgegeben. Leitmotiv ihrer Behandlung von Leben und Bedeutung Engels sei die „doppelte Fragestellung von Textkontextualisierung und Rezeptionsgeschichte“. Etwas im Dunklen bleibt, was genau mit der Bezeichnung „rot-schwarzes Chamäleon“ in Bezug auf Engels eigentlich gemeint ist. Enthalten sind zwölf durchweg gut geschriebene Beiträge, die Marx und Engels allerdings teilweise mit großer inhaltlicher Distanz betrachten, und in ihren Thesen teilweise die Vielschichtigkeit und auch Ambiguität des sich über Jahrzehnte entwickelnden und verändernden Denkens der beiden ignorieren.

Jürgen Herres gibt einen schönen Überblick über das publizistische Schaffen von Engels, und wendet sich dabei gegen eine „Vereindeutigung“ des Werks von Marx und Engels: Deinen Oeuvre habe vielmehr fragmentarischen Charakter getragen, weder als Revolutionäre noch als Analytiker des Kapitalismus hätten beide ein abgeschlossenes oder zumindest in sich geschlossenes Werk hinterlassen. Wilfried Nippel gibt anhand der von Engels veröffentlichten unterschiedlichen Kurzbiografien von Marx einige interessante Einblicke in die Selbstdarstellung und Selbstpositionierung beider in der sich damals gerade entwickelnden Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung. Einem bislang wenig beachteten Thema widmet sich Günther Chaloupek zu „Friedrich Engels, Victor Adler und der Austromarxismus“. Dabei zeigt er die engen persönlichen Bezüge Engels zu Victor Adler auf, und stellt insbesondere die von beiden geteilte Einschätzung der strategischen Relevanz des allgemeinen Wahlrechts für politische Veränderungen in Österreich heraus. Weniger überzeugend unterstellt

1 Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

2 siehe auch Thilo Scholle, Sammelrezension: Die Biographien von Jenny und Karl Marx und Friedrich Engels in Sachbüchern und historischen Romanen (spw 245) sowie ders., Sammelrezension: Aktuelle Bücher rund um Friedrich Engels (spw 240).

er Engels zugleich eine deterministische Vorstellung vom weiteren Verlauf der Geschichte, die allerdings mit dem naturgesetzlichen Glauben an die Notwendigkeit des Sieges zur Mobilisierung der Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg beigetragen habe. Engels habe mit seiner Warnung Recht gehabt, mit revolutionärer Gewalt sei nicht zu spielen. Eberhard Illner widmet sich „Technikvorstellungen bei Friedrich Engels, Karl Marx und Ernst Kapp“, und wirft beiden vor, die seiner Ansicht nach bereits zeitgenössisch zentralen Schriften Kapps zur technologisch-ökonomischen Entwicklung nicht wirklich rezipiert zu haben. Durchaus wertschätzend ordnet Kurt Möser die Schriften von Engels über Strategie und Taktik im Seekrieg ein. James M. Brophy wendet sich Engels Einschätzungen zur Situation in den USA zu. Dabei stellt der Autor zwar einerseits Engels Beobachtungen, dass sich die Zukunft des Kapitalismus in den USA entwickelt, positiv heraus, unterstellt ihm aber andererseits wenig überzeugend die Vorstellung eines „drastischen Zusammenbruchs der kapitalistischen Produktion“ sowie eines an europäischen Leitbildern orientierten Entwicklungsmodells für die amerikanische Arbeiterbewegung. Auch Werner Plumpe kommt von seiner bereits andernorts veröffentlichten Vorstellung, Marx und Engels hätten zwar spannende Analysen geliefert, aber den dann im Ergebnis doch irgendwie „guten“ Kapitalismus verkannt, nicht ab. Engels sei eher von pietistischem Ekel über den Kapitalismus getrieben worden, und seine Kapitalismusvorstellung sei rigide gewesen, weil er die Fesseln der Produktionsverhältnisse, „wie sie sich für ihn seit den 1840er Jahren gezeigt hatten, für unveränderlich hielt.“ Margrit Schulte Beerbühl widmet sich der Arbeitssoziologie Engels. Hans Frambach versucht, Engels ökonomisches Denken im „Spannungsfeld zwischen Schöpfung und Zerstörung“ zu positionieren – und dies damit vor die Folie Schumpeterschen Denkens zu bekommen. Marx habe zeitgenössische Debatten verkannt, so hätten etwa auch Friedrich Albert Lange und Gustav Schmoller die Relevanz der Verteilungsfrage sowie von staatlichem Handeln erkannt. Dies gelte auch für Engels: „Engels verkennt die Bedeutung des Privateigentums für die Bereitstellung einer auskömmlichen Versorgung der Bevölkerung.“

Er verkennt, dass Menschen, solange sie ausreichend entlohnt und versorgt werden, nicht gegen das Privateigentum aufbegehren, es sich vielleicht sogar wünschen.“ Zugleich erkennt er an: „Was Engels jedoch durchaus erahnt und anmahnt, ist die völlig ungleiche und immer ungleichmäßiger sich entwickelnde Verteilung von Grundbesitz und Kapitalvermögen – ein Problem, von dessen Lösung wir heutzutage weiter entfernt sind als jemals zuvor“. Zudem: „Der Kapitalismus wurde nicht vom Sozialismus abgelöst, er hat sich zu einem Erfolgsmodell mit sozialem Gesicht gewandelt.“ Heinz D. Kurz schreibt zu Engels und der Kritik der Politischen Ökonomie und wirft sich dazu vehement und nahezu ausschließlich auf die 1844 veröffentlichten „Umrisse einer Kritik der politischen Ökonomie“. Marx habe seine Beeinflussung durch Engels in diesem Fachgebiet „ohne erkennbaren Widerstand“ zugelassen.

Friedrich Engels‘ „Anti-Dühring“

Der „Anti-Dühring“ gehört zu den ikonographischen und in seinem Gehalt durchaus umstrittenen Texten von Friedrich Engels. Mit der vorliegenden „Neuen Studienausgabe“ soll ein aktueller Zugang ermöglicht werden. Anders als bei der MEW soll hier nicht die Ausgabe letzter Hand, sondern die Erstfassung des Textes mit weiteren Anhängen, etwa Marx „Randnoten“, kombiniert werden. Vorangestellt ist dem Band eine instruktive Einführung insbesondere zum Entstehungskontext des „Anti-Dühring“ durch die beiden Herausgeber. Der Text selbst ist aus heutiger Sicht mitunter schwer zugänglich, insbesondere der erste Teil zu Philosophie und Natur benötigt eine Menge Kontextwissen zu zeitgenössischen Debatten. Hier sind die von den Herausgebern beigefügten Fußnoten durchaus hilfreich, allerdings insbesondere mit Blick auf tiefere theoretische Kontexte eher knapp. Besonders spannend ist naturgemäß Engels Skizze der Entwicklung einer politischen Ökonomie im zweiten Abschnitt – bei der sich viele Anknüpfungspunkte für eine unabhängige und sich stets erneuernde Kapitalismusanalyse als theoretischen Anspruch finden.

Erschienen ist zudem auch ein Begleitband zu „Kontext, Interpretationen, Wirkung“. Be-

gleitband ist hier allerdings im weiteren Sinne zu verstehen. Enthalten sind zehn Beiträge, die den weiteren Orbit um das Engelsche Oeuvre abbilden. So widmet sich Dorothea Schmidt dem Engels in der Sozialdemokratie zwischen nationaler und internationaler Solidarität, Carl-Erich Vollgraf zeichnet Engels Zusätze zum 3. Band des „Kapital“ nach, und Andreas Fisahn widmet unter der Überschrift „Juristen-Sozialismus“ dem Inhalt und der Form des Rechts in der bürgerlichen Gesellschaft. Wolfgang Lefèvre skizziert „Engels‘ naturtheoretisches Projekt“, und Christian Schmidt wendet sich dem Thema „Wissenschaftlichkeit und Utopie“ zu. Interessant ist auch Mario Keßler, der dem Zusammenhang von „Sozialismus und Judenhass“ bei Dühring nachgeht. Die versammelten Beiträge sind durchweg lesenswert, auch wenn ein roter Faden nicht ganz ersichtlich ist.

Marx, Engels und die Sozialdemokratie

Die Aktualität des Denkens von Friedrich Engels ist auch Thema des von Frank Jacob herausgegebenen englischsprachigen Sammelbandes „Engels@200“. Versammelt sind dreizehn Beiträge, die überwiegend bereits an anderer Stelle erschienen sind. Wirkliche Aktualisierungen nehmen die Beiträge allerdings nicht vor. So erläutert Vitor Bartoletti Sartori seine Interpretation zur Dialektik bei Engels – nicht ohne die wenig originelle (und noch weniger belegte) Nebenfeststellung, sowohl Kautsky als auch Bernstein wären für die Vulgarisierung des Marxismus verantwortlich. Frank Jacob wendet sich dem Thema „Revolution“ bei Engels zu, und skizziert zwar eine sich auch auf den Parlamentarismus orientierende Entwicklung bei Engels, hält aber fest, dieser habe letzten Endes nie seinen Glauben an eine erfolgreiche Revolution aufgegeben. Nur als Perspektive auf historische Entwicklungen interessant ist der Beitrag von Jia Feng zu China im 16. Jahrhundert. Durchaus interessant ist der Beitrag von Renildo Souza zu Engels Beitrag zu einer Kritik der Politischen Ökonomie, der hier insbesondere die Lesefrüchte des jungen Engels nicht unkritisch, aber mit grundsätzlicher Sympathie für eine sich entwickelnde Kritik der politischen Ökonomie beschreibt. Weitere Beiträge befassen sich u. a. mit Engels Blick auf

Terrell Carver

The Life and Thought of Friedrich Engels

30th Anniversary Edition

Palgrave Macmillan, Cham/ Schweiz 2020

298 Seiten, 106 €



Rolf Hecker/ Ingo Stützle (Hrsg.)

Friedrich Engels

Herrn Eugen Dührings

Umwälzung der Wissenschaft

Neue Studienausgabe

Dietz Verlag, Berlin 2020

472 Seiten, 24 €



Dies. (Hrsg.)

Engels‘ „Anti-Dühring“

Kontext, Interpretationen, Wirkung
Begleitband zur Neuen Studienausgabe

Dietz Verlag, Berlin 2020

174 Seiten, 18 €



Eberhard Illner/ Norbert Koubek/

Hans A. Frambach (Hrsg.)

Friedrich Engels.

Das rot-schwarze Chamäleon

WBG, Darmstadt 2020

432 Seiten, 50 €



Frank Jacob (Ed.)

Engels @200. Reading Friedrich

Engels in the 21st Century

Büchner Verlag, Marburg 2020

354 Seiten, 30 €



Detlef Lehnert/ Christina Morina (Hg.)

Friedrich Engels und

die Sozialdemokratie

Werke und Wirkungen eines Europäers

Metropol Verlag, Berlin 2020

335 Seiten, 24 €



Thomas Sablowski/ Judith Dellheim/

Alex Demirovic/ Katharina Pühl/

Ingar Solty (Hrsg.)

Auf den Schultern von Marx

Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2021

552 Seiten, 40 €

die Natur sowie mit der „Frauenfrage“. Einen aktuellen Bezug im Titel trägt der Beitrag von Nuruddin Al Akbar, der sich Engels Perspektive auf „Post-Truth Coronavirus Outbreak“ widmet, hier aber vor allem die Notwendigkeit staatlichen Handelns in Abgrenzung zu anarchistischen Vorstellungen begründet.

Einen gelungenen Sammelband haben Detlef Lehnert und Christina Morina zusammengestellt. Dabei gehen die inhaltlichen Bezüge weit über das im Titel benannte Verhältnis von Engels zur Sozialdemokratie hinaus. Den zwölf Beiträgen ist eine kundige und ausführliche Einleitung der Herausgeberin und des Herausgebers vorangestellt, in der diese die rund um das Engels-Jubiläum erschienenen Bände sichten und einordnen. Peter Brandt widmet sich in seinem Beitrag zu „Friedrich Engels und die internationale Politik“ u. a. Engels zumindest ambivalenten Diktum von den „geschichtslosen Nationen“ – ein Thema, das Jakub Benes in seinem anschließenden Text mit Blick auf den sozialistischen Diskurs über die Nationalitätenfrage in Ostmitteleuropa noch kritischer aufgreift. Detlef Lehnert ordnet Engels in den „Revisionismus“ seit Eduard Bernstein ein. Deutlich wird in diesem wie in anderen Texten, dass Engels – wie Marx selbst auch – weit weniger dogmatisch und offener für die Widerlegung und Neubegründung eigener Analysen war als oft unterstellt. Wilfried Nippel zeichnet am Beispiel verschiedener von Engels verfasster Vorworte bei Neuherausgaben von Texten dessen Versuche nach, auf diesem Wege auch öffentliche Interpretationen und Einleitungen zu setzen – die teils dann wieder neue Kontroversen auslöste. Wenig überzeugend ist der Artikel von Samuel Salzborn zu Engels Staatsverständnis, der von einem sehr statischen Blick auf Engels zeugt. Uli Schöler zeichnet lesenswert die Bezüge zum Austromarxismus nach und ordnet Engels hier als Beispiel eines sozialwissenschaftlich orientierten Marxisten ein. Stefan Weise zeichnet die eher skeptische Rezeption von Engels bei Karl Korsch nach.

Der voluminöse Band „Auf den Schultern von Marx“ baut auf zwei Tagungen aus dem Jahr 2018 auf, geht in der Bandbreite nach Einordnung der Herausgeber*innen aber deutlich

über diese Tagungen hinaus. Enthalten sind einschließlich des ausführlichen Vorworts der Herausgeber*innen 31 Beiträge, die sich auf die drei Rubriken verteilen „Marx neu gelesen“, „Marxismen: Weiterentwicklungen und Kritiken“ sowie „Mit Marx den gegenwärtigen Kapitalismus analysieren“. Als roter Faden dient allenfalls der Bezug auf die Texte von Marx und Engels, eine Gewichtung der einzelnen Schwerpunkte ist weniger erkennbar. Zudem sind die drei Rubriken denkbar grobe Einteilungen, so bedeutet „neu gelesen“ hier weder eine (kritische) neu-Lektüre o. ä., sondern könnte auch schlicht „Marx gelesen“ oder ähnlich heißen. Dennoch enthält der Band einige spannende Beiträge. So spürt etwa Michael Brie dem – sich erst mit der Zeit entwickelnden – Verständnis von Kommunismus als eines Vereins freier Menschen bei Marx nach. Hermann Klenner widmet sich lesenswert dem Marxschen Verständnis von „Recht“: Marx habe Recht als „verbindliches Verhaltensreglement innerhalb der in Klassen gespaltenen Gesellschaften“ verstanden – Recht sei „Klassenwille, aber nicht Klassenwillkür“, sowie „normatives Mittel und Maß von und für Macht“. In weiteren Beiträgen widmen sich u. a. Ulrich Ruschig dem Begriff der Gerechtigkeit bei Marx, Kohei Saito der ökologischen Perspektive bei Marx und Engels und Emanuela Conversano dem „Nutzen und Nachteil der historischen Analogie für die Praxis“ und greift dabei u. a. die Diskussion um die Möglichkeit einer Revolution in Russland auf. In den Beiträgen der zweiten Rubrik widmen sich u. a. John Lütten dem Klassenbegriff, sowie mehrere Beiträge dem Verhältnis von Marxismus und Psychologie bzw. Psychoanalyse. Die letzte Rubrik enthält u. a. einen lesenswerten Beitrag von Florian Butollo und Patricia de Paiva Lareiro zu „Kapitalismus als Treiber und Schranke des Digitalen“ sowie von Nicole Mayer-Ahuja zum „Streit um Zeit“ in der Arbeitswelt. Interessant ist zudem auch der Beitrag von Stefan Schmalz zur politisch-ökonomischen Entwicklung Chinas. ■

Wirtschafts- und Finanzpolitik in Zeiten der sozial-ökologischen Transformation

Tagung am Samstag, den 03. September 2022,
in der „Rotation“ der ver.di Höfe in Hannover (10 – 18 Uhr)

Die neue Ampel-Regierung hat ein ambitioniertes Konzept der sozial-ökologischen Transformation auf die politische Agenda gesetzt. Mit dem Green Deal sind auch im Rahmen der Europäischen Union Voraussetzungen für eine neue Klimapolitik geschaffen worden. Welche finanz- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen ergeben sich durch den Transformationsprozess und wie sind diese zu bewältigen? Reichen die bisherigen Strategien und Instrumente aus, um die Klimaziele zu erreichen? Dabei wird es auch darum gehen, ob Strategien der Entkoppelung von Wirtschaftswachstum

und Schadstoffemissionen (Decoupling) oder Degrowth-Ansätze tragfähig sind. Im Rahmen einer ganztägigen Veranstaltung, zu der unter anderem das Forum für Politik und Kultur e.V., spw, DGB und die FES Niedersachsen einladen und neben weiteren die Ökonom*innen Jens Südekum, Jan Priebe, Katja Rietzler und Stephan Schulmeister zugesagt haben, werden Panels und Foren angeboten, um die unterschiedlichen Konzepte und Strategien vorzustellen und zu diskutieren. Interessierte können sich schon jetzt melden unter info@forum-fuer-politik-und-kultur.de.

spw-Newsletter

aktuell und kompakt informiert über



Artikel/Dossiers
linke Debatten
Bildungsangebote

Für eine schnelle
Online Information
Jetzt eintragen unter
www.spw.de
für den spw Newsletter

Leser*in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Andreas Fisahn
Repressive Toleranz und marktkonforme Demokratie
Zur Entwicklung von Rechtsstaat und Demokratie in der Bundesrepublik
709 Seiten | € 39 | 2021
ISBN 978-3-89438-771-6 | PapyRossa Verlag

Micha Brumlik
Postkolonialer Antisemitismus?
Achille Mbembe, die palästinensische BDS-Bewegung und andere Aufreger
160 Seiten | € 14.80 | 2021
ISBN 978-3-96488-112-0 | VSA-Verlag



Prämienpaket 2

Frank Werneke / Claus Zanker (Hrsg.)
Renaissance des Gemeinwohls?
Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus der Pandemie
168 Seiten | € 14.80 | 2022
ISBN 978-3-96488-120-5 | VSA-Verlag

Slave Cubela
Engineering der Freiheit
Eine kleine Geschichte der bürgerlichen Propaganda in den USA des 20. Jahrhunderts
177 Seiten | € 20 | 2018
ISBN: 978-3-89691-281-7
Westfälisches Dampfboot



Prämienpaket 3

Martin Döring, Susanne Kost
Garzweiler - Eine Spurensuche
274 Seiten | € 30 | 2020
ISBN: 978-3-89691-272-5 | Westfälisches Dampfboot

Klaus Müller
Die Rente
Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie
134 Seiten | € 9.90 | 2021
ISBN 978-3-89438-760-0
PapyRossa Verlag

Neue Abonnent*innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

Ich möchte ein **spw**-Probeabo!
Zwei Hefte für 13 Euro auf Rechnung (inkl. Versand). Wenn keine Kündigung drei Wochen nach Lieferung des 2. Heftes erfolgt, wird das Probeabo umgestellt zum Normalabo. Dann besteht auch die Möglichkeit einer Buchprämie.

Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____

Inlands-Abo: 37,- € bei Bankeinzug bzw. 39,- € per Rechnung:

Normal-Abo per Post
 Online-Abo als PDF zum Download

Auslandsabonnement Europa: 49,- €

Mein Prämienpaket: 1 2 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon (freiwillige Angabe) _____

E-Mail (freiwillige Angabe) _____

Datum, Unterschrift _____

Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____

IBAN _____

BIC _____

Datum, Unterschrift _____

Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Ich bin mit der Verwendung meiner persönlichen Daten und der Speicherung einverstanden. Siehe Datenschutzerklärung auf www.spw.de

Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Umfang von 64 Seiten pro Ausgabe. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Abo per Fax: 0231 / 202 00 24 oder unter: www.spw.de